



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

„Kompetenzzentrum Verwaltungshochschule Hof:

Partner für Aus- und Fortbildung

Ausstellungseröffnung beim Bayerischen Landkreistag

Der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Christian Bernreiter, und Direktor Harald Wilhelm, Leiter des Fachbereichs Allgemeine Innere Verwaltung der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege Bayern in Hof, (kurz: Verwaltungshochschule Hof) eröffneten im Haus der bayerischen Landkreise, dem Schaufenster der Landkreise in der Landeshauptstadt München, die Ausstellung „Die Verwaltungshochschule Hof - das Kompetenzzentrum für die öffentliche Verwaltung in Bayern – Ihr Partner für Aus- und Fortbildung“.

Die Verwaltungshochschule Hof möchte sich bis September 2015 (Öffnungszeiten: Mo – Do: 8:00 – 16:00 Uhr, Fr: 8:00 – 12:00 Uhr) in den Räumlichkeiten des Bayerischen Landkreistags als Kompetenzzentrum für die Aus- und Fortbildung der bayerischen inneren Verwaltung präsentieren und empfehlen. Ziel ist es u. a., den Stellenwert einer hochwertigen Aus- und Fortbildung für Verwaltungsbehörden in Zeiten des demographischen Wandels zu betonen.

Mehr als 11.000 Studierende haben seit der Errichtung der Hochschule, sie feiert heuer ihr 40-jähriges Bestehen, diese als Diplom-Verwaltungswirt (FH) oder als Diplom-Informatiker (FH) jeweils mit der Befähigung für die 3. Qualifikationsebene verlassen. Kaum eine bayerische Verwaltungsbehörde, in der nicht ein Absolvent der Hochschule tätig ist. Die Ausbildungsinhalte sind von allen bayerischen Dienstherren als praxisorientiert anerkannt, die Absolventen gelten als hervorragend ausgebildet und universell einsetzbar. Dies ist auf die interdisziplinär angelegten Studieninhalte zurückzuführen, die neben dem Schwerpunkt Recht auch Grundlagen der Wirtschafts- und Finanzlehre, der Verwaltungslehre einschl. Psychologie und Soziologie sowie IT-Kenntnisse umfassen.

Vermittelt werden die Studieninhalte überwiegend von hauptamtlichen Hochschullehrerinnen und -lehrern, die zumeist selbst

über langjährige Verwaltungserfahrung verfügen, sowie von erfahrenen Fachleuten aus der Verwaltungspraxis. Damit wird die Strategie der Hochschule untermauert, eine praxisgerechte und handlungsorientierte Vermittlung von aktuellem Verwaltungswissen zu gewährleisten. In den Diplomarbeiten der Studierenden werden regelmäßig komplexe behördeninterne Sachverhalte wissenschaftlich aufbereitet und durch die Zusammenarbeit mit der Hochschule mit Lösungen oder Lösungsansätzen versehen.

Seit fünf Jahren bietet die Verwaltungshochschule Hof in Kooperation mit der Technischen Hoch-



V. l.: MdL Klaus Adelt, Dr. Johann Keller, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Bayerischen Landkreistags, Harald Wilhelm, Direktor der Verwaltungshochschule Hof, Landrat Christian Bernreiter, Deggendorf, Präsident des Bayerischen Landkreistags.

schule Deggendorf ferner einen berufsbegleitenden 2-jährigen Masterstudiengang „Public Management“ für besonders geeignete Mitarbeiter an. Dieses Angebot findet auch bei den bayerischen Landkreisen zunehmend Akzeptanz.

Qualifizierungsoffensive

Neben diesem Weiterbildungsstudiengang können Absolventen aller Fachbereiche der Hochschule mehrtägige Fortbildungsveranstaltungen im Rahmen der „Qualifizierungsoffensive II“ in Hof besuchen. Bislang wurden nahezu 60.000 Verwaltungsmitarbeiter zu den unterschiedlichsten Themengebieten mit Bezug zur Verwaltungspraxis fortgebildet.

Seit 2011 ist die Verwaltungshochschule ferner aktiv im Bereich der modularen Qualifizierung für die Beamten des Freistaats

Bayern aller Qualifikationsebenen. Diese relativ neue Form des beruflichen Aufstiegs wird von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wie auch den Dienstherren zunehmend angenommen, so dass auch hier steigende Teilnehmerzahlen zu verzeichnen sind.

Darüber hinaus bietet die Verwaltungshochschule Hof jährlich zu ausgewählten Themenbereichen größere Tagungsveranstaltungen an, die die Teilnehmer über aktuelle bzw. neue Entwicklungen informieren. Die Themen waren in den letzten Jahren vielfältig, so z. B. Korruptionsprävention und -bekämpfung, Sicherheits- und Polizeirecht, Kommunales Haushalts- und Wirtschaftsrecht, Kommunalrecht, Personalmanagement u. v. a. Die Teilnahme aus dem staatlichen und kommunalen Bereich ist diesbezüglich sehr rege.

3. Bayerisches Wasserkraftforum in Landshut:

Wasserkraft – ja bitte!

Unverzichtbar für Energiewende

Die Partner von „Wasserkraft – ja bitte!“ nehmen am 23. April 2015 am 3. Bayerischen Wasserkraftforum der Bayerischen GemeindeZeitung in Landshut teil. Anfang des Jahres haben die Wasserkraftunternehmen im Freistaat diese Initiative ins Leben gerufen, um die Vorteile dieser alternativlosen Energiequelle nachvollziehbar darzustellen. „Die Wasserkraft kann bei der Umsetzung der Energiewende einen wichtigen Beitrag leisten. Sie ist Bayerns wichtigste zuverlässige und älteste erneuerbare Stromquelle. Im Gegensatz zu den schwankenden Einspeisungen aus Sonne und Wind ist Wasserkraft verlässlich und planbar und daher für die Energiewende ein unverzichtbarer Partner“, unterstrich Dr. Albrecht Schleich im Namen der Initiative „Wasserkraft – ja bitte!“.

„Die große Bedeutung der regenerativen Wasserkraft in Bayern muss noch viel stärker in das Bewusstsein der breiten Öffentlichkeit gerückt werden. Dazu wollen wir mit der Initiative „Wasserkraft – ja bitte!“ einen Beitrag leisten, indem wir mit allen Beteiligten das Gespräch suchen und auch auf unserer Internetseite über die Vorteile der Wasserkraft anschaulich informieren. Wir freuen uns deshalb, hier in Landshut mit vielen Partnern aus Politik und Verwaltung sowie Verbänden, wie z. B. den Fischerei- und Naturschutzverbänden, zu sprechen“, betonte Schleich.

„Unsere bayerische Wasserkraft ist als wichtigste erneuerbare Stromerzeugungsform im heimischen Energiemix ein Juwel. Sie leistet einen unverzichtbaren Beitrag zu einer zuverlässigen Stromversorgung und damit zur wirtschaftlichen Stabilität in Bayern. Zudem ist sie klimafreundlich, ressourcenschonend, sicher verfügbar und preiswert“, so Schleich. In Verbindung mit ökologischen Optimierungsmaßnahmen an den Wasserkraftwerksstandorten, beispielsweise zur Fischdurchgängigkeit, werden weitere erhebliche Verbesserungen für die Umwelt erreicht.

Dialogangebote vor Ort

„Mit Repräsentanten der Mitglieder der Initiative zeigt „Wasserkraft – ja bitte!“ in Landshut Flagge und informiert in Vorträgen, im Rahmen einer Ausstellung und auch in persönlichen Gesprächen über die regionalen und lokalen sehr guten Beispiele und Anwendungen, die den vielfältigen Nutzen der Wasserkraft und ihre ökologische Umsetzung in Bayern erlebbar machen“.

konstatierte Schleich. Das ganze Jahr über bieten die bayerischen Wasserkraftunternehmen Besichtigungsmöglichkeiten, Tage der Offenen Tür sowie zahlreiche weitere interessante Aktionen an.

Auch mit ihrem Onlineangebot bietet die Initiative der breiten Öffentlichkeit Kontakt- und Informationsmöglichkeiten, um sich über die Wasserkraft im Freistaat zu informieren.

Unter www.wasserkraft-ja-bitte.com stellen die Partner der Initiative ein umfangreiches und ausführliches Informationsangebot zur Wasserkraft in Bayern bereit, das kontinuierlich erweitert wird. So stehen virtuelle Rundgänge ebenso auf der Homepage wie Informationsmaterialien zum He-

(Fortsetzung auf Seite 4)

KPV-Bundesvorstand und Hauptausschuss:

Finanzielle Spielräume nutzen

Die Besteuerung Interkommunaler Zusammenarbeit, das Thema Qualifizierte Einwanderung sowie der Reformkurs CDU 2017 standen auf der Agenda der jüngsten Sitzung des Bundesvorstandes und Hauptausschusses der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands (KPV) in Berlin. Als Referenten konnte MdB Ingbert Liebing, KPV-Bundesvorsitzender und kommunalpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, hierzu Dr. Michael Meister MdB, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Finanzen sowie den Forschungsbereichsleiter für Internationale Vergleiche und Europäische Integration im Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit, Prof. Herbert Brücker, willkommen heißen.

Durch Entscheidungen des Bundesfinanzhofes in zwei Fällen ist es erforderlich geworden, die gesetzlichen Regelungen der umsatzsteuerlichen Behandlung kommunaler Beistandsleistungen neu zu fassen. Vor diesem Hintergrund fordert die KPV der CDU und CSU Deutschlands die Bundesregierung auf, umgehend die Initiative zur Änderung des Umsatzsteuergesetzes zu ergreifen, um interkommunale Zusammenarbeit steuerrechtlich nicht zu behindern. Für die Kommunen sei eine schnelle, eindeutige Regelung von großer Bedeutung, um die Zukunft der interkommunalen Zusammenarbeit nicht zu gefährden.

Ziel müsse es sein, für Kommunen und Wirtschaftsunternehmen gleichermaßen eine dauerhafte und rechtssichere Planungsgrundlage auch unter Beachtung der EU-rechtlichen Vorschriften zu schaffen. Dabei gehe es nicht mehr nur um die Behandlung interkommunaler Zweckverbände oder interkommunale Zusammenarbeit im Back-Office-Bereich. Letztlich gehe es auch um kommunale Angebote und Leistungen wie die frühkindliche Betreuung oder bundesweit geförderte Bereiche wie die Umsetzung von D 115 und die Europäische Dienstleistungsrichtlinie mit der Einrichtung einheitlicher Ansprechpartner.

Die KPV fordert die Bundesregierung darüber hinaus auf, frühzeitig darauf hinzuwirken, dass die EU-Kommission nur einen Richtlinienvorschlag zur umsatzsteuerlichen Behandlung der öffentlichen Hand vorlegt, der die Umsatzbesteuerung von Leistungen rechtssicher regelt und die Besteuerung der interkommunalen Zusammenarbeit ausschließt.

Die Anliegen der KPV

Im Einzelnen wurden folgende Anliegen angeführt:

1. Keine Besteuerung hoheitlicher Leistungen: Bislang nicht-umsatzsteuerpflichtige Leistungen, wie etwa die Entsorgung von Abwasser oder von Abfall aus privaten Haushalten oder Leistungen, die auf Grundlage öffentlich-rechtlicher Vereinbarungen erbracht werden, müssen auch weiterhin von der Umsatzsteuer befreit sein. „Wir wollen keine Steuererhöhungen und keine steuerbedingten Gebührenerhöhungen.“

2. Absicherung der vertikalen Zusammenarbeit zwischen Gebietskörperschaften: Die vertikale Zusammenarbeit im Zweckverband oder zwischen Landkreis und kreisangehörigen Gemein-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Neues von Sabrina



Der Bürgermeister liebt Jubiläumsbesuche, bei denen er Menschen im Alter von 90 plus zum runden Geburtstag gratulieren kann. Obwohl die Termine gelegentlich etwas anstrengender sind, findet der Rathauschef doch immer daran Gefallen. So kommt er doch spielerisch mit den ältesten Mitbürgern in Kontakt. S. 19

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
LEP-Reform: Eckpunkte und Reaktionen	2
Investitionen bei Ehrenamtlichen	2
GZ-Kolumne Stefan Rößle: Heimatstrategie als Markenzeichen	3
Wirtschaftsstandort Bayern: Sieben Schwerpunkte	3
Bayerischer Fachtag Demenz: Vielfalt der Projekte	3
17. Münchner Tage der Bodenordnung und Landentwicklung ..	4
GZ-Fachthemen: Kommunale Energiepolitik	5-14
Kommunale Dienstleistungen	15
Aus den bayerischen Kommunen	16-20

LEP-Reform:

Eckpunkte und Reaktionen

Der Freistaat beabsichtigt, einen eigenen Akzent der Landesplanung zu setzen. Im Zuge der Reform des Landesentwicklungsprogramms LEP soll darin auf Initiative von Ministerpräsident Horst Seehofer eine Anti-Trassen-Klausel aufgenommen werden, derzufolge schützenswerte Gebiete vom Leitungsbau ausgenommen werden können. Damit bestehe die Möglichkeit, neue Stromtrassen bei Bedarf über das LEP auszuhebeln, teilte Finanzminister Markus Söder in München mit. Bis Jahresende soll das Umweltministerium festlegen, welche Landschaften derart schützenswert sind, dass dort keine Stromtrasse gebaut werden darf.

Außerdem ist geplant, den Kommunen mehr Freiraum zu geben, vor allem wenn es darum geht, neue Gewerbegebiete auszuweisen. An Autobahnen und vierspurigen Straßen etwa sollen sich Firmen einfacher ansiedeln können. Das gilt genauso, wenn zwei Kommunen gemeinsam ein Gewerbegebiet ausweisen. Dann kann Gewerbe auch auf der grünen Wiese entstehen, mit Ausnahme von Einzelhandelsunternehmen wie großen Möbelmärkten.

Söders Pläne haben bei den kommunalen Spitzenverbänden unterschiedliche Reaktionen hervorgerufen. Der Präsident des Bayerischen Gemeindetags, Dr. Uwe Brandl meinte: „Wenn die starren Vorschriften des Landesentwicklungsprogramms zu Gunsten der Gemeinden und Städte gelockert würden, wäre das sehr zu begrüßen. Vor allem das strikte Anbindegebot schnürt bislang die planerische Gestaltungsfreiheit der Kommunen unnötig ein. Um nicht missverstanden zu werden: Auch wir wollen keine Zersiedelung der Landschaft und Einzelhandelsprojekte fernab der Städte und Gemeinden. Aber im Rahmen der Bauleitplanung muss den Kommunen die Planung von Gewerbegebieten und die Errichtung von Betrieben gestattet werden. Dadurch können auch im ländlichen Raum wirtschaftliche Impulse ausgelöst werden.“

Brandl bot der Bayerischen Staatsregierung an, in einen konstruktiven Dialog zur Fortentwicklung des Landesentwicklungsprogramms zu treten. „So sollte am Ende ein für alle Beteiligten vertretbarer Kompromiss herauskommen, der die wirtschaftliche Entwicklungsfähigkeit der ländlichen Gemeinden und Städte berücksichtigt, ohne den berechtigten Belangen des Landschaftsschutzes entgegenzustoßen.“

„Jede Änderung des Landesentwicklungsprogramms muss vorsichtig geschehen. Nicht alles, was unter dem Motto Auflockerung und Flexibilität auf den ersten Blick bestehend erscheint,

wirkt sich auf mittlere und lange Sicht positiv für unser Land aus“, betonte der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Nürnbergs Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly. Bayern benötige in der Landesentwicklung überfachlichen Planungswillen und überörtlichen Gestaltungswillen. Die Herausforderungen lassen sich nach Malys Überzeugung mit einer gut geplanten Infrastrukturpolitik meistern.

Anbindegebot

Dass Flexibilität dem Land als Ganzem nicht zwangsläufig nutzt, zeige sich beim Anbindegebot, das Städten und Gemeinden vorgebe, dass neue Siedlungen und Gewerbegebiete in Anbindung an bestehende Siedlungsflächen auszuweisen sind. Dies Sorge für kompakte und effiziente Strukturen und für die Erhaltung eines intakten Naturerbes. Bereits jetzt sehe das Anbindegebot funktionierende Ausnahmen vor, wo dies für eine nachhaltige Entwicklung notwendig erscheint. Die Staatsregierung wolle nun dieses Gebot ein weiteres Mal für Gewerbe an Ausfahrten von Autobahnen, vierspurigen Straßen sowie für Tourismus- und Freizeitprojekte lockern.

Wie der Städtetagschef hervorhob, „helfen die erweiterten Ausnahmen für Gewerbegebiete keineswegs allen Gemeinden. Sie begünstigen nur wenige Gemeinden, die unmittelbar an Autobahnausfahrten gelegen sind, bringen aber keinen Impuls für die Entwicklung einer Region im Gesamten. Es können damit sogar Verschlechterungen eintreten, wenn interkommunale Konkurrenz um Investoren zum Verdrängungswettbewerb führt. Dies geht zu Lasten gewachsener Orte, die nicht an der Autobahn liegen.“

Wenn sich Gewerbe an der Autobahnausfahrt ansiedelt, folge der Einzelhandel mit Filialen und Discountern. Maly zufolge werden damit Bäckern, Metzger und kleineren Läden in den Ortskernen Kunden abgejagt.

Die Landesplanung sehe be-

reits jetzt Instrumente vor, auf die Besonderheiten vor Ort einzugehen. Das Zielabweichungsverfahren ermögliche es den Städten und Gemeinden, in begründeten Einzelfällen eine Entscheidung des Heimatministeriums als oberste Landesplanungsbehörde herbeizuführen. Maly: „Es ist für die geordnete Entwicklung des Freistaats wichtig, dass Abweichungen von Zielvorgaben zentral vom Heimatministerium geprüft und entschieden werden. Der Heimatminister geht einen richtigen Weg, das Verfahren für strukturschwache Räume zu beschleunigen und zu erleichtern. Damit können besondere Verhältnisse und Bedarfe vor Ort schnell berücksichtigt werden.“

Mit Blick auf die geplante Festlegung von Schutzräumen, in denen keine Stromtrassen errichtet werden dürfen, erklärte Maly: „Der Netzausbau muss möglichst bürger- und landschaftsverträglich gestaltet werden. Trassenführungen müssen einen angemessenen Abstand von der Wohnbebauung einhalten. Der bundesweite Übertragungsnetzausbau muss in größtmöglicher Transparenz und im Dialog mit dem Bürger erfolgen. Vor der Festlegung von Schutzräumen sollte der Leitungsbedarf im Licht der von der Großen Koalition beschlossenen Rahmenbedingungen der Energiewende geprüft werden.“

Katastrophenschutz und Nachwuchsförderung:

Investitionen Bayerns bei Ehrenamtlichen

Seit dem Doppelhaushalt 2009/10 investiert Bayern mit einem Sonderprogramm von 40 Millionen Euro massiv in den Katastrophenschutz. Dies ist auch vor dem Hintergrund häufigerer Naturkatastrophen und Großschadensereignissen wie dem Sturm „Niklas“ Anfang April dringend erforderlich, erklärte Innenminister Joachim Herrmann auf dem 9. Bayerischen Katastrophenschutzkongress in Weiden. Darüber hinaus will er die intensive Nachwuchsförderung bei freiwilligen Hilfsorganisationen und Feuerwehren weiter fortsetzen.

Der Innenminister hob hervor, dass im Doppelhaushalt 2015/16 Zuschüsse von 100.000 Euro jährlich zur Anschubfinanzierung und Projektförderung für die Hilfsorganisationen zur Verfügung stünden. Für Kampagnen des Landesfeuerwehrverbandes Bayern gebe es für die Nachwuchsgewinnung bei den Freiwilligen Feuerwehren jeweils 275.000 Euro. Seit 2009 habe der Freistaat mehr als 14 Millionen Euro für Einsatzfahrzeuge und wichtige Ausrüstungsgegenstände den freiwilligen Hilfsorganisationen und Feuerwehren bereitgestellt.

„Das aktuelle Landesentwicklungsprogramm verfestigt die unterschiedliche Entwicklung der Ballungsgebiete und der ländlichen Räume. Im Interesse der Weiterentwicklung der benachteiligten Gebiete sind daher größere Freiräume zur Ansiedlung von Gewerbebetrieben und zur Schaffung von Arbeitsplätzen notwendig. Die Staatsregierung befindet sich auf dem richtigen Weg, wenn sie das Anbindegebot lockert und den Kommunen mehr Freiräume bei ihren Planungsentscheidungen einräumt“, sagte der Präsident des Bayerischen Landkreistags Landrat Christian Bernreiter, Deggendorf.

Der Bayerische Landkreistag teilt die Sorge der Zersiedelung der schönen bayerischen Landschaft nicht. Das darin zum Ausdruck kommende Misstrauen gegen kommunalpolitische Entscheidungen hält er nicht für gerechtfertigt. Der Schutz der Landschaft ist den Landräten seit jeher ein besonders wichtiges Anliegen. Deshalb besteht auch Verständnis dafür, in sensiblen Landschaftsbereichen Eingriffe z. B. durch überregionale Verkehrs- bzw. Leitungsplanungen durch das Landesentwicklungsprogramm auszu-schließen. Dadurch dürfe jedoch die Energiewende nicht grundsätzlich in Frage gestellt werden.

Wünschenswert wäre nach Bernreiters Worten, noch mehr Entscheidungsbefugnisse in der Landesentwicklung auf die Landratsämter herabzuziehen. „Die Kommunalpolitik vor Ort weiß selbst am besten, womit sie die regionale Wirtschaft stärken und Arbeitsplätze schaffen kann, ohne unverhältnismäßig in die Landschaft einzugreifen“, betonte der Präsident. DK

SGK-Bundesvorstand:

Kommunale Rolle stärken

Der Vorstand der Bundes-SGK hat in seiner jüngsten Sitzung Beschlüsse zur Flüchtlingsunterbringung und Integration sowie zur Stärkung der kommunalen Rolle in der Pflege gefasst. Zudem wurde ein fortgeschriebenes Diskussionspapier beschlossen, das Anforderungen aus kommunaler Sicht an den laufenden Prozess und das Ergebnis einer Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen formuliert.

Demnach sollen die gebietskörperschaftlichen Ebenen ihren Aufgaben entsprechend angemessen ausgestattet, der wachsenden Heterogenität im Land entgegengekömmt, die kommunale Investitionskraft gestärkt und die Fähigkeit zum kooperativen Handeln von Bund, Ländern und Kommunen verbessert werden.

Regionalisierung

Klar abgelehnt werden von den Sozialdemokraten dabei etwaige Steuersenkungen oder eine Regionalisierung von Steuergesetzgebungskompetenzen, wie sie von der Union wiederholt vorgebracht worden seien. Stattdessen unterstreicht das Diskussionspapier die Notwendigkeit zur Beibehaltung und Stärkung der staatlichen und kommunalen Steuerbasis. Auch wird davon ausgegangen, dass die bislang aus dem Solidaritätszuschlag stammenden Einnahmen weiterhin für dringende öffentliche Aufgaben zur Verfügung stehen, also der „Soli“ entweder in eine neue Sonderabgabe mit verändertem Zweck überführt (etwa zum Schuldenabbau oder für strukturalpolitische Maßnahmen und Infrastrukturinvestitionen) oder zumindest teilweise in die allgemeinen Steuerentlastungen integriert werden muss.

Insofern aber wendet sich die Bundes-SGK nachdrücklich „gegen die aktuellen Gedankenspiele von CDU und CSU zu einem schrittweisen Abbau des Solidaritätszuschlags“. Diese Politik gefährde die notwendigen Zukunftsinvestitionen in Infrastruktur, Bildung und die Integration von Zuwandernden, die für die wirtschaftliche Entwicklung wesentlich wichtiger seien als eine vor allem besser verdienenden Steuerzahlern zugutekommende Steuerentlastung.

Einbezogen werden in dem Diskussionspapier schließlich auch die Überlegungen, die Hamburgs Erster Bürgermeister Olaf Schulz und Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble u. a. zu einer Verbindung mit der im Koalitionsvertrag vereinbarten kommunalen Entlastung angestellt hatten. Hierzu verweist die Bundes-SGK auf Regelungen, die im Fall einer stärkeren Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft (anstelle einer Lösung im Rahmen der Eingliederungshilfe) getroffen werden müssten und betont die ungeachtet dessen notwendige Reform der Eingliederungshilfe, um die Kostendynamik in diesem zu über drei Vierteln von den Kommunen getragenen Systems zu bremsen.

Im Bereich der Pflegepolitik wurde im Koalitionsvertrag auf Betreiben der SPD vereinbart, dass es in dieser Legislaturperiode

gemeinsamer Atemschutzwerkstätten und -übungsanlagen sowie Schlauchpflege-Einrichtungen. Für den Ersatz von Stellplätzen, die den Unfallverhütungsvorschriften nicht mehr genügen, bestehe ein neuer Fördertatbestand.

Der Innenminister betonte, dass bei der Überarbeitung der Feuerwehrzuwendungsrichtlinien in seinem Hause die meisten Anliegen des Landesfeuerwehrverbandes und der Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren berücksichtigt worden seien. **rm**

einen Prozess und mögliche erste Schritte zur Stärkung der Rolle der Kommunen in der Pflege geben soll. Zwischen Bund, Ländern und kommunalen Spitzenverbänden soll eruiert werden, welche Schritte dies beinhalten könnte und in welchen Bereichen ein hinreichender Konsens besteht.

Im aktuellen Positionspapier des SGK-Bundesvorstandes wird auf diesen, vermutlich noch bis zum Sommer andauernden Prozess Bezug genommen und die Linie der SPD-geführten Ressorts unterstützt. Zugleich werden aber auch die aus kommunaler Sicht daran zu richtenden Anforderungen formuliert.

Dazu zählen unter anderem:

- die Verankerung einer kommunalen sozialräumlichen Pflegestrukturplanung im Bundes- und Landesrecht,
- die Stärkung der kommunalen Planungsfähigkeit und Planungskompetenz durch die Vorgabe und verpflichtende Bereitstellung von geeigneten, bundesweit vergleichbaren, auch kleinräumigen Daten,
- die Einflussnahme der kommunalen Pflegeplanung auf die Angebotsstrukturen durch ihre verpflichtende Berücksichtigung im Zulassungsverfahren von Einrichtungen,
- die Ermöglichung abweichender Bestimmungen zur Trägerschaft von Pflegestützpunkten in den Ländern zur Übertragung auf die Kommunen,
- die Einführung sog. Kooperationskommunen sowie
- die Finanzierungsbeitrag der Pflegekassen an den verschiedenen kommunalen Aufgaben und mitwirkenden Funktionen in der Pflege (Planung, Beratung, Modellversuche usw.).

Darüber hinaus werde es dauerhaft darum gehen, Lösungen für an stationären und/oder ambulanten Leistungen unterversorgte Gebiete zu entwickeln. Die Bundes-SGK setzt sich deshalb dafür ein, intensiv auch die Frage von Sicherstellungsaufträgen und Gewährleistungspflichten zu diskutieren.

Bekräftigt hat der Vorstand der Bundes-SGK seine zuwandernde und integrationspolitischen Forderungen vom vergangenen Jahr. Im Mittelpunkt eines dazu beschlossenen Positionspapiers stehen die schnelle Hilfe für Städte, Gemeinden und Kreise bei der akuten Bewältigung der Flüchtlingsaufnahme, dauerhaft wirksame Anstrengungen zur Integration der nach Deutschland kommenden Menschen und die Ausarbeitung eines konsistenten Zuwanderungsrechts, das das Asylrecht wieder auf seinen Zweck als Schutz für politisch Verfolgte konzentriert und daneben einen geordneten und legalen Weg der Zuwanderung aus ökonomischen Gründen eröffnet.

Insoweit unterstützt die Bundes-SGK das zuletzt von der SPD-Bundestagsfraktion vorgelegte Konzept für ein neues Zuwanderungsgesetz. In diesen Kontext fällt auch der vorgelegte Gesetzentwurf der Bundesregierung, wonach eine alters- und stichtagsunabhängige Bleiberechtsregelung für Menschen geschaffen werden soll, die mindestens acht Jahre (Familien mit Kindern bereits nach sechs Jahren) hier leben, deren Lebensunterhalt überwiegend gesichert ist und die mündliche Deutschkenntnisse vorweisen können. **DK**

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Korbinian Hillmeier
82290 Landsberied
am 13.5.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Karl Engelhard
91725 Ehingen
am 5.5.

Bürgermeister Georg Hölzl
84335 Mitterskirchen
am 8.5.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Hans-Peter Laschka
96268 Mitwitz
am 9.5.

Bürgermeister
Peter Mahl
86694 Niederschönenfeld
am 9.5.

Bürgermeister Harald Schlegel
95482 Gefrees
am 14.5.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Friedrich Gleitsmann
96193 Wachenroth
am 13.5.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Dieter Möhring
97491 Aidhausen
am 13.5.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Gerald Rost
84177 Gottfrieding
am 1.5.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Martin Dannhäuser
95473 Creußen
am 9.5.

Hinweis in eigener Sache:

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Erster Bayerischer Fachtag Demenz:

Vielfalt der Projekte

Deutlich verbessern will Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml die Versorgung von demenzkranken Menschen im Freistaat. „Die stark zunehmende Zahl der Demenz-Erkrankungen ist besorgniserregend. Wir müssen sicherstellen, dass die Betroffenen auch in Zukunft eine angemessene Betreuung und Pflege erhalten können“, erläuterte die Politikerin beim ersten Bayerischen Fachtag Demenz in München.

Derzeit leben in Bayern etwa 220.000 Menschen mit einer Demenzerkrankung. Etwa 70 Prozent davon sind Frauen. Der Gesundheitsreport Bayern geht für die nächsten 20 Jahre von einem Anstieg um mehr als 50 Prozent auf rund 340.000 Patienten aus, sollte in der Therapie kein Durchbruch erzielt werden.

Demenzstrategie

Im Rahmen der im Jahr 2013 ins Leben gerufenen Demenzstrategie fördert das Bayerische Gesundheitsministerium bereits eine Vielzahl von erfolgreichen Projekten für Betroffene und An-

Betreuung und Begleitung von Menschen mit Demenzerkrankung ständig gestiegen. Die demographische Entwicklung zeigt, dass der Anteil derer, die an einer Demenz erkranken, weiterhin stark ansteigen wird.

Das 2010 gestartete Projekt „TiPi – Tagesbetreuung in Privathaushalten für Demenzerkrankte“ unter der Leitung von Rosemarie Ladwig, Sozialdienst Germering, setzt auf bürgerschaftliches Engagement: Engagierte Bürger öffnen ihr Zuhause und betreuen und versorgen hilfe- und pflegebedürftige demenzerkrankte Menschen als Gäste. Menschen mit Demenzerkrankung werden in kleinen

boten Betroffenen und ihren Angehörigen eine unmittelbare und unkomplizierte Hilfe direkt vor Ort an. Außerdem stellen sie die Verknüpfung zu den professionellen Diensten her.

Weiterer wichtiger Baustein des Konzeptes ist MAKS (Mobilität, Alltagsorientierung, Kognitive Übungen und Spiritualität). „Dieses eigentlich stationäre Behandlungskonzept, das den Demenzverlauf oftmals verlangsamen kann, holen wir auf die ambulante Ebene, indem wir zum einen die Finanzierungsfrage erfolgreich gelöst haben und zum anderen Fachkräften die Ausbildung zum MAKS-Experten bezahlt haben. Dieses Wissen können sie nun an ehrenamtliche Demenzhelfer weiterreichen“, erklärte Zoller. Eine weitere wichtige Maßnahme ist für ihn die Initiierung von Seniorengossenschaften. Diese sollen in Kooperation mit Fachkräften eine zuverlässige Versorgung mit niedrighschwelligem Angeboten vor Ort ermöglichen.

Werdenfeller Weg

Ziel des sog. Werdenfeller Wegs ist es nach Darstellung von Dr. Sebastian Kirsch, Amtsgericht Garmisch-Partenkirchen und Josef Wassermann, Landratsamt Garmisch-Partenkirchen, freiheitsentziehende Maßnahmen (FEM) auf ein Minimum zu reduzieren. Dies wird erreicht, indem pflege(-wissenschaftlich) geschulte Verfahrenspfleger in das Genehmigungsverfahren einbezogen werden. Diese erstellen eine fachliche Einschätzung zur Notwendigkeit und möglichen Alternativen zu FEM für den Amtrichter, stehen für die Pflegeeinrichtungen und Betreuer als Ansprechpartner zu Verfügung und fühlen sich den Rechten und Bedürfnissen der Bewohner verpflichtet. Auf dieser Grundlage sollen alle Beteiligten in den Prozess einbezogen werden und eine gemeinsame Übernahme von Verantwortung aller am Verfahren Beteiligten erreicht werden.

Der Werdenfeller Weg, ursprünglich als Initiative in Garmisch-Partenkirchen entstanden, ist Modellprojekt für gleichartige Initiativen in anderen Landkreisen in Deutschland und zu einem

Zukunft des Wirtschaftsstandorts Bayern:

Sieben wirtschaftspolitische Schwerpunkte

Bayerns Wirtschaftsministerin Ilse Aigner hat im Ministerrat ihre zentralen wirtschaftspolitischen Schwerpunktsetzungen vorgestellt. Aigner: „Bayern muss sich - wie alle anderen hochindustrialisierten Länder auch - in den kommenden Jahren weitreichenden strukturellen Herausforderungen stellen. Mit der Digitalisierung als zentralem Treiber werden grundlegende Veränderungen für Wirtschaft und Gesellschaft nicht ausbleiben. Das ist uns längst bekannt, darauf stellen wir uns längst ein.“

Die Wirtschaftsministerin sieht es als Selbstverständnis und gute Tradition bayerischer Politik, frühzeitig und konsequent auf Innovationsfähigkeit und Zukunftsaussichten zu setzen. „Bayern ist seit Jahren im nationalen wie internationalen Vergleich in vielen Wirtschaftsbereichen führend, weil wir uns neuen Trends und zentralen Herausforderungen nicht verschließen. Unsere sieben wirtschaftspolitischen Schwerpunkte sind eine erste Antwort der bayerischen Wirtschafts- und Technologiepolitik auf die Herausforderungen der Digitalisierung.“

Leuchtturmprojekt im Bereich der Digitalisierung wird das Zentrum Digitalisierung Bayern (ZD.B) werden. „Das ZD.B bündelt die Aktivitäten von Hoch-

Unternehmerkonferenz der bayerischen Sparkassen in Nürnberg

Die Unternehmerkonferenz 2015 startet durch: Sicher agieren - schnell reagieren! Unter dem Motto „Trends und Herausforderungen“ stehen in diesem Jahr wieder über 30 Fachvorträge aus den Bereichen Management, Finanzen, Digitalisierung für Unternehmer und Führungskräfte sowie Spezialthemen für Kommunen und Landwirte auf der Agenda. Am 21. Mai 2015 erwartet die Besucher im Nürnberg Convention Center ein Tag voller Spezialisten-Know-how.

Weitere Informationen unter: www.unternehmerkonferenz.de □

gehörige. Unterstützt werden etwa sogenannte Demenzpaten, die sich in ihrem Umfeld ehrenamtlich für eine neue Kultur im Umgang mit Menschen mit Demenz einsetzen.

Das mit über 70.000 Euro geförderte Bewegungsprogramm „GESTALT-kompakt“ der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg wendet sich an ältere Menschen mit erhöhtem Demenzrisiko. Es animiert dazu, sich regelmäßig körperlich zu bewegen, um so der Krankheit vorzubeugen.

Hauptziel des Projekts „Menschen mit Demenz im Krankenhaus“, ist es, konkrete Hilfen für demenziell erkrankte Menschen und deren Angehörige bei einem Krankenhausaufenthalt zu entwickeln und in den Klinikalltag einzuführen. Dazu gehören auch entsprechende Mitarbeiterschulungen.

Darüber hinaus fördert der Freistaat mehr als 500 niedrighschwellige Angebote, um die Lebensbedingungen der Betroffenen und ihrer Familien zu verbessern. Für die Förderung des Aufbaus und Ausbaus von niedrighschwelligem Betreuungsangeboten sowie für Modellvorhaben zur Erprobung neuer Versorgungskonzepte und -strukturen insbesondere für Pflegebedürftige mit Demenzerkrankung stehen jährlich 1,7 Millionen Euro zur Verfügung.

In diesem Jahr neu gestartet ist das vom Bayerischen Gesundheits- und Pflegeministerium geförderte Forschungsprojekt „Bayerischer Demenz Survey“ der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg. Im Rahmen dieses Projekts werden Menschen mit Demenz sowie pflegende Angehörige in drei bayerischen Regionen (Dachau, Erlangen und Kronach) befragt, um Informationen über den Verlauf der Demenzerkrankung sowie über die Versorgung im häuslichen Umfeld zu gewinnen.

Am ersten Bayerischen Fachtag Demenz wurden einige Leuchtturmprojekte vorgestellt, die im Rahmen der Demenzstrategie entstanden sind. Im Landkreis München beispielsweise ist seit der Pflegereform 2008 die Nachfrage nach Angeboten zur

Gruppen an ein oder mehreren Tagen von einem Team aus einer Gastgeberin und einer Betreuerin in ausgewählten Privathaushalten versorgt. „TiPi“ hat sich als machbares und zusätzliches Angebot für Menschen mit Demenz bewährt. Das Projekt bereichert und ergänzt die bisherigen Angebote vor Ort. Ein großer Vorteil der Kleingruppenbetreuung im häuslichen Rahmen ist für die Betroffenen dabei der freundschaftliche Umgang untereinander.

Betreuung verbessern

Als erster Landkreis in Bayern hat das Ostallgäu ein Demenzkonzept entwickelt. Es trägt den Titel „Einfach dazugehören“ und begegnet laut Seniorenbeauftragtem Alexander Zoller aktiv der steigenden Anzahl demenzerkrankter Menschen im Ostallgäu. Hauptaugenmerk des einzigartigen Konzeptes ist es, die Lebens- und Betreuungsbedingungen von demenzerkrankten Menschen zu verbessern. Dafür entwickelte eine Steuerungsgruppe aus lokalen Experten umfassende Handlungsempfehlungen für die verschiedensten Lebensbereiche.

Zwischen 500 und 600 Ostallgäuer erkranken jedes Jahr an Demenz. Im Jahr 2026 werden es schon 900 Neuerkrankungen sein, wie Berechnungen des Landkreises ergeben haben. Um das Konzept so lebensnah wie möglich zu entwickeln, veranstaltete der Landkreis 2012 einen Workshop, um mit betroffenen Bürgern, Angehörigen und Fachleuten zu erörtern, was wirklich wichtig ist im Umgang mit Demenz. Anschließend flossen die Ergebnisse in die Handlungsempfehlungen des Konzeptes ein. Bei der Entwicklung des Konzeptes war eine Steuerungsgruppe maßgeblich mit beteiligt, die sich aus betroffenen Angehörigen und Vertretern unterschiedlichster Professionen zusammensetzte.

Eine der ersten Maßnahmen des Konzeptes war der Aufbau von Kontaktstellen im Landkreis, die in Kooperation mit der „Allgäu GmbH“ errichtet wurden. Sie dienen als Erst-Anlaufstelle und

GZ

Kolumne
Stefan Rößle

Liebe Leserinnen und Leser,

„Gleiche Chancen und gleichwertige Lebensbedingungen überall in Bayern sind Verfassungsauftrag.“ Mit diesen Worten läutete unser Ministerpräsident Horst Seehofer im vergangenen Jahr die Umsetzung der neuen Heimatstrategie ein. Anfangs noch als ausgeklügeltes Marketing-Gag verzierter Politikberater abgetan und belächelt, entwickeln sich der Begriff und vor allem das dahinterstehende Maßnahmenpaket immer mehr zum deutlichen Markenzeichen der 17. Wahlperiode (2013-2018) des Bayerischen Landtags.

Die Heimatstrategie basiert bekanntermaßen

Heimatstrategie als Markenzeichen

auf fünf Säulen: Strukturentwicklung in ganz Bayern, Nordbayern-Initiative, Behördenverlagerung, Digitale Revolution in ganz Bayern, Kommunaler Finanzausgleich.

Als Kommunalpolitische Vereinigung begrüßen wir uneingeschränkt alle Einzelvorhaben, weil auch eine Vielzahl unserer Forderungen aus den vergangenen Jahren letztlich in die Tat umgesetzt wird. Man denke dabei nur an die Aufstockung der Mittel und die Vereinfachung bei der Breitbandförderung. Das neue Förderprogramm für die schnelle Datenautobahn funktioniert seitdem nahezu flächendeckend. Wichtig war unserer Ansicht nach auch die Erweiterung des Raumes mit besonderem Handlungsbedarf im Zuge der Landesplanung. So können künftig strukturelle Maßnahmen noch vorausschauender und gezielter eingesetzt werden.

Apropos Maßnahmen: Einen echten Meilenstein der Strukturpolitik hat die Staatsregierung erst kürzlich im Zuge der Behördenverlagerung beschlossen. Mit dem umfangreichsten Regionalisierungsprogramm seit Jahrzehnten verlagert



der Freistaat mehr als 50 Behörden und Ämter mit insgesamt 2.225 Arbeitsplätzen und 930 Studienplätzen in den ländlichen Raum. Respekt! Der für das Gesamtkonzept zuständige Finanz- und Heimatminister Dr. Markus Söder darf durchaus auch zu Recht etwas stolz auf das Erreichte sein.

Doch wir als Vertreter der kommunalen Familie denken im Zuge der Heimatstrategie bereits jetzt an die nächsten notwendigen Schritte, die beispielsweise auch denjenigen Kommunen zugutekommen sollen, die (noch) nicht von der Behördenverlagerung profitieren konnten.

Eine bedeutende Rolle spielt in diesem Zusammenhang die ebenfalls im Heimatplan aufgeführte Fortentwicklung des Kommunalen Finanzausgleichs. Kern der Aufgabe: Zum einen die Balance innerhalb der Kommunen wahren, zum anderen aber auch die Belange strukturschwacher Kommunen noch besser berücksichtigen. Als probate Mittel empfehlen sich dabei unter anderem der weitere Ausbau der Stabilisierungshilfen zur Konsolidierung der Haushalte sowie eine gezielte Reform des Systems der Schlüsselzuweisungen mit einer Anpassung der Einwohnergewichtung.

Wahrlich keine einfache Aufgabe, vor allem vor dem Hintergrund auch noch ständig steigender Anforderungen für die kommunale Ebene. Gerade in den Bereichen Asyl, Demografie, Infrastruktur, Eingliederungs- und Jugendhilfe sowie Energiewende stehen die Bezirke, Landkreise und Gemeinden in den kommenden Jahren vor massiven individuellen Herausforderungen in unterschiedlichster (finanzieller) Ausprägung.

Summa summarum lässt sich also festhalten: Die neue Heimatstrategie der Staatsregierung geht bislang klar in die richtige Richtung. Aus Sicht der Kommunalpolitischen Vereinigung müssen aber noch weitere spürbare Maßnahmen folgen, um letztendlich das gemeinsame Ziel von gleichwertigen Lebensbedingungen im gesamten Freistaat Bayern zu erreichen.

Ihr Stefan Rößle
KVP-Landesvorsitzender

Synonym für professionsübergreifende Ansätze zur Fixierungsreduzierung geworden.

Der Schwerpunkt im AZURIT Seniorenzentrum Abundus in Fürstzell liegt nach den Worten von Ulrich Becker-Wirkert in der Pflege und Betreuung von an Demenz erkrankten Menschen nach dem sogenannten Fürstzeller Konzept, das auf die besonderen Bedürfnisse der Bewohner in den unterschiedlichen Stadien der Demenzerkrankung eingeht. Unter anderem gibt es hier eine spektakuläre Pflegeoase, die ihresglei-

chen sucht. Hier finden Menschen, die sich im Endstadium ihrer Erkrankung befinden, optimale Bedingungen.

Ein neues und innovatives Modell für die Behandlung von Menschen im Spätstadium der demenziellen Erkrankungen ist im Oktober 2012 im Seniorenzentrum Abundus eingeführt worden: die Pflegeoase. Die Umsetzung dieses Konzeptes wurde durch das Institut für sozialpolitische und gerontologische Studien (ISGOS gBR) mit Sitz in Berlin wissenschaftlich begleitet. **DK**

zentrumnaher Lage in München werde gerade ein Kristallisationspunkt für die Internet- und Medienwirtschaft geschaffen.

Auch andere Bereiche wird die Ministerin gezielt an der Digitalisierung ausrichten. So soll unter anderem die bayerische Technologieförderung neu aufgestellt werden. Im Rahmen einer Cluster-Evaluierung sollen u.a. neue branchen- und technologieübergreifende Unternehmensnetzwerke entstehen. In der Medienpolitik will Aigner ebenfalls auf die neuen Gegebenheiten reagieren: „Das heute geltende Medienrecht entpuppt sich teilweise als Fessel für unsere Medienunternehmen im globalen Wettbewerb. Wir entwickeln den Medienrechtsrahmen für das Zeitalter der Digitalisierung zusammen mit den betroffenen Ressorts fort und wollen mit konkreten Vorschlägen für das Telekommunikations-, Urheber- und Datenschutzrecht auf diese Herausforderung antworten.“

Zusätzlich wird sich die Internationalisierungsstrategie konsequent an den aktuellen Trends orientieren. Dabei werden weitere neue Märkte in den Fokus genommen und außenwirtschaftlichen Aktivitäten in den etablierten Märkten vertieft. Aigner: „Mit unseren bayerischen Clustern und Forschungsnetzwerken beherrschen wir die komplette industrielle Wertschöpfungskette und können komplexe Systemlösungen auch für zukünftige industrielle Schwerpunkte anbieten.“

Mit den Zukunftsfelder Bayerns setzt sich die Ministerin auch im Zukunftsrat der bayerischen Wirtschaft auseinander, der von vbw-Präsident Alfred Gaffal und TU-Präsident Prof. Dr. Wolfgang A. Herrmann geleitet wird. „Der Zukunftsrat stellt sich insbesondere den Fragen, welche großen technologischen Trends Bayern prägen werden und welche Auswirkungen dies auf die Gesellschaft hat.“ so Aigner abschließend. □

17. Münchner Tage der Bodenordnung und Landentwicklung:

Kooperation und Kommunikation

Die Vorteile von Kooperationen sind weithin bekannt. Sie ermöglichen Austausch, bündeln Kompetenzen und Ressourcen und optimieren damit Lösungen. Dies gilt gleichermaßen für die interkommunale wie für die ressortübergreifende Zusammenarbeit. Die 17. Münchner Tage der Bodenordnung und Landentwicklung trugen dazu bei, menschliche und strukturelle Fallstricke zu verstehen und von Beispielen gelungener Kooperationen zu lernen. Ziel war es herauszuarbeiten, welche Rahmenbedingungen Menschen und Institutionen, Kommunen und Verwaltungen brauchen, um erfolgreich Kooperationen eingehen zu können.

Als Chancen politischer Zusammenarbeit wertete der Vize-Präsident des Bayerischen Landkreistages und Landrat des Landkreises Fürstfeldbruck, Thomas Karmasin, zunächst die Unterstützung der Kommunen bei wachsender Komplexität der Anforderungen. Die projektimmanente Notwendigkeit von gemeinsamen Lösungsansätzen (Beispiel ÖPNV) sei ebenso wenig von der Hand zu weisen wie Impulse für weitere gemeindeübergreifende Planungsansätze. Als weitere Chancen nannte Karmasin die gemeinsame Positionierung des Landkreises und der Kommunen nach außen, einen Legitimationsvorsprung durch frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung sowie eine erleichterte Argumentation, da bereits im Vorfeld ein Interessensausgleich stattfände.

Komplexe Inhalte

Als Risiken führte der Landrat die Tatsache an, dass es keine klaren rechtlichen Vorgaben bei der informellen Planung gebe. Zudem nannte er komplexe Inhalte und überschneidende Zuständigkeiten bei Querschnittsthemen sowie die enttäuschte Erwartung der Öffentlichkeit bei fehlender Umsetzung als Grenzen politischer Zusammenarbeit.

Das integrierte Klimaschutzkonzept des Landkreises sowie seiner Städte und Gemeinden ist Karmasin zufolge nur ein Beispiel für Entwicklungsprojekte im Landkreis Fürstfeldbruck. Ein neues Projekt sind Workshops mit den kommunalen Verwaltungen. Hier gehe es um eine frühzeitige Einbindung der Personen in den Kommunen, die für die Umsetzung zuständig werden. Im Fokus stehe die Erstellung einer Struktur- und Potenzialanalyse für den Landkreis Fürstfeldbruck und die beteiligten Städte und Gemeinden. Geplant sei ein Handlungsleitfaden zur Siedlungs-, Freiraum- und Verkehrsentwick-

Wasserkraft ...

(Fortsetzung von Seite 1) heruntergeladen, Grafiken, weiterführende Links und vieles mehr.

Initiative der Wasserkraftunternehmen

„Wasserkraft – ja bitte!“ ist eine Initiative der Wasserkraftunternehmen in Bayern. Sie informiert über die Bedeutung der Wasserkraft in einer erneuerbaren Energiewelt in Bayern und macht den Nutzen der Wasserkraft erlebbar.

Die Partner der Initiative sind aktuell: Die Bayerische Elektrizitätswerke GmbH, Augsburg, die E.ON Kraftwerke GmbH, Lands- hut, die Grenzkraftwerke GmbH, Simbach, die Rhein-Main-Donau AG, München, die SÜC Energie und H2O GmbH, Coburg, die VERBUND AG, Wien, die VERBUND Innkraftwerke GmbH, Töging, die Vereinigung Wasserkraftwerke in Bayern e.V., München, sowie der Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e.V. – VBEW und die Wasserkraftwerke Passau GmbH. □

lung, berichtete Karmasin.

Helene Stegmann vom Bayerischen Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten verwies in ihrem Beitrag auf eine Regierungserklärung von Staatsminister Helmut Brunner im April 2012, in der darauf hingewiesen wurde, dass gemeinsam mit den Kommunen Zukunftsperspektiven für den ländlichen Raum im Jahr 2030 erarbeitet werden. Als Diskussionsgrundlage entwarf eine ministerielle Arbeitsgruppe daraufhin ein Positionspapier, das in der Folge in zehn Regionalkonferenzen diskutiert, konkretisiert und weiterentwickelt wurde.

Regionalkonferenzen

Die Ergebnisse der Regionalkonferenzen wurden durch die Abteilung Stadt- und Regionalentwicklung der Universität Bayreuth und die Beratungsgenossenschaft KlimaKomEG unter Leitung von Prof. Dr. Miosga ausgewertet und mit dem Bayerischen Gemeindetag abgestimmt.

Die Kernbotschaften sind:

- Stärkung ländlicher Regionen ist oberstes Gebot zur Verwirklichung des Verfassungsziels der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse.
- Ziel der Entwicklung ist es, eine hohe Wohn- und Lebensqualität zu schaffen und in zumutbarer Entfernung Zugang zu Arbeit, Bildung, Kultur sowie zu Einrichtungen und Dienstleistungen der Daseinsvorsorge zu ermöglichen.
- Gewährleistung einer flächendeckenden Breitbandversorgung und Mobilfunknetzabdeckung.
- Ländliche Räume müssen noch mehr zu attraktiven Bildungslandschaften werden.
- Vitale und attraktive Dörfer haben lebendige Ortskerne. Stärkung der Innenentwicklung.
- Ansprechende Nahversorgung, Kommunikationszentren und soziale Infrastruktureinrichtungen erhalten bzw. wieder schaffen.
- Ortsbildprägende Gebäude und Ensembles erhalten. Sanfter, naturverträglicher und qualitätsvoller Tourismus bringt mehr Wertschöpfung in ländliche Räume.
- Mobilität und Erreichbarkeit für alle Altersgruppen sind Schlüsselqualitäten. Neue flexible Mobilitätsformen können individuelle und öffentliche Verkehrsmittel ergänzen.
- Leistungsfähige Wegenetze stellen die Lebensadern ländlicher Räume dar.
- Nutzung erneuerbarer Energien in dezentralen Strukturen und in Bürgerhand eröffnet Möglichkeiten der regionalen Wertschöpfung.
- Aktiv gelebtes Brauchtum und Traditionen, verbunden mit Offenheit für neue Kulturangebote schaffen regionale Identitäten.
- Eigeninitiative, Eigenverantwortung, ehrenamtliches Engagement und aktive Beteiligung der Bürger muss weiterhin gestärkt und unterstützt werden.

Wie Stegmann resümierte, werde eine erfolgreiche Zukunftsgestaltung nur in enger Partnerschaft des Freistaats und seiner Verwaltungen mit den ländlichen Gemeinden sowie in vertrauensvoller Zusammenarbeit

von Gemeinden in Gemeindeallianzen und Stadt- Land-Partnerschaften und mit der Zivilgesellschaft möglich sein. Diese Querschnittsorientierung erfordere eine verstärkte Zusammenarbeit aller Beteiligten bei der Anwendung bestehender und der Entwicklung neuer Instrumente.

Neugliederungen

Über das Zusammenwirken von Städtebau und Landentwicklung informierte Hubertus Bertling, Referatsleiter im Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt des Landes Sachsen-Anhalt. In den vergangenen 15 Jahren wurde dort durch mehrere Neugliederungen die Anzahl der Städte/Gemeinden von 1.300 auf 219 reduziert. Ziel der integrierten Gemeindlichen Entwicklungskonzepte IGEK ist es, im Rahmen eines ganzheitlichen Ansatzes Anpassungserfordernisse und -strategien in allen Bereichen der kommunalen Entwicklung und zu allen Themenfeldern aufzuzeigen.

Entwicklungskonzepte

Gemeindeentwicklungskonzepte haben Bertling zufolge nur dann einen Sinn, wenn der Verlauf der Umsetzung und der Zielerreichung regelmäßig überprüft und dokumentiert wird. Die Konzepte sollten daher Aussagen zur beabsichtigten Form der Verlaufskontrolle und Evaluierung beinhalten. In der Förderperiode 2014 bis 2020 werde die Landesregierung die Kommunen darüber hinaus durch ein „Netzwerk Stadt/Land“ unterstützen. Dessen Aufgaben seien insbesondere die Erarbeitung modellhafter lokaler Entwicklungsstrategien sowie die Unterstützung und Vernetzung von Untersuchungen, Zweckforschungen, Erkenntnissen und Informationen über den ländlichen Raum mit dem Ziel, die Lebens- und Arbeitsgrundlagen in den ländlichen Gebieten zu verbessern.

Transparenz

Mit einem auf Transparenz und Kommunikation angelegten Prozess geht der Regionalverband Ruhr, Essen, nach den Worten von Martin Tönnies einen innovativen und für das gesamte Land Nordrhein-Westfalen bislang beispiellosen Weg zur Neuaufstellung des Regionalplans Ruhr. Dieser Prozess werde sowohl von den 53 Kommunen als auch von der RVR-Verbandsversammlung, dem Ruhrparlament als dem politischen Entscheidungsgremium mit großem Konsens getragen.

Walter Kirchler, Geschäftsführer der NÖ.Regional.GmbH, bezeichnete Regionalentwicklung als eine Querschnittsmaterie, die viele unterschiedliche Fachbereiche wie Raumplanung, Verkehr und Mobilität, Landschaftsplanung, Wirtschaftsentwicklung, Soziologie und anderes mehr umfasse. Dementsprechend gebe es zahlreiche unterschiedliche Organisationen und Ämter bzw. Abteilungen, die sich mit Regionalentwicklung in Niederösterreich auseinandersetzen.

Vier Säulen

Im Laufe der letzten Jahrzehnte hätten sich immer mehr Organisationen gebildet, so dass der Ruf einer Neu- bzw. Umstrukturierung im Bereich der Regionalentwicklung immer lauter geworden sei, so Kirchler. Somit sei eine Konzentration mit vier wesentli-

chen Säulen im Bereich der Vorfeldorganisationen entstanden: Ecoplus – Wirtschaft und Tourismus, eNu – Erneuerbare Energie und Umweltschutz, Kulturregion – Kultur, Creatiwirtschaft – Tradition und Nö.Regional.GmbH – Regionalentwicklung im klassischen Sinn – Dorferneuerung, Stadterneuerung, Kleinregionen,

Mobilitätsmanagement, grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Die Neuorganisation der NÖ.Regional erfolgte 2014, seit Anfang 2015 ist sie operativ tätig. Laut Kirchler ist die Zusammenführung der Mitarbeiter als Prozess zu sehen, der noch im Laufen ist, wenn auch bereits wichtige Schritte erfolgt seien. **DK**

Junge Asylbewerber und Flüchtlinge in Bayern:

Pädagogische Begleitung

Über das Konzept zur Unterstützung von Lehrkräften, die in Klassen mit Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund unterrichten, informierte Bayerns Bildungsminister Dr. Ludwig Spaenle das Kabinett.

„Angesichts der steigenden Zahl an jungen Asylbewerbern und Flüchtlingen erbringen unsere Lehrkräfte derzeit enorme Leistungen, um junge Menschen mit ausländischen Wurzeln zu unterrichten und dazu beizutragen, ihnen bestmögliche Chancen in Bayern zu eröffnen. Mit einem Fortbildungs- und Unterstützungssystem, das

passgenaue Angebote macht, unterstützen wir die Lehrkräfte vor Ort bei ihrer verantwortungsvollen Aufgabe“, betonte Minister Spaenle.

Maßnahmenbündel

Das Maßnahmenbündel für Lehrkräfte reicht von der ersten Starthilfe in Form von schnell

verfügbaren Informationen über die intensive Unterstützung bei der Einrichtung spezieller Unterrichtsangebote bis hin zu differenzierten Fortbildungsangeboten zu speziellen Fragen des Unterrichts von jungen Migranten. Außerdem können sich Lehrkräfte in besonderen Lehrgängen im Fach Deutsch als Zweitsprache weiter qualifizieren.

Unterrichtsangebote und Sprachförderung

Minister Spaenle verwies auch auf die zahlreichen Unterrichtsangebote für junge Asylbewerber und Flüchtlinge wie die Sprachförderklassen und -kurse, die Übergangsklassen sowie das speziell auf Migranten zugeschnittene berufsvorbereitende Modell der Berufsschulen. „Wir wollen erreichen, dass die jungen Asylbewerber und Flüchtlinge in Bayern bestmöglich pädagogisch begleitet werden können. Die Maßnahmen für Lehrkräfte, aber auch die Angebote für Schülerinnen und Schüler entwickeln wir auch in Zukunft bedarfsgerecht weiter“, so der Minister. □

Finanzielle Spielräume...

(Fortsetzung von Seite 1)

den muss auch künftig von der Umsatzsteuer befreit bleiben. Leistungen, die umsatzsteuerfrei sind, wenn eine Kommune sie allein erledigt, müssen auch in Zukunft umsatzsteuerfrei sein, wenn sich mehrere Kommunen zur Erledigung dieser Aufgaben zusammenschließen und die Leistungen nicht Dritten anbieten. Die reine Möglichkeit des Wettbewerbes darf nicht als Begründung für eine Umsatzsteuerpflicht gelten. „Wir wollen keine Zwangsprivatisierung durch die Hintertür.“

3. Zusammenarbeit im Back-Office-Bereich als Chance: Eine über die Zusammenarbeit bei den nach außen gerichteten öffentlichen Aufgaben hinausgehende Zusammenarbeit von Kommunen und juristischen Personen des öffentlichen Rechts im Back-Office-Bereich muss weiterhin von der Umsatzsteuer befreit sein. „Wir wollen mehr Zusammenarbeit für effiziente auch kleine Gebietskörperschaften statt Fusionen.“

4. Steuerfreiheit kommunaler Zuschüsse an Vereine und öffentliche Einrichtungen: Kommunale Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen wie Musikschule, Volkshochschule, die Förderung von Tourismus, Sport, Kultur und ehrenamtlichem Engagement müssen auch dann umsatzsteuerfrei bleiben, wenn mit dem Zuschuss ein Projekt oder ein konkreter Auftrag ausgeführt wird. „Wir wollen, dass kommunale Zuschüsse zu 100 Prozent ankommen.“

5. Wirtschaftliche Betätigung von Kommunen: Sofern Kommunen, kommunale Zweckverbände oder andere juristische Personen des öffentlichen Rechts Leistungen im Wettbewerb mit privatwirtschaftlichen Unternehmen anbieten, müssen diese Leistungen der Umsatzsteuer unterliegen.

Seit langem setzt sich die Bundes-KPV dafür ein, die Infrastruktur zu erhalten, auszubauen und den heutigen Anforderungen anzupassen. Mit dem Nachtragshaushalt 2015 sowie dem Gesetz zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen löst die Bundesregierung ihr Versprechen ein, die finanziellen Spielräume der Haushaltskonsolidierung zur Stärkung der Investitionskraft in Deutschland zu nutzen. Auf der Sitzung des Bundesvorstandes und des Hauptauschusses wurde ein Beschluss gefasst, der konkrete Vorschläge enthält, wie sicher gestellt werden könnte, dass das Geld auch vollständig bei den Kommunen ankommt.

Die KPV spricht sich dafür aus, dass der Bund bei der Umsetzung der Investitionsinitiative mit allen Ländern Verträge darüber abschließt, dass die Mittel zusätzlich vollständig bei den Kommunen ankommen. Eine Substitution von Landesförderung oder gar eine Schmälerung des kommunalen Finanzausgleichs dürfe es nicht geben. Die Länder müssten sich gegenüber dem Bund verpflichten, die Verwendung der Mittel nachvollziehbar und transparent darzulegen.

Investitionsinitiative

Die KPV begrüßt, dass von den 15 Milliarden Euro, die der Bund in den kommenden Jahren für Investitionen bereitstellen wird, über 8,7 Milliarden Euro direkt oder indirekt von den Kommunen umgesetzt werden. Die Kommunen profitieren nicht nur von den fünf Milliarden Euro zur Stärkung ihrer Investitionskraft, sondern auch zu über 50 Prozent von den weiteren sieben Milliarden Euro der verschiedenen Programme der Investitionsinitiative.

1,1 Milliarden Euro aus dem Etat des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur sollen in den Breitbandausbau investiert werden. Nach KPV-Ansicht ist dies der nötige Schub für den ländlichen Raum, um wenigstens das 50-Mbit-Ausbauziel absehbar zu erreichen.

Stärkung der Investitionskraft

Die für das Jahr 2017 vereinbarten zusätzlichen 1,5 Milliarden Euro stellen einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der Investitionskraft der Kommunen dar. Der Verteilungsschlüssel über die Umsatzsteuer und die Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft führe zu einer breiten Wirkung in der kommunalen Landschaft insgesamt. Das Sondervermögen in Höhe von 3,5 Milliarden Euro helfe besonders finanzschwachen Kommunen und könne dazu beitragen, die Schere zwischen ärmeren und reicheren Kommunen zu schließen. Der unionsgeführten Bundesregierung gelinge es mit den gewählten Verteilungsschlüsseln, dass sowohl finanzstärkere als auch finanzschwächere Kommunen und sowohl Kommunen in Ballungsgebieten als auch im ländlichen Raum von der Bundesunterstützung profitieren können.

„Wir werden uns bei den weiteren Beratungen des Gesetzentwurfes dafür einsetzen, dass mit

dem Katalog der aus dem Investitions-Sondervermögen förderfähigen Maßnahmen im Rahmen des verfassungsrechtlich Möglichen eine größtmögliche Flexibilität für die investitionsbereiten Kommunen gewährleistet wird“, heißt es im Beschluss des Bundesvorstandes und Hauptauschusses.

Mit Blick auf die aktuellen Befunde zur Entwicklung des Fachkräftebedarfs in Deutschland erklärte KPV-Bundesvorsitzender Ingrid Liebinger: „Deutschland braucht Einwanderung. Wir müssen prüfen, ob die Regeln künftig in einem Einwanderungsgesetz deutlicher zu fassen sind. Dabei können wir auf ein gutes bestehendes Aufenthaltsrecht aufbauen, aber es besteht Handlungsbedarf, es fortzuentwickeln.“

Wie Liebinger hervorhob, ist für die Kommunen der bevorstehende Fachkräftemangel eine große Herausforderung. Die örtliche Wirtschaft, aber auch die Verwaltungen, benötigen gut ausgebildete, leistungsstarke und integrationswillige Menschen nicht nur aus der europäischen Union, sondern auch darüber hinaus. Ziel müsse es sein, die Einwanderung besser zu steuern und gezielt qualifizierte Menschen bedarfsgerecht anzuwerben.

Fachkräftebedarf

Laut aktueller Studien sinkt die Anzahl der erwerbsfähigen Personen bis 2035 um mehr als acht Millionen. „Davon werden nicht nur Wirtschaftsbetriebe, sondern die meisten Landkreise und Gemeinden auch in ihren Verwaltungen betroffen sein“, machte Liebinger deutlich: „Die Frage ist, wie die Menschen, die bis dahin in den Ruhestand gehen, ersetzt werden können. Für mittelständische oder kleine Betriebe außerhalb der größeren Städte ist es schwierig, gut ausgebildete Fachkräfte zu bekommen, die auch bleiben. Attraktive Arbeitsplätze stehen zur Verfügung, aber dafür brauchen wir integrationswillige Einwanderer mit qualifizierter Ausbildung. Kommunen, Kammern, Wirtschaftsverbände müssen gemeinsam mit der Bundesagentur für Arbeit den regionalen Fachkräftebedarf ermitteln. Wir fordern die Bundesagentur für Arbeit mit ihrer zentralen Auslands- und Fachvermittlung auf, stärker auf die regionale Wirtschaft, die IHK und kommunale Verwaltung zuzugehen, um gezielter Fachkräfte anzuwerben und zu vermitteln“, so der KPV-Vorsitzende. **DK**

Energiekongress Augsburg:

1.000 wichtige Impulse

Innovationsschub für Energieversorger mit Bürgerbeteiligung

Große Herausforderungen wie die Energiewende bedürfen vieler kluger Leute, die sich ihnen gemeinsam stellen. Neben Fachleuten gehören Bürgerinnen und Bürger dazu, die oft exzellente Ideen einbringen. Vorläufiger Höhepunkt eines dreistufigen partizipativen Innovationsprozesses war der Energiekongress im Rathaus Augsburg mit 200 Zukunftsdiskussionen und über 1.000 Ideen für zukünftige Energieleitlinien.

Seit August 2014 denken der Energiebereich der Stadtwerke Augsburg (swa) und der regionale Energieversorger erdgas schwaben über eine Zusammenarbeit nach. Welche Verantwortung ein gemeinsames Energieunternehmen in einer Stadt und Region übernehmen soll, wurde jetzt in einem intensiven Beteiligungsprozess in drei Stufen abgefragt. Die Stadtwerke Augsburg (swa) und der schwäbische Energieversorger erdgas schwaben befragten zunächst ihre Mitarbeiter und sammelten dann zwischen dem 21. Februar und dem 21. März 2015 über

100 kluge und innovative Vorschläge von 300 registrierten Onlinediskussionen auf einer eigens eingerichteten Internetplattform rund um die künftige Energieversorgung in Augsburg und Umgebung.

Vorläufiger Höhepunkt war nun der Energiekongress am 21. März im Rathaus Augsburg mit 200 Zukunftsdiskussionen und über 1.000 Ideen für zukünftige Energieleitlinien.

Hierarchiefreies Denken

„Bei den politisch geforderten Energieleitlinien geht es um die

Erwartungshaltung an ein neues Unternehmen für die nächsten 10 bis 20 Jahre. Das sollten wir als Gesellschaft gemeinsam beantworten. Deshalb wollen wir alte Entscheidungswege verlassen und hierarchiefreies Denken fördern“, so Klaus Dietmayer, Geschäftsführer der Stadtwerke Augsburg und erdgas schwaben.

Auf dem Augsburger Energiekongress fand dieser breite Partizipationsprozess dann seinen offiziellen Rahmen. Ausgewählte Onlinediskussionen diskutierten gemeinsam mit Bürgern sowie Mitarbeitern der Energieunternehmen und Fachleuten aus verschiedensten Bereichen, um Grundsteine für künftige Energieleitlinien der beiden Energieversorger zu legen.

Vier Themenfelder

Die Ideen und Vorschläge der Teilnehmer widmeten sich jeweils einem der vier Themenfelder Energiedenker, Energiewender, Stadt-Land-Vernetzer und Energiebürger. Während es im Themenfeld „Energiedenker“ beispielsweise um die Frage ging, was Schwaben, was die Region Augsburg attraktiv für Start-Ups, Technologieunternehmen und die Fachkräfte der Branche macht, ging es beim Themenfeld „Energiewender“ um Einflussfaktoren bei einer Wende zu nachhaltiger Energieerzeugung.

Wie organisiert man den effizienten Energietransport vom Produktionsstandort auf dem Land zu den größten Verbrauchern in der Stadt? Dieser Frage widmeten sich jene Kongressteilnehmer, die sich über Stadt-Land-Vernetzung Gedanken gemacht haben, während es beim Themenbereich „Energiebürger“ um die Frage ging, welche Verantwortung Bürger beim Thema Energie übernehmen können.

Energiebranche auf neuen Wegen

Der Energiekongress Augsburg im vollbesetzten Goldenen Saal des Rathauses Augsburg war die erfolgreiche Fortführung eines ex-

trem offenen Partizipationsprozesses. Als deutschlandweit erster Kongress seiner Art spiegelte er das starke Engagement der Energiedenker, der Energiewender, der Stadt-Land-Vernetzer und letztlich der Energiebürger in Bayrisch Schwaben mit seinem Zentrum Augsburg wider. Erklärtes Ziel des arbeitsreichen Tages war ein Ergebnispapier, mit dem nun weiter gearbeitet werden kann.

Zum Kongress wurden zudem vier renommierte Denker eingeladen, die jeweils durch einen kurzen Vortrag die verschiedenen Facetten des Begriffes „Energiewende“ präzisieren: Lars Thomsen (Zukunftsforscher / future matters AG), Patrick Mijns (Zukunftdesigner), Dr. Daniel Dettling (Zukunftsinstitut) und Prof. Dr. Dr. h.c. Hans Joachim Schellnhuber (Direktor des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung).

Inspiziert durch die einzelnen Vorträge und die vorab online gesammelten Ideen erarbeiteten die Kongressteilnehmer ihre Vorschläge für Energieleitlinien, die entscheidend zur Zukunft der regionalen Energieversorgung beitragen sollen. Der Öffentlichkeit vorgestellt werden diese Empfehlungen für Energieleitlinien voraussichtlich ab Mitte April.

Reichhaltiger Ideenpool

„Der Energiekongress hatte Spitzenniveau. Das komplett offene Konzept mit der Einbindung von Mitarbeitern, Bürgern und Energieexperten hat sich hervorragend bewährt“, erklärte der Augsburger Oberbürgermeister Dr. Kurt Gribl. „Das Ergebnis ist ein ungeheuer reichhaltiger Ideenpool, wie unsere Energieversorgung in Zukunft aussehen könnte. Ich habe den Goldenen Saal noch nie in einer so kreativen und zugleich konzentrierten Atmosphäre erlebt. Es war beeindruckend, wie professionell und intensiv an den Tischen gearbeitet wurde. Für die Stadt Augsburg bin ich stolz, dass hier ein bundesweit einmaliger und vorbildlicher Partizipationsprozess entstanden ist. Jetzt gilt es, diese Ideen zu verdichten und in nachvollziehbare Energieleitlinien zu formulieren. Nur so entsteht eine ganzheitliche Betrachtung und eine klare Orientierung für zukünftige unternehmerische Entscheidungen.“



OB Dr. Kurt Gribl (l.) und Klaus Dietmayer, Geschäftsführer der Stadtwerke Augsburg und von erdgas schwaben.

Allendorf:

Power-to-Gas-Anlage in Betrieb genommen

Am Viessmann Unternehmensstammsitz im hessischen Allendorf (Eder) wird erstmals Methan, das mithilfe eines biologischen Verfahrens aus regenerativem Überschussstrom (z. B. Wind- oder Sonnenstrom) hergestellt wird, in das öffentliche Erdgasnetz eingespeist. Die weltweit erste Anlage ihrer Art ging Anfang März in Betrieb.

Während der vergangenen Wochen wurde die dazu notwendige Technik mit der Größe von drei Schiffscontainern in die bestehende Biomethananlage in Allendorf integriert. Die weitere Ausbaustufe des Systems zur Erzeugung und Verarbeitung von maximal 400 Kubikmetern Wasserstoff pro Stunde wurde bereits genehmigt.

Die Entwicklung von Energiespeichern ist eine der größten Herausforderungen der Energiewende. Eine interessante Lösungsmöglichkeit stellt die Technologie Power-to-Gas dar, die jetzt bei Viessmann angewandt wird. Mit diesem Verfahren kann aus überschüssigem Wind- und Solarstrom durch Elektrolyse aus Wasser Wasserstoff hergestellt werden, der direkt genutzt oder in einem zweiten Schritt zusammen mit Kohlendioxid aus einer Biogasanlage auf mikrobiologischem Wege zu Methan umgewandelt wird.

Das Gasnetz in Deutschland hat mit seinen Rohrleitungen und unterirdischen Kavernen eine Speicherkapazität von mehreren Monaten. Der Energieträger kann so über lange Zeit gespeichert und unabhängig vom Ort der Erzeugung zur Stromproduktion, der Wärmeversorgung oder in Erd-

gasatmosphäre als klimafreundlicher Energieträger verwendet werden.

Während in bisherigen Power-to-Gas-Projekten die Methanisierung auf chemisch-katalytischem Weg erfolgte, hat das Viessmann Gruppenunternehmen Microb Energy das jetzt in großem Maßstab funktionierende Verfahren entwickelt, das eine Umwandlung des im Gärprozess in einer Biogasanlage anfallenden Kohlendioxids und des extern zugegebenen Wasserstoffs zu Methan auf mikrobiologischem Weg ermöglicht. Zur Gewinnung des Wasserstoffs wird ein PEM-Elektrolyseur eingesetzt, der von Carbotech – einem weiteren Viessmann Unternehmen – gebaut wurde. Die biologische Methanisierung zeichnet sich durch eine hohe Flexibilität aus und ist damit ideal geeignet, fluktuierende Energiemengen aus Wind- oder Sonnenkraft aufzunehmen.

Die eigentliche Methanisierung wird dabei von hochspezialisierten Mikroorganismen durchgeführt. Diese nehmen den in Flüssigkeit gelösten Wasserstoff und das Kohlendioxid durch ihre Zellwand auf und „verdauen“ es zu Methan – übrig bleibt bei diesem Prozess lediglich noch Wasser.



In Günzburg entsteht zurzeit Bayerns modernstes Justizgebäude. Vom Baufortschritt überzeugten sich (von links): Helmut Kaumeier, Leiter Kommunalkunden erdgas schwaben, Walter Henle, Direktor Amtsgericht Günzburg, Markus Kraus, Bereich Hochbau, Staatliches Bauamt Krumbach, Bernhard Graf, Obermeister Innung Sanitär- und Heizungstechnik Günzburg-Krumbach, Steffen Sinner, mh modern heat and cool GmbH und Karl-Heinz Möhle, Gewerbekundenberater erdgas schwaben. Foto: erdgas schwaben

Erdgas-Wärmepumpe im neuen Amtsgericht Günzburg:

Heizen und Kühlen mit einem System

Noch ist der Rohbau eingerüstet, denn die Bauarbeiten am neuen Günzburger Justizgebäude sind in vollem Gange. Termingerech wurden jetzt die beiden Erdgas-Wärmepumpen geliefert, die künftig das barrierefreie Passivgebäude mit einer Nutzfläche von 2.850 qm an warmen Tagen kühlen und an kalten Tagen wärmen werden.

Zu einem Besichtigungstermin vor Ort trafen sich aktuell Walter Henle, Direktor des Amtsgerichts Günzburg, Markus Kraus vom Staatlichen Bauamt Krumbach, Bernhard Graf, Innungsoberrmeister Sanitär- und Heizungstechnik Günzburg-Krumbach sowie Mitarbeiter von erdgas schwaben, um die Baufortschritte in Sachen Heizung und Kühlung zu besprechen.

Amtsgerichtsdirektor Walter Henle freut sich schon heute mit seinen rund 70 MitarbeiterInnen in das neue Passivhausgebäude auf dem ehemaligen SBI-Areal an der Ecke Ichenhauser Straße/Schöhlstraße einziehen zu können. „Bauträger ist der Freistaat Bayern, der hier eine Vorreiterrolle übernimmt für zukunftsweisendes Bauen mit hoher Wertigkeit und einem Mehrwert für die Umwelt.“ Das neue Justizgebäude ist das erste vom Freistaat erbaute Passivhaus in Bayern, das mit einer Erdgas-Wärmepumpe beheizt und gekühlt wird.

Zur ausgezeichneten Energieeffizienz wird nach Inbetriebnahme die moderne Erdgas-Wärmepumpe beitragen, die das Gebäude beheizen oder kühlen kann. Die Erdgas-Wärmepumpe nutzt kostenlose Wärme aus der Luft und gibt sie als Energie an den Heizkreislauf ab. Als Antriebsenergie kommt sauberes, klimaschonendes Erdgas zum Einsatz. Die Abwärme des Motors wird ebenso zum Heizen und für die Warmwasseraufbereitung genutzt. Das bedeutet eine Einsparung von

Primärenergie und deutlich reduzierte CO₂-Emissionen. An heißen Sommertagen dagegen kühlt die Erdgas-Wärmepumpe das Gebäudeinnere und sorgt als energiesparende Klimaanlage für angenehme Temperaturen in den Büros.

Konzipiert wurde das Projekt vom Staatlichen Bauamt Krumbach unter Federführung von Markus Kraus, Bereich Hochbau und unterstützt durch erdgas schwaben in Zusammenarbeit mit regionalen Partnern. „Erdgas ist der optimale Energieträger, um auch große Verwaltungs-Gebäude klimaschonend und kostengünstig zu beheizen und zu kühlen“, erklärt Karl-Heinz Möhle, Gewerbekundenberater erdgas schwaben.

Als Referenzobjekte für Günzburg dienen das Rathaus der Marktgemeinde Bissingen und das Kinocenter in Nördlingen, beide ausgestattet mit einer Erdgas-Wärmepumpe, ebenso wie das Betriebsgebäude von erdgas schwaben in Nördlingen. Die zusätzlich auf dem Amtsgericht installierte Photovoltaik-Anlage sorgt für den eigenen Strom, vor Ort produziert und verbraucht.

„Mit der Entscheidung für eine Erdgas-Wärmepumpe übernimmt das Amtsgericht Günzburg eine Vorreiterrolle in Sachen Nachhaltigkeit. Es ist ein echtes Vorzeigeprojekt in Sachen Energieeffizienz, Energieeffizienz und erneuerbare Energien – entsprechend unserem erdgas schwaben-Weg“, so Karl-Heinz Möhle.

Der schönste Energiemix

**Erdgas // Bio-Erdgas
Strom // Bio-Strom**

Geld sparen, Klima schonen –
unser Mix macht's möglich

**erdgas
schwaben**

Wir sind da, wo unsere Kunden sind
www.erdgas-schwaben.de

erdgas schwaben ist Partner des Umweltpakt Bayern

erdgas schwaben ist Mitglied im Netzwerk der Umweltkompetenz KUMAS – Kompetenz-zentrum Umwelt e.V.

erdgas schwaben ist Mitglied im Netzwerk der Energie- & Umweltzentren allgäu gGmbH (eza)

erdgas schwaben ist Biogaspartner der Deutschen Energie-Agentur GmbH (dena)

erdgas schwaben ist Mitglied der Regionalen Energieagentur Augsburg

erdgas schwaben ist TÜV-SÜD-geprüfte Kundenzufriedenheit

Irschings Eigentümer zeigen Stilllegung an

Gemeinsame Pressemitteilung von E.ON, HSE, Mainova und N-ERGIE

Die Eigentümer des hochmodernen Gaskraftwerks Irsching 5, E.ON, HSE, Mainova und N-ERGIE, haben der Bundesnetzagentur und dem Netzbetreiber TenneT die Stilllegung des Kraftwerksblocks angezeigt. Das Kraftwerk soll zum 1. April 2016 vom Netz genommen werden.

Parallel dazu hat E.ON als alleinige Eigentümerin des Gaskraftwerks Irsching 4 der Bundesnetzagentur die Stilllegung dieses Blocks ab dem 1. April 2016 ebenfalls angezeigt. Hintergrund ist die mangelnde Perspektive für einen wirtschaftlichen Betrieb nach dem Auslaufen der aktuellen vertraglichen Regelung mit dem Netzbetreiber im März kommenden Jahres.

Sehr hoher Wirkungsgrad

Irsching 5 hat eine Leistung von 846 Megawatt und ging im Jahr 2010 in Betrieb. Mit einem Wirkungsgrad von 59,7 Prozent gehört es zu den modernsten Gaskraftwerken Europas. Irsching 4 mit 550 Megawatt Leistung ging ein Jahr später in Betrieb und ist mit einem Wirkungsgrad von 60,4 Prozent eines der effizientesten Gaskraftwerke weltweit.

Irsching 4 und 5 werden seit zwei Jahren auf Basis eines Vertrags zwischen dem Netzbetreiber

und den Eigentümern betrieben, der mit der Bundesnetzagentur verhandelt wurde. Dieser Vertrag sieht eine Kostenteilung anhand der Einsätze im Markt und zur Stabilisierung des Stromsystems auf Anweisung des Netzbetreibers vor. Die zunehmenden Mengen subventionierten Stroms aus erneuerbaren Energien und die niedrigen Großhandelspreise für Strom lassen mittlerweile keinen Einsatz am Markt mehr zu.

Im gesamten Jahr 2014 hat das Kraftwerk zu keiner Stunde Strom für den Markt produziert. Die Blöcke Irsching 4 und 5 kamen daher im vergangenen Jahr ausschließlich dann zum Einsatz, wenn ihre Leistung zur Stabilisierung des Stromsystems gebraucht wurde. Das ist dann der Fall, wenn das Netz in Süddeutschland wegen temporärer Engpässe gestützt werden muss. Für solche Einsätze auf Anweisung des Netzbetreibers erhalten die Eigentümer der Kraftwerksblöcke eine vertraglich ver-

einbarte Vergütung. Diese reicht gerade aus, um die entstehenden Kosten zu decken und basiert auf allgemeiner Regulierungspraxis.

Nach Auslaufen des Vertrags müssten die Gaskraftwerke ihre Kosten vollständig am Markt verdienen. Dafür gibt es jedoch vor dem Hintergrund niedriger Großhandelspreise und wachsender Einspeisung aus erneuerbaren Energien keine Perspektive. Um keine roten Zahlen schreiben zu müssen, sehen die Eigentümer keine Alternative zu einer Stilllegungsanzeige.

Systemrelevanz

Sollte der Netzbetreiber die Stilllegung wegen Systemrelevanz untersagen, fielen Irsching 4 und 5 unter die Reservekraftwerksverordnung. Diese wurde erlassen, um Kraftwerke am Netz zu halten, die für die Sicherheit der Stromversorgung unabdingbar sind. Damals ging der Gesetzgeber jedoch davon aus, dass ausschließlich ältere, bereits abgeschriebene Kraftwerke davon betroffen sind. Diese Verordnung erkennt wesentliche Kostenfaktoren neuerer Anlagen,

vor allem Abschreibungen und Kapitalkosten, nicht an und ist eine Verschlechterung im Vergleich zur derzeitigen vertraglichen Vereinbarung. Ein wirtschaftlicher Betrieb auf Basis dieser Verordnung ist somit nicht möglich. Die Eigentümer wären gezwungen, ihre Anlagen nicht kostendeckend zu betreiben. Deshalb behalten sie sich für den Fall eines Widerspruchs gegen die Stilllegung den Rechtsweg vor.

Die Stilllegungsanzeigen und der eventuell notwendige spätere Rechtsweg im Falle einer Untersagung der Stilllegung sind aus Sicht der vier Unternehmen die „ultima ratio“. Besser für alle Beteiligten wäre ein rechtssicherer Rahmen, der die tatsächlichen Kosten der Betriebsbereitschaft und der notwendigen Systemersätze abdeckt. Dazu müsste die Reservekraftwerksverordnung so geändert werden, dass sie auch die Kosten neuer, moderner Kraftwerke abdeckt.

Das Bundeswirtschaftsministerium hat in seinem Grünbuch zum zukünftigen Strommarktdesign festgestellt, dass eine Kapazitätsreserve zwingend notwendig ist. Dieser Feststellung müssen jetzt politische Entscheidungen folgen. Die aktuelle Verordnung bedarf nicht nur einer Verlängerung, sondern auch einer Anpassung der unzureichenden Vergütungsregelung an die veränderten Erfordernisse. Diese sollte auf den Prinzipien der Vergütungsregelungen der Netze basieren und bestehende Ungleichbehandlungen abschaffen. Denn wenn ein Netzbetreiber Netzinvestitionen tätigt, werden für diese Abschreibungen und eine Verzinsung anerkannt. Greift der Netzbetreiber hingegen auf Kraftwerke zur Sicherung der Systemstabilität zurück, werden diese Kostenpositionen nicht anerkannt, obwohl sie die gleiche Wirkung entfalten.

Weckruf für Gabriel

Bayerns Energieministerin Ilse Aigner sieht in der Stilllegungsanzeige der Gaskraftwerke Irsching 4 und 5 einen „Weckruf für Sigmar Gabriel“. Aigner: „Die Eigentümer der Gaskraftwerke Irsching sehen keine Perspektive für einen wirtschaftlichen Betrieb nach dem Auslaufen der aktuellen vertraglichen Regelung. Sie sind deshalb zur Stilllegungsanzeige gezwungen.“

Dieser Vorgang zeige, wie unzureichend die Rahmenbedingungen für den Betrieb konventioneller Kraftwerke sind, sagt Aigner. „Der Bundeswirtschaftsminister muss jetzt sofort handeln und den wirtschaftlichen Betrieb solcher moderner und umweltfreundlicher Gaskraftwerke wie Irsching ermöglichen. Sie sind für eine sichere Stromversorgung Bayerns unverzichtbar, weil sie auch Strom liefern, wenn die Sonne nicht scheint und der Wind nicht weht.“ Das habe erste Priorität. □

ren wir in den nächsten 20 Jahren sauberen Windstrom und haben gleichzeitig kontinuierliche Einnahmen, die unseren Gemeinden zugutekommen.“ Mit einer Gesamtleistung von sechs Megawatt können die Windräder jährlich rund 14 Millionen Kilowattstunden klimafreundlichen Strom produzieren.

Für juwi, das inzwischen rund 840 Windenergieanlagen an mehr als 100 Standorten errichtet hat, ist das Projekt ein Modell mit Zukunft. „Der Zusammenschluss mehrerer Gemeinden in einer kommunalen Gesellschaft bietet genauso wie Bürgerbeteiligungsmodelle die Möglichkeit, die Energiewende regional und bürgernah umzusetzen. Solche Projekte können gerade in Bayern Schule machen“, erklärt der juwi-Bereichsleiter Maximilian Nowak. Seine langjährige Erfahrung bei der Planung, Finanzierung und Realisierung bietet das Unternehmen allen Städten, Kommunen und Gemeinden in Bayern an. □



Beim Kraftwerksgespräch in Gundremmingen gab es interessante Diskussionen (im Bild von links): Landtagsabgeordneter Dr. Hans Reichhart, Bürgermeister Tobias Bühler, die Geschäftsführer des KGG, Gabriele Strehlau und Michael Trobitz und Dr. Ulrich Hartmann (Vorstandsmitglied RWE Power AG Ressort Braunkohle, Kernenergie, Wasserkraft). Bild: -jdt-

Deutsche Qualität in Russland geschätzt:

Vor Atomausstieg Millionen-Investitionen

Kraftwerksgespräch in Gundremmingen

Gundremmingen (jdt). Die anhaltende Bedeutung des Kernkraftwerks Gundremmingen für die bayerische Stromversorgung hob beim Kraftwerksgespräch 2015 der Technische Geschäftsführer Michael Trobitz hervor. Im Jahr 2015 würden 38 Millionen Euro in der Anlage investiert. Hingewiesen wurde von Trobitz darauf, dass „die Weichen gestellt werden für die Zeit nach der Stromproduktion“. Ungeachtet der Veränderungen werde es aber noch lange „keine grüne Wiese“ geben.

Der „Block B“ werde ab 2018 keinen Strom mehr erzeugen, der „Block C“ vier Jahre später. Aufmerksamkeit fand der Hinweis: Sollte sich herausstellen, dass angesichts von Problemen in der Stromversorgung Kernkraftwerke länger benötigt werden, sei es kein Problem das AKW Gundremmingen weiter zu betreiben.

Das starke Interesse an der Veranstaltung war angesichts der kommenden Veränderungen spürbar. Michael Trobitz konnte auch im Namen seiner Kollegin, der Kaufmännischen Geschäftsführerin Gabriele Strehlau Vertreter aus Politik, Kommunen, Wirtschaft, Kultur, Kirche und Gesundheitswesen begrüßen.

Geschäftsführer Trobitz stellte fest, dass das KKW Gundremmingen im Jahr 2014 rund 20,5 Milliarden Kilowattstunden Strom produzierte, knapp 25 Prozent der bayerischen Erzeugung. Ende des Jahres 2014 habe in Gundremmingen ein rundes Produktionsjubiläum im Block B gefeiert werden können, am 8. Dezember die 300-milliardste Kilowattstunde. Durch den Betrieb von Block B seien bis zu diesem Tag mehr als 240 Millionen Tonnen Kohlendioxid ausstoß vermieden worden. Auf dieses Produktionsergebnis sei man im Werk stolz.

Vorrang für Sicherheit

Weiterhin oberste Priorität habe, so fuhr Trobitz fort, der sichere Kraftwerksbetrieb. Im laufenden Jahr habe es kein meldungspflichtiges Ergebnis im Kraftwerk gegeben. In der Umgebung habe man ein dichtes Netz aus Messgeräten und Probenahmestellen. Ein solches Messnetz der Umgebungsüberwachung werde auch nach dem Ende der Stromproduktion weiter betrieben.

Hingewiesen wurde auf neue zusätzliche Anforderungen des zuständigen Bundesamtes für Strahlenschutz. Nahezu alle Standortzwischenlager in Deutschland hätten zusätzliche Vorrichtungen zum Schutz vor äußeren Einwirkungen.

Region profitiert

Herausgestellt wurde von Trobitz weiterhin hohe Investitionen in den Anlagen. Die Blöcke würden selbstverständlich intensiv geprüft, gewartet und modernisiert. Eingeplant habe man jetzt dafür

einen finanziellen Aufwand von 38 Millionen Euro, überwiegend während der Revisionen. So würden im Block C sechs Gleichrichter erneuert, die wichtige Sicherheitssysteme der Anlage unterbrechungsfrei mit Strom versorgen. Bis zum Ende der Stromerzeugung sei ein „Top-Zustand“ gewährleistet.

Atomrecht

Für den Abbau der Anlagen seien in den kommenden Jahren alle notwendigen Planungen und auch die Genehmigungsverfahren beim Abschalten von Block B in Vorbereitung. Am 11. Dezember 2014 sei beim Bayerischen Umweltministerium ein atomrechtlicher Antrag auf Abbau nicht mehr benötigter Anlagenteile von Block B gestellt worden. Er bezieht sich auf die Zeit nach der Abschaltung von Block B Ende 2017. Für den Abbau aller Anlagen nannte Trobitz einen Zeitraum von etwa 10 bis 15 Jahren. Frühestens um das Jahr 2040 herum sei die Entlassung aus der atomrechtlichen Überwachung denkbar.

Die Kaufmännische Geschäftsführerin Gabriele Strehlau informierte über die 700 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die 34 Auszubildenden und rund 300 Mitarbeiter von Partnerfirmen. Der Personalbestand beim KGG werde in den nächsten Jahren leicht sinken, zunächst auf etwa 535 Kräfte. Als Auftraggeber stehe das Werk für 35 Millionen Euro im Jahr für Firmen der Region.

Gasturbinen-Kraftwerk...?

Starkes Interesse fand das eventuell in Gundremmingen diskutierte Gasturbinenkraftwerk. Der Gemeinderat habe einer Änderung der Bauleitplanung im Dezember zugestimmt. Bürgermeister Tobias Bühler, Gundremmingen, ist überzeugt davon: „Das wäre der einzig richtige Standort.“

Weiter im Gespräch ist die Beziehung des Kernkraftwerk Gundremmingen mit dem russischen Partner – Kernkraftwerk Novovonezh. Geschäftsführer Michael Trobitz und sein Vorgänger Dr. Helmut Bläsing waren hochgeschätzte Ehrengäste beim 50. Jubiläum zur Inbetriebnahme des dortigen Blockes 1 im Jahr 1964: „Deutsche Qualität hat einen hervorragenden Ruf.“ □

10 H-Regelung:

Jetzt kommt es auf Bayerns Kommunen an

Das Rückgrat unserer künftigen Energieversorgung wird die Windkraft sein. Dank der technischen Weiterentwicklung der vergangenen Jahre können Binnenlandstandorte in Süddeutschland trotz geänderter Rahmenbedingungen erschlossen und wirtschaftlich betrieben werden. Der technische Fortschritt ermöglicht eine kontinuierliche, kostengünstige und vor allem klimafreundliche Stromproduktion.

Trotz 10 H-Regelung in Bayern – nach wie vor lohnt sich der Ausbau der Windenergie: Langfristig kurbelt er die lokale Wirtschaft an, schafft Arbeitsplätze und stärkt die kommunalen Haushalte. Laut Berechnungen der Agentur für Erneuerbare Energien erzielt eine Gemeinde durchschnittlich 2,3 Millionen Euro Wertschöpfung pro Windenergieanlage über die gesamte Betriebszeit. Dieses Geld bleibt in der Kommune, schafft Planungssicherheit und eröffnet neue finanzielle Spielräume, etwa

in den Bereichen Bildung, Infrastruktur und Kinderbetreuung. Das kommt einem Dauerkonjunkturprogramm für Bayerns Städte, Kommunen und Gemeinden gleich.

Die eingeführte 10 H-Regelung stellt Kommunen wie Projektentwickler bei der Planung neuer Windenergieprojekte zwar vor große Herausforderungen, sie muss aber nicht verhindern, dass Bayern sein vorhandenes Windpotenzial ausschöpft. Mehr denn je kommt es nun aber auf das Enga-

gement und die Verantwortung der Kommunen an, juwi, der Windenergiespezialist mit Regionalbüro in Dürnwangen im Landkreis Ansbach, unterstützt Städte und Gemeinden im Freistaat mit seiner langjährigen Erfahrung dabei, maßgeschneiderte Lösungen für Kommunen und Bürger zu entwickeln, so dass alle Beteiligten flächendeckend von den Vorteilen der Windkraft profitieren können.

Bürgerbeteiligung schafft Identifikation

Die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern vor Ort stärkt die Identifikation. juwi fördert diese Form des Anlagenbetriebs, bei dem die Bürgerinnen und Bürger Besitzer der Anlagen sind, ausdrücklich. In den vergangenen Jahren hat juwi im Freistaat viele Bürgerwindparks realisiert und sich als einer der führenden Experten auf diesem Gebiet etabliert. Gegenwärtig baut das Unternehmen im mittelfränkischen Thalmässing ein Bürgerwindprojekt mit fünf Windrädern. Diese produzieren künftig sauberen Strom für über 10.000 Haushalte. Betrieben werden sie von rund 240 Bürgerinnen und Bürgern größtenteils aus den umliegenden Ortschaften.

Kommunen werden Windparkbetreiber

Dass auch Kommunen Windparkbetreiber werden können, zeigen die Gemeinden Hummeltal, Gesees und Mistelbach im Landkreis Bayreuth. Sie gründeten ein gemeinsames Kommunalunternehmen, beauftragten juwi mit Planung und Bau der Anlagen und betreiben diese seit Herbst 2014 in Eigenregie. Die erzielten Einnahmen aus dem Stromverkauf bleiben in der Gemeindekasse und kommen so allen Bürgerinnen und Bürgern unmittelbar zu Gute.

Reinhard Sammer, Vorsitzender des Kommunalunternehmens, blickt mit Stolz auf das Projekt: „Der Windpark im Lindenharter Forst ist ökologisch und ökonomisch ein Erfolg aller Einwohner. Mit den beiden Anlagen produzie-



Windenergie

Wir sind Ihr zuverlässiger Partner

Setzen Sie auf mehr Klimaschutz und Wertschöpfung! Wir unterstützen Sie gerne mit unserer Kompetenz und langjährigen Erfahrung bei der Planung, Realisierung und Betrieb von Windkraftprojekten.

Wir freuen uns auf das persönliche Gespräch mit Ihnen. Treten Sie mit uns in Kontakt.

juwi Energieprojekte GmbH · Regionalbüro Bayern
Hauptstraße 3 · 91602 Dürnwangen
Tel. (0) 9856. 92 121 - 0 · bayern@juwi.de



Energie- und Wärmewende dezentral umsetzen

Gemeinsamer Kongress von GdW und VKU in Berlin

Der demografische Wandel, aber auch die Folgen des Klimawandels stellen Kommunen, Stadtwerke und Wohnungsunternehmen vor enorme Herausforderungen. Die enge Zusammenarbeit dieser drei Akteure im Bereich der Energiewirtschaft gewinnt im Zuge der Umsetzung der Beschlüsse der Energiewende immer mehr an Bedeutung. In den Sparten Strom-, Gas- und Wärmeversorgung ist es vor dem Hintergrund der Nachhaltigkeit mehr denn je geboten, gemeinsam nach neuen, klimaschonenden und wirtschaftlichen Lösungen zu suchen. Vor diesem Hintergrund luden der Spitzenverband der Wohnungswirtschaft GdW und der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) zu einer gemeinsamen Fachkonferenz unter dem Motto „Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen Wohnungswirtschaft und Stadtwerken“ nach Berlin ein.

Wie VKU-Präsident Ivo Gönner deutlich machte, lägen besonders hinsichtlich der Erzeugung und Nutzung von Strom und Wärme – der klassischen Domäne der Stadtwerke – die Schnitt-

stellen beider Bereiche auf der Hand: „Die Koppelung von Strom und Wärme wird noch weiter an Bedeutung gewinnen. Das Energieversorgungssystem wird zu dem dezentraler und intelligenter

und damit auch individueller. Das erfordert einen Zuschnitt auf die unterschiedlichen Bedarfe der Kunden. Kommunale Unternehmen bieten deshalb immer vielfältigere Dienstleistungen und Kooperationen, insbesondere im Bereich der Wohnungswirtschaft, an.“ „Wo es früher nur zentrale Energieproduzenten und Abnehmer gab, wird es in Zukunft immer mehr dezentrale Erzeuger geben, die zu einigen Zeiten den Strom lokal an Mieter liefern, zu anderen Zeiten Strom einspeisen“, prognostizierte GdW-Präsident Axel Gedaschko.

Nach Auffassung beider Präsidenten wird in Zukunft die Gestaltung der städtischen Infrastrukturen von besonderer Bedeutung sein. In Deutschland lebten drei Viertel der Einwohner in urbanen Ballungsräumen, weltweit sei es über die Hälfte, wobei der Anteil noch weiter steigen wird. Nicht zuletzt der Klimaschutz erfordere es, dass die städtischen Infrastrukturen nachhaltig und energieeffizient sind. Dies betreffe den Nahverkehr genauso wie Energieerzeugungskonzepte und die Wohnungswirtschaft.

Negative Trends überwiegen

Hans-Jürgen Cramer, Geschäftsführer 3C-PreCon GmbH, betonte, dass mit Blick auf den Umsetzungsstand der Energiewende „die negativen Trends überwiegen“. Er verwies auf den BDI-Energiewende-Navigator 2014, demzufolge die Klima- und Umweltverträglichkeit aufgrund der gestiegenen Treibhausgasemissionen sinkt; zudem verringerten steigende Energieverbräuche die Wirtschaftlichkeit. Regionale Unterschiede erschweren die einheitliche Beurteilung der Versorgungssicherheit; darüber hinaus habe sich die Akzeptanz der Bevölkerung wie bereits 2013 auf niedrigem Niveau eingependelt.

„Der Anfang der Energiewende war chaotisch und ausschließlich politisch getriggert. Es gab keine praktischen Erfahrungen, kein Projektmanagement, keine klare Zielsetzung. Fördermechanismen führten zu Unwuchten, notwendige Förderungen unterblieben“, unterstrich Cramer. Schmerzhaft Erfahrungen hätten (zu) langsam zu einer Rejustierung geführt. Nach wie vor stelle die Energiewende ein großes Experiment mit ungewissem (und teurem) Ausgang dar. Vor diesem Hintergrund sei es Aufgabe der Wohnungswirtschaft, die ge-

schaffene Lage aufzunehmen und kreativ umzusetzen, erklärte Cramer. Neuartige Projektwelten erforderten neuartige Partner und Vorgehensweisen. Die Energieproduktion und -verteilung von Strom und Wärme unter Einsatz regenerativer Energien könne gravierende Vorteile schaffen.

Der Druck auf die Wohnungswirtschaft wird nach Ansicht Cramers nicht nachlassen - siehe EnEV 2016 und kommende 2020. Die zukünftige Mieterstruktur werde der Thematik Strom, Wärme und dem Einsatz regenerativer Energien vermehrt Aufmerksamkeit widmen. Vernünftige Mieterstrommodelle brächten neue Kundenbindung und finanzielle Vorteile für das Wohnungsunternehmen und die Mieter. Neuartige Partnerschaften könnten in der Lage sein, Zukunft erschließbar zu machen.

Konsumgut Energieversorgung

Laut Dr. Holger Krawinkel, Leiter Customer Experience und Innovation MVV Energie AG, wird die Energiewelt kleinteiliger und dezentral; Energieversorgung wird zum Konsumgut. Beinahe jeder Kunde könne zum Akteur werden und damit in den Mittelpunkt zukünftiger Geschäftsmodelle treten. Es gelte, für den Kunden einen konkreten Mehrwert zu bieten und neue Geschäftsaktivitäten von bestehenden Organisation und Prozessen zu lösen. „Konsequentes branchenübergreifendes Partnering“ laute die Devise.

Wie Thomas Jebens, Vorstandsmitglied DKB Deutsche Kreditbank AG, erläuterte, besitzt die DKB über das Kompetenzzentrum Erneuerbare Energie und dem Know-how in den einzelnen Kundengruppen Wohnungswirtschaft und Daseinsvorsorge optimale Voraussetzungen für die Finanzierung von Kooperationsmodellen. Die Finanzierung sei von der Bonitäts- bis zur Projektfinanzierung individuell gestaltbar. Vorstellbar sei die Herausreichung einer Kreditrahmenvereinbarung auf Bonität der/des Gesellschafters für die Realisierung mehrerer Projekte. Möglich seien zudem die Ablösung des Kreditrahmens durch Projektfinanzierung sowie die Einbindung der Bevölkerung als Gesellschafter mittels Bürgerbeteiligungen bzw. Bürgersparen.

Gemeinsame Broschüre

Im Rahmen der Fachkonferenz wurde eine gemeinsame Broschüre von VKU und GdW mit dem Titel „Stadtwerke und Wohnungswirtschaft – Partner für die Energiewende vor Ort“ präsentiert, in der Kooperationsmodelle zwischen Wohnungsunternehmen und Stadtwerken bei der de-

Thüga-Gruppe zur Einführung intelligenter Messsysteme:

Nur mit verlässlichen Rahmenbedingungen

„In vielen Punkten stimmen wir mit dem Bundeswirtschaftsministerium zur Einführung von intelligenten Messsystemen überein“, so Michael Riechel, Sprecher des Vorstands der Thüga Aktiengesellschaft zum Eckpunktepapier für das Verordnungspaket Intelligente Netze des Bundeswirtschaftsministeriums (BMWi).

Je mehr Strom ein Kunde verbraucht, desto eher lohnt sich für ihn ein Messsystem. Daher teilt die Thüga-Gruppe die Ansicht des BMWi, mit dem Einbau von Messsystemen bei Kundengruppen mit hohem Stromverbrauch und damit hohem Effizienzpotential zu beginnen. Weiter erachtet die Thüga-Gruppe den verpflichtenden Einbau von Messsystemen bei Einspeisern von erneuerbaren Energien (zum Beispiel Besitzern einer Photovoltaikanlage) für sinnvoll. Bei Neubauten sowie Renovierungen sollen hingegen lediglich intelligente Zähler eingebaut werden. Diese besitzen im Gegensatz zu den aufwendigeren Messsystemen keine WAN (Weitverkehrsnetz)-Anbindung. Sinnvoll ist auch, dass der Haushaltskunde darüber entscheiden kann, ob und wie er die Messwerte aus seinem Zähler visualisieren lässt. Auf Wunsch können Haushaltskunden auch ein intelligentes Messsystem wählen.

„Eine Preisobergrenze für den Messstellenbetrieb von intelligenten Messsystemen halten wir für nicht sachgerecht“, so

zentralen Energieerzeugung vorgestellt und Finanzierungsmöglichkeiten ausgelotet werden. Ein Beispiel hierfür ist die Rahmenvereinbarung zwischen der N-ERGIE Aktiengesellschaft und der wbg Nürnberg GmbH über die sukzessive Fernwärmeerschließung der „Wohnanlage am Nordbahnhof“ der wbg Nürnberg GmbH. Die Umstellung von insgesamt 20 Heizanlagen auf Fernwärme wird über den Zeitraum 2012 bis 2020 realisiert. Versorgt werden sollen insgesamt ca. 1.000 Haushalte; die geplante abgesetzte Wärmemenge beträgt ca. 9.000.000 kWh.

Das Projekt bietet der N-ERGIE langfristige Planungssicherheit, da enorme Investitionen in den Ausbau des Fernwärmenetzes getätigt werden. Das Unternehmen erschließt ein komplett neues Stadtgebiet mit Fernwärme. Entlang der geplanten Fernwärmemtrasse können zusätzliche Potenziale „gehoben und über einen langfristigen Zeitraum die einzelnen Anlagen der wbg Nürnberg GmbH gezielt auf Fernwärme umgerüstet werden.“ **DK**

Riechel. Und auch die jetzigen Bedingungen gewährleisten dem Verteilnetzbetreiber keine angemessene Refinanzierung des Rollouts: Entweder, weil Investitionen erst in der nächsten Regulierungsperiode geltend gemacht werden können, oder, weil sie ihn einseitig mit Kostenrisiken belasten. Da aber insbesondere in der Startphase der Einführung hohe Anlaufkosten entstehen, z.B. für den Aufbau der IT-Landschaft, fordert die Thüga-Gruppe, dass Verteilnetzbetreiber diese Kosten umgehend in die Netzentgelte einrechnen können. Weiter soll der erhöhte Aufwand bei den laufenden Betriebskosten dem Kunden verursachungsgerecht, individuell in Rechnung gestellt werden.

Realisierung braucht technische und prozessuale Klarheit

Der vorgeschlagene Zeitplan lässt dem Verteilnetzbetreiber grundsätzlich Freiräume, um den Rollout möglichst effizient zu gestalten. Die Messsysteme basieren auf einer neuartigen Technologie mit hohen technischen Anforderungen. Daher muss vor dem Start des Rollouts die Praxistauglichkeit sichergestellt werden. Außerdem müssen die neuen Marktprozesse definiert sein. Um technische und prozessuale Sicherheit zu bekommen, schlägt die Thüga-Gruppe daher koordinierte, umfangreiche Tests vor.

Thüga-Thesenpapier zeigt Lösungen auf

Die Unternehmen der Thüga-Gruppe, die in Summe etwa 5,5 Millionen Stromzähler verantworten, haben ein Thesenpapier erarbeitet. Es zeigt auf, wie Messsysteme effizient, praxistauglich und kundenorientiert eingeführt werden können. Es hat vier Schwerpunkte: Finanzierung, technische und zeitliche Umsetzung sowie Zielgruppe des Rollouts. „Unsere praktischen Erfahrungen werden wir weiterhin in den Prozess der Verordnungsgebung einbringen“, erklärt Riechel. Gegenwärtig diskutiert die Thüga-Gruppe das Thesenpapier mit Politik und Verbänden. **□**

Zusammenschluss zum Bundesverband Geothermie

Augsburg. „Es wächst zusammen, was zusammengehört“, erklärt Dr. Erwin Knappek, Vorsitzender des Wirtschaftsforums Geothermie e.V. (WFG) und Präsident des Bundesverbandes Geothermie e.V. (BVG). Auf Europas größter Geothermie-Fachmesse GEOTHERM 2015 haben die Mitglieder beider Verbände ein klares Votum gegeben: Mit großer Mehrheit haben sie ein Zusammengehen beschlossen.

„Wir sprechen nun seit fast zwei Jahren mit einer Stimme. Daher ist es nur konsequent, die Verbändestrukturen zu vereinfachen und einen einzigen, schlagkräftigen Verband zu formen. Ab 2016 ist ausschließlich der Bundesverband Geothermie e.V. der Ansprechpartner für Politik, Öffentlichkeit und Unternehmen“, sagt Knappek. Erwin Knappek ist seit 2006 Vorsitzender des WFG 2013 ist er zum Präsidenten des GtV-Bundesverband Geothermie e.V. – jetzt Bundesverband Geothermie e.V. – gewählt worden. Sein Ziel, die beiden größten deutschen Geothermie-Verbände zu vereinen, wird nun erreicht.

Konkret wird die Fusion der Verbände durch den Wechsel der WFG-Mitglieder in den Bundesverband Geothermie e.V. und die planmäßige Auflösung des Wirtschaftsforums Geothermie e.V. „Jetzt müssen wir noch Feinabstimmungen vornehmen. Unser Zeitplan sieht vor, dass sich das WFG Ende 2015 auflöst und die Mitglieder zum BVG überwechseln“, sagt Knappek.

Dr. Erwin Knappek hatte gemeinsam mit seinen Vorstandskollegen aus dem WFG und dem Präsidium des BVG das Zusammengehen betreut und vorangetrieben. Knappek bedankt sich bei ihnen ausdrücklich für die sehr gute Zusammenarbeit: „Dem WFG-Vor-

stand und den Mitgliedern des Präsidiums des BVG und insbesondere dem Moderator des Verfahrens, Herrn Prof. Rüdiger Schulz gebührt großes Lob. Konstruktiv, zielführend und an der Zukunft der Branche orientiert, haben alle Beteiligten an den Vorbereitungen für den Zusammenschluss mitgewirkt. Dafür möchte ich mich herzlich bedanken, auch bei den Geschäftsführern und den Mitarbeitern von WFG und BVG.“

Aufgabenteilung

In Vorbereitung der Fusion fanden zahlreiche Gespräche zwischen den beiden führenden Gremien, den Geschäftsführern André Deinhardt (BVG) sowie Thorsten Weimann (WFG) und den Geschäftsstellen-Teams der Verbände statt. Im Zuge dessen hatte sich der einstige GtV-Bundesverband Geothermie e.V. auch in Bundesverband Geothermie e.V. umbenannt. Darüber hinaus ist die zukünftige Aufgaben- sowie Arbeitsteilung festgelegt worden: die Geschäftsstelle in Augsburg ist künftig unter anderem für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Landespolitik-Kontakte zuständig, während in Berlin der Fokus auf politischer Arbeit liegt, auf der Mitgliederverwaltung, der Wissensvermittlung und dem Veranstaltungsmanagement. **□**

WAS SAUST
ÜBER EINE INSEL



ZEIGT, WIE MAN
UMWELTFREUNDLICH
VORWÄRTSKOMMT?



Die Energieversorgung Sylt verbindet Energie und Umwelt für die Insel.



Die Erdgastaxen auf Sylt.

Die Erdgastaxen auf Sylt verdeutlichen, wie in Zukunft der Hase läuft. Denn hier tanken immer mehr Fahrzeuge auch. Natürlich zum großen Teil schon aus klimaneutralem Biogas. Genial – und nicht nur eine Insellösung.

Diese Idee der Energieversorgung Sylt ist eine von vielen, mit denen die über 100 in der Thüga-Gruppe organisierten Stadtwerke die Energiewende vorantreiben. Für ein entscheidendes Plus für Mensch, Natur und Umwelt. Für das große Plus für alle.

Erfahren Sie mehr über www.energie-und-wende.de

Klima-Bündnis Jahreskonferenz in Dresden:

Kommunen diskutieren Versorgungssicherheit

Klimakiller Großstadt?! – Der Kampf gegen den globalen Klimawandel entscheidet sich vor allem in Großstädten. Sie sind für bis zu 80 Prozent des vom Menschen verursachten Kohlendioxid-Ausstoßes in der Welt verantwortlich. Das belegen verschiedene Analysen, unter anderem eine Studie des Forschungsinstituts Economist Intelligence Unit. Damit stehen Städte vor der Herausforderung, nachhaltige Klimaschutzkonzepte umzusetzen, die unter anderem eine moderne Verkehrssteuerung, Energiesparmaßnahmen und effiziente Versorgungssysteme beinhalten. Wie sie mit dieser Verantwortung umgehen, ist unter anderem Thema der Klima-Bündnis Jahreskonferenz vom 22. bis 25. April 2015 in der sächsischen Landeshauptstadt.

Dresden ist als Mitglied des Klima-Bündnisses in einem internationalen Netzwerk eingebunden, dessen Mitglieder sich freiwillig verpflichtet haben, ehrgeizige Klimaziele zu erreichen. Ziel ist, im Ergebnis der Dresdner Klimabündnis-Konferenz eine Resolution zu verabschieden, mit der

die Klima-Bündnis-Mitglieder ihren Blick vor allem auf die nächste UN-Klimakonferenz in Paris Ende 2015 richten. „Dabei steht eine klare Forderung gegenüber der EU und der internationalen Staatengemeinschaft im Vordergrund“, so Joachim Lorenz, Vorsitzender des Klima-Bündnis.

„Für die Mitgliedskommunen des Klima-Bündnisses ist es enorm wichtig, dass die Anliegen und Potenziale der lokalen Ebene bei der Festlegung von globalen Klimazielen berücksichtigt werden. Dazu gehört auch, Kommunalvertreter in die Diskussion stärker einzubinden, denn am Ende werden die Maßnahmen vor Ort umgesetzt. In Paris müssen sich die Regierungschefs der Welt auch darüber einigen, welches Land wie viel Treibhausgase künftig vermeidet – und zu welchem Preis.“

Teilnehmer

Rund 200 Vertreterinnen und Vertreter europäischer Kommunen sowie nationaler Regierungen, EU-Institutionen und der Industrie treffen sich zu ihrer Mitgliederversammlung und Jahreskonferenz in Dresden. Mit dabei sind auch Vertreter der Amazonasregion, die durch den Erhalt des Regenwaldes einen großen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Die indigenen Völker sind die Bündnispartner der europäischen Städte, welche sich wiederum für deren Interessen einsetzen. Unterstützt werden etwa Projekte zur nachhaltigen Ressourcennutzung oder zur Stärkung ihrer Organisationsstrukturen.

Auf politischer Ebene setzt sich das Klima-Bündnis dafür ein, dass indigene Vertreter in internationale Prozesse (z. B. zu Klimawandel und Biodiversität) einbezogen werden. Gemeinsam diskutieren sie unter der Überschrift „Versorgungssicherheit vor Ort stärken“ über Möglichkeiten einer effizienten sowie klimafreundlichen Energieerzeugung und -nutzung auf lokaler Ebene. Die Veranstaltung steht gleichzeitig für 25 Jahre Klima-Bündnis, das rund 1700 Kommunen in Europa mit den indigenen Völkern des Amazonasregenswaldes im Ringen um den Klimaschutz und den Erhalt des Regenwaldes vereint. Dresden ist seit 1994 Mitglied im Klima-Bündnis.

Dresden mit Hightech-Branchen als Innovationsmotor

Mit der Mitgliedschaft im Klima-Bündnis bekennt sich die Landeshauptstadt Dresden zu einem konkreten Klimaschutzziel: Bis 2030 sollen alle fünf Jahre die Treibhausgasemissionen der Stadt um zehn Prozent reduziert werden. Die komplexe städtische Klimaschutzstrategie „Energie fürs Klima. Dresden schaltet.“ zeigt, wo Strom, Wärme und Kraftstoff eingespart oder effizienter eingesetzt und wo erneuerbare Energien angewendet werden können. „Diese Strategie zielt nicht nur auf die Reduzierung von Treibhausgasen, sondern umfasst ein gesamtstädtisches System an Energie- und Kosteneffizienz für einen attraktiven Wohn- und Wirtschaftsstandort“, sagt Dirk Hilbert, amtierender Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Dresden.

Intelligente Lösungen

Mit den Erfordernissen des Klimaschutzes ergeben sich für die sächsische Wirtschaft durchaus Potenziale. Hinter den barocken Kulissen von Elbflorenz tüftelt ein Hightech-Standort mit Exzellenzuniversität an intelligenten Lösungen für die Herausforderungen der Zukunft. „Als starker Wirtschafts- und vor allem Hightech-Standort agiert die Stadt vor allem in der Mikroelektronik-, Nanotechnologie- und Life Sciences-Branche auf internationalem Spitzeniveau. Auf diesem fruchtba-

ren Boden entstehen zahlreiche Ideen. Unsere Klimaschutzstrategie enthält einen soliden Katalog von Maßnahmen. Setzen wir diesen gemeinschaftlich um, sind wir bis 2030 auf gutem Weg“, so Hilbert weiter. Dresdens exzellente Wissenschaftseinrichtungen schaffen die Grundlagen für klimafreundliche Energietechnologien. Unternehmen und Forschungseinrichtungen gelingt es immer besser, Innovationen in Produkte umzusetzen, die am Markt erfolgreich sind.

Dresdner Erfolgsbeispiele für Smart Energy und Smart Mobility

Die sächsische Landeshauptstadt verfügt auf den Fachgebieten Energieversorgung, Mobilität und intelligente Technologien bereits heute über sehr gute Praxiserprobte Ansätze. Das 2013 verabschiedete Integrierte Energie- und Klimakonzept der Stadt, kurz IEuKK, umfasst 31 konkrete Klimaschutzmaßnahmen. Sie betreffen die Bereiche Wohnwärme, Industriestromverbrauch und den Verkehr und werden unter den Voraussetzungen realisiert, wirtschaftlich machbar, sozial verträglich und ökologisch sinnvoll zu sein.

Fernwärmenetz-Ausbau

Eine Maßnahme ist der Ausbau des Fernwärmenetzes. Es wird von sieben Kraftwerken des lokalen Versorgers DREWAG – Stadtwerke Dresden GmbH gespeist, die gleichzeitig Strom und Wärme produzieren. Dank Kraft-Wärme-Kopplung verursacht eine Kilowattstunde des Stroms ein gutes Viertel weniger Kohlendioxid als der bundesdeutsche Durchschnitt. Die gleichzeitig erzeugte Wärme speist das 500 Kilometer lange Dresdner Fernwärmenetz. Es versorgt 120 000 Haushalte und 5700 Geschäftsgebäude mit Wärme zum Heizen und zur Warmwasserbereitung. Der seit 2010 um etwa fünf Prozent gestiegene Fernwärmeabsatz entlastet damit die städtische Treibhausgasbilanz um jährlich rund 10 000 Tonnen.

„Eine Besonderheit ist unser Innovationskraftwerk in Dresden-Reick. Es verbindet sowohl fossile als auch erneuerbare Energieerzeugungsanlagen mit der Speicherung von Strom und Wärme“, erklärt Dr. Tilman Werner, Abteilungsleiter Neue Energien der DREWAG. Dieses Kraftwerk beinhaltet Sachsens ersten kommerziellen Batteriespeicher, der als Primärregelanlage für das öffentliche Stromnetz eingesetzt wird. „Damit wird ein Beitrag für die Versorgungssicherheit geleistet und weniger Kohlendioxid emittiert, da must-run-Kapazitäten konventioneller Kraftwerke ersetzt werden“, so Werner.

Langjährige Erfahrungen

Das Fraunhofer-Institut für Verkehrs- und Infrastruktursysteme IVI kann auf langjährige Erfahrungen auf dem Gebiet der wissenschaftlichen Begleitung des Einsatzes von Hybrid- und Elektrobussen verweisen. Stand vor wenigen Jahren noch die Hybridtechnologie im Zentrum des Interesses, sind es heute vor allem rein elektrische Antriebskonzepte, die in den praktischen Einsatz überführt werden. Bereits seit November 2014 läuft in Kooperation mit der Dresdner Verkehrsbetriebe AG (DVB) der Praxistest eines schnellladefähigen Elektrobusses im Linienbetrieb – hervorgegangen aus dem Projekt „Elektromobilitätsdemonstration Dockinganwendung“ (EDDA). Mittels hoher Ströme und einem Stromabnehmer auf dem Dach kann der 85 Kilowattstunden starke Lithium-Ionen-Akku innerhalb weniger Minuten nachgeladen werden. Der Elektrobuss ist anschließend in der Lage, eine Distanz von 30 Kilometern zu absolvieren. Durch extrem kurzezeitige Pulsloadungen

mit sehr hoher Leistung von über 500 Kilowatt an Haltestellen ließe sich die Streckenlänge auch mit noch kleineren, preiswerten Energiespeichern nahezu beliebig erweitern.

Elektrobussen gehört die Zukunft

Prof. Matthias Klingner, Institutsleiter am Fraunhofer IVI, setzt seit Jahren vor allem auf die Einführung elektrischer Antriebstechnologien im ÖPNV: „Elektrobussen gehört die Zukunft. Ich bin mir sicher, dass sich diese emissionslose Technologie im öffentlichen Personennahverkehr weit schneller durchsetzen wird als im automobilen Bereich.“ Um effiziente Elektromobilität auch in Dresdens Behörden besser zu etablieren, arbeitet das Fraunhofer IVI gemeinsam mit der Landeshauptstadt und anderen Projektpartnern im Rahmen des Projektes „EmiD“ an intelligenten Dispositions- und Ladesystemen.

Intelligentes Energiemanagement für Städte

An weltweit neuen Lösungen zur intelligenten Energieerzeugung sowie Energiemanagement arbeitet auch Siemens. Auf dem Campus der Universität Genua

im norditalienischen Savona hat das Unternehmen gemeinsam mit den Forschern der Hochschule ein Stromversorgungsnetz aus konventionellen und erneuerbaren Erzeugungsanlagen aufgebaut.

Microgrid-Konzept

„Ziel war es, ein Microgrid-Konzept für Städte zu entwickeln“, sagt Dr. Bernd Koch, General Manager Micro Grid Energy Automation in der Siemens-Division Energy Management. „Und das Konzept ist erfolgreich: Das autarke Microgrid integriert nicht nur die Erzeugung von Strom und Wärme aus Photovoltaik, Gasmikroturbinen und Concentrated Solar Power Systems. Es speichert zudem die elektrische Energie in einem Batteriespeicher, kühlt durch einen Absorptionskühler und optimiert die Erzeugung über ein Software-Managementssystem auf Basis der Lastvorhersage und der Wettervorhersage.“

Das System ist seit 2014 in Betrieb und ermöglicht Einsparungen von 120 Tonnen CO₂ im Jahr. „Damit hat es nicht nur Modellcharakter für ein dezentrales Energiesystem der Zukunft, sondern könnte auch die Blaupause für ein künftiges Microgrid in Dresden sein“, so Koch. □

Sichere Energieversorgung zum Schutz vor Blackouts:

Brennstoffzellen im Kommen

Nach Mobil- und Behördenfunk soll Technologie noch stärker zur Sicherung von kritischen Infrastrukturen eingesetzt werden

Ob für Mobilfunksendemasten, im Polizeifunk oder als Sicherheitspuffer für Stromnetze generell: Die Brennstoffzellentechnologie wird in immer mehr Bereichen erfolgreich eingesetzt. Das Branchen-Netzwerk Clean Power Net (CPN) will nun dafür sorgen, dass Brennstoffzellen „Made in Germany“ künftig verstärkt einem breiteren Markt zugänglich gemacht werden. Zudem sollen Hersteller aus Deutschland in den kommenden Jahren weltweite Exportmärkte erschließen.

„Wir haben die Brennstoffzelle erfolgreich aus der Forschung in die Praxis geholt“, sagt Henrik Colell, Sprecher des Netzwerks Clean Power Net zu dessen fünfjährigem Bestehen. „Für die Zukunft gilt es, das weltweite Exportpotenzial dieser Technologie optimal auszunutzen – indem die Branche Produktivität und Leistung weiter steigert und Kosten weiter senkt.“

Welche Fortschritte bei der Entwicklung von Brennstoffzellen möglich sind, konnten die am Branchen-Netzwerk beteiligten Unternehmen im Zuge der vorkommerziellen Marktvorbereitung in den vergangenen Jahren zeigen, die durch das Nationale Innovationsprogramm Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie (NIP) flankiert wird. Bei sicheren Stromversorgungsanwendungen beispielsweise ließ sich die Leistungsfähigkeit von Brennstoffzellen mehr als verdoppeln und schon in dieser ersten Phase konnten die Kosten halbiert werden.

Kosten halbieren

In den nächsten fünf Jahren sollen die Kosten nochmals halbiert werden. Dies ist laut CPN notwendig, um etwa den Markt für sichere Stromversorgungs-lösungen in der Breite erschließen zu können und um in den verschiedensten Stromversorgungsapplikationen nennenswerte Stückzahlen zu generieren.

Die Brennstoffzellentechnologie kann bei digitalen und kritischen Infrastrukturen eine sichere Stromversorgung gewährleisten. In der Digitalisierung der Gesellschaft ist daher vor allem auch dieses Thema ein besonderer Katalysator für die positive Entwicklung der Branche in Deutschland.

Colell: „Moderne, immer stärker vernetzte Gesellschaften sind bei großräumigen und lang andauernden Unterbrechungen

der Stromversorgung extrem gefährdet und verletzbar. Brennstoffzellen bieten sich als effiziente und zuverlässige Energiequellen besonders an, wenn es darum geht, die Versorgung sogenannter kritischer Infrastrukturen während eines Blackouts zu gewährleisten.“

Chancen in Schwellenländern

Der Markt für Brennstoffzellen entwickelt sich auch international. Besonders Schwellenländer wie Indien, China oder auch verschiedene Staaten in Afrika, die oft nur über schlecht ausgebaute Stromnetze verfügen, setzen zunehmend auf Brennstoffzellen zur Absicherung ihrer Infrastruktur. Von diesem Auslandsgeschäft, das große Stückzahlen und die Chance zu weiterer Skalierung bietet, sollen deutsche Hersteller künftig noch stärker profitieren. Daher steht die Exportförderung in den kommenden Jahren auf der Agenda des CPN ganz oben.

Industrie und Business: Aufklärung und Entwicklung

Das Anwendungsspektrum von Brennstoffzellen ist laut CPN riesig und geht weit über den Einsatz im digitalen Behördenfunk oder im Mobilfunk hinaus. Brennstoffzellen können ebenso erfolgreich bei IT-Servern, in Banken, in der Verkehrstechnik (Luftfahrt, Bahnverkehr), für Flutwarnsysteme, in Krankenhäusern, bei der Leit- und Steuertechnik in der Industrieproduktion oder in der Windpark-Messtechnik eingesetzt werden. Neben der Sicherung der Energieversorgung für kritische Infrastrukturen eignen sich solche Brennstoffzellen-Stromversorgungen auch für Spitzenlasten, Minutenreserve und virtuelle Regelkraftwerke. „Sie können die Energiewende sowohl in Deutschland als auch weltweit unterstützen“, betont Colell. □

9. EUROSOLAR-Konferenz in Tübingen:

Stadtwerke mit Erneuerbaren Energien

Immer mehr Stadtwerke entwickeln mit innovativen Anwendungen und neuen Geschäftsmodellen die Erneuerbaren Energien zum Rückgrat der Energieversorgung. Vor diesem Hintergrund veranstaltete EUROSOLAR – Europäische Vereinigung für Erneuerbare Energien e.V. in Kooperation mit den Stadtwerken Tübingen GmbH die EUROSOLAR-Konferenz „Stadtwerke mit Erneuerbaren Energien“. Über 150 Fachbesucher aus Wirtschaft und Politik nutzten in Tübingen die Möglichkeit, sich über aktuelle Entwicklungen der Energiewende auszutauschen.

„In Tübingen ist der Wille da, die Erneuerbaren Energien auszubauen. Unsere Stadtwerke gehen mit gutem Beispiel voran. Mit unserer städtischen Klimaschutzkampagne Tübingen macht blau“, haben wir gezeigt, dass die Menschen bereit sind, die Energiewende mitzugestalten“, unterstrich der Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer in seiner Begrüßung.

Peter Hofelich, Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft und Finanzen, Baden-Württemberg, verwies auf die besonders bedeutungsvolle wirtschaftsnahe Forschung im Bundesland, leiste doch gerade sie einen unschätzbaren Beitrag dazu, „dass nicht nur geforscht, sondern auch produziert und damit das Wissen in Wertschöpfung umgewandelt wird“. Dabei gehe es nicht nur um den Ausbau regenerativer Energie, sondern auch um die Einsparung von Energie – etwa durch moderne Dämmtechnik.

Kommunale Aufgabe

Wie der Vorsitzende der Deutschen Sektion von EUROSOLAR e.V., Dr. Axel Berg, hervorhob, bleibe die Energieversorgung vorrangig eine kommunale Aufgabe. Egal ob Effizienzgewinne bei Gebäuden oder bei der Wärmerückgewinnung, die Nutzung der KWK, die Modernisierung von Verteilnetzen oder der Umstieg auf nachhaltige Mobilitätskonzepte: Diese Aufgaben könnten nur auf dezentraler Ebene und unter Beteiligung der verschiedenen Akteure geleistet werden.

Als zunehmend wichtig erachtet Berg die Transparenz der Energiegewinnung: „Das Dreieck aus Bezahlbarkeit, Versorgungssicherheit und Umweltverträglichkeit ist um einen wichtigen Faktor erweitert worden: Akzeptanz.“ Die Zivilbevölkerung sei gut informiert und argwöhnisch, erklärte der Vorsitzende, weshalb es wichtig sei, dem

Verbraucher genau darzulegen, wie die Energie gewonnen wird und wie umweltverträglich sie ist.

„Stadtwerke sind das Fundament der Energiewende. Ihre Kooperation untereinander sowie mit Projektpartnern und Kommunen bringt uns alle voran. Wir setzen daher bei unseren Projekten im Bereich der Erneuerbaren Energien bewusst auf Regionalität“, verdeutlichte der Sprecher der Geschäftsführung der Stadtwerke Tübingen (swt), Ortwin Wiebecke.

Fokus auf Regionalität

Derzeit werde beispielsweise gemeinsam mit der W-I-N-D, einem Unternehmen aus Dettingen unter Teck, ein Windpark entlang der A7 projektiert und damit an die Vision des EUROSOLAR-Gründers Hermann Scheer von der Energieallee A7 angeknüpft. Die Stadtwerke Tübingen hätten sich zum Ziel gesetzt, bis 2020 insgesamt 50 % ihres gesamten Tübinger Stromabsatzes aus ökologischen Quellen abzudecken. Mit gezielten Investitionen in Projekte aus Sonnen-, Wind- und Wasserkraft in den vergangenen drei Jahren kämen sie diesem Ziel schon in diesem Jahr mit 46 % sehr nah.

Joachim Nitsch, zweifacher Träger des deutschen Solarpreises, sieht bei der Energiewende enorme Erfolge, aber auch Enttäuschungen, etwa dass der Energieverbrauch seit 1990 kaum zurückgeht. Der Strom aus erneuerbarer Energie muss sich seiner Ansicht nach vervielfachen. Das Hauptproblem liegt laut Nitsch nicht an der technischen Seite der Energiewende, sondern an fehlender Erkenntnisbereitschaft der Gesellschaft, etwa dass weniger Güter produziert werden sollten. Alle Reden von Wirtschaftswachstum, „während wir Dinge fordern, die dem diametral entgegenstehen“, bemerkte Nitsch. **DK**

Norditalien:

Green City Energy erwirbt Wasserkraftwerke

Green City Energy setzt seine Wasserkraftoffensive im nördlichen Italien fort und hat von einem Projektpartner zwei neu errichtete Kleinwasserkraftanlagen in Turin und im Raum Mailand erworben. Die beiden Anlagen mit jeweils 600 sowie 225 kW Nennleistung sollen in die festverzinsliche Anleihe „Kraftwerkspark II“ von Green City Energy integriert werden, in welche private Anleger aktuell investieren können.

Bei der Wasserkraftanlage in Turin handelt es sich um ein unterirdisches Druckleitungskraftwerk im Zentrum der norditalienischen Metropole. In seiner Bauart, mit einer rund 225 Meter langen Druckleitung und einer Kaplan-Turbine, erinnert das Wasserkraftwerk „Pellerina“ an das Praterkraftwerk in München. Die südöstlich von Mailand gelegene Anlage „Carpianello“ umfasst zwei Wasserkraftschnecken, die an einem Abwasserkanal errichtet wurden.

„Italien ist ein dynamischer Markt für Kleinwasserkraft“, sagt Markus Vogel, Teamleiter Wasserkraft Italien bei Green City Energy. „Durch das Conto Energia haben wir hier ein ähnliches gesetzliches Vergütungssystem wie durch das EEG und Italien ist immerhin der drittgrößte Wasserstromproduzent der EU.“

Das zeigt sich auch in der Stromerzeugung des Landes: Wasserkraft hatte 2014 einen Anteil von 22 Prozent an der Stromproduktion Italiens. Der Großteil der Anlagen liegt dabei in den bergigen und wasserreichen Nordregionen Italiens. Nach dem Druckleitungskraftwerk Vallesina hat Green City Energy Anfang 2015 von einem Projektpartner zwei weitere norditalienische Kleinwasserkraftanlagen erworben.

Die beiden Kraftwerke sind Teil der Projektgesellschaft Energetica S.r.l., in der weitere Anlagen bzw. Projektrechte gebündelt sind. Die Projekte „Pellerina“ und „Carpianello“ verbleiben in der Energetica S.r.l. Die anderen Projekte werden herausgelöst und in andere Projektgesellschaften überführt. Die Energetica wird als Teil des geplanten Nachtrags II in die aktuelle festverzinsliche Anleihe „Kraftwerkspark II“ integriert.

Schmuckstück im Herzen Turins

Das unterirdische Druckleitungskraftwerk „Pellerina“ mit einer Nennleistung von 600 kW liegt am Fluss Dora Riparia inmitten des beliebten Sport- und Freizeitparks Campo Pellerina im Nordwesten von Turin in der Region Piemont. Das Wasser für das Kraftwerk wird oberhalb eines bestehenden Sohlgefälles von 5,71 Metern seitlich entnommen und komplett unterirdisch durch eine rund 225 Meter lange Stahldruckrohrleitung mit einem Durchmesser von 2,5 Metern geschleust.

Hausbesitzer legen knapp 180 Euro für Modernisierung zurück

Ein zu hoher Energieverbrauch, neue gesetzliche Auflagen oder einfach der Lauf der Zeit – wer eine Immobilie besitzt, hat immer etwas zu tun. Doch Kosten und Mühe lohnen sich, denn durch einen hohen energetischen Gebäudestandard lässt sich auf lange Sicht viel Geld sparen.

Rund ein Viertel aller Hausbesitzer in Deutschland hat in den vergangenen drei Jahren sein Eigenheim modernisiert. Bei den Arbeiten führen energetische Modernisierungen das Ranking der am häufigsten durchgeführten Maßnahmen an. Das zeigen die Ergebnisse des LBS-Hausbesitzer-Trends 2015, eine Umfrage der GfK im Auftrag der LBS.

Demnach haben zwei Drittel

Diese mündet in eine Kaplan-Turbine der Bauform S mit horizontaler Achse und einer mittleren Wasserabfuhrleistung von 4.600 Litern pro Sekunde. „Der Großteil der Bauwerke ist komplett unterirdisch. Außer dem Einlaufbauwerk, der Fischtreppe und dem Auslaufbauwerk wird man im Stadtpark nichts mehr sehen können“, erklärt Bauleiter Prof. Ing. Maurizio Rosso. „Und das mitten in Turin. Das ist schon etwas Besonderes.“

Die Fischdurchlässigkeit wurde durch eine Fischtreppe aus Naturstein sogar deutlich verbessert, eine Wandermöglichkeit für Fische bestand bisher nicht. Zusätzlich wurde ein Seitenkanal restauriert und mit einem Aus- und Einstieg für Kanufahrer versehen, die so nun erstmals die Stautufen des Flusses umgehen können. Im Rahmen der Renaturierung der Bauflächen mit Rasen sowie rund 140 Bäumen wird auch ein Lehrpfad zu dem Kraftwerk und dem ökologischen Umfeld errichtet. Mitte März wurde das Kraftwerk offiziell in Betrieb genommen und speist nun jährlich genug grünen Strom für rund 750 Haushalte in das Netz des Betreibers AEDM ein.

Grundlastfähige Wasserschnecken

Das Kleinwasserkraftwerk in der norditalienischen Region Lombardei liegt an dem Mailänder Entwässerungskanal Deviatorio Redefossi in der Gemeinde Giuliano Milanese im Ortsteil Carpianello, unmittelbar vor der Einmündung in den Fluss Lambro. Zwei Schnecken-Turbinen mit einer Gesamtnennleistung von 225 kW wurden an zwei bestehenden Gefällestufen mit einer Gesamtfällehöhe von 3,64 Metern installiert.

Das Wasser wird jeweils oberhalb der Stufen über einen seitlich angeordneten Entnahmekanal aus dem Kanal ausgeleitet, über die Schnecken-Turbine abgearbeitet und nach der Gefällestufe über den Rückgabekanal wieder in den Kanal zurückgeleitet. Die mittlere abgeleitete Wassermenge liegt bei 4.270 Litern pro Sekunde. „Das Schöne hier ist: Der Entwässerungskanal führt immer gleich viel Wasser, also handelt es sich um ein Grundlastkraftwerk“, betont Dr. Paolo Mion, leitender Bauingenieur und Geschäftsführer von Energetica. Im April werden die Anschlussleitungen verlegt. Die Inbetriebnahme erfolgt voraussichtlich im Mai 2015. □

der Modernisierer innerhalb der letzten drei Jahre eine oder mehrere Maßnahmen vorgenommen, um die Energiebilanz ihres Hauses zu verbessern. Wer sein Haus in den vergangenen drei Jahren modernisiert hat, investierte im Schnitt 16.250 Euro. Für energetische Maßnahmen wurden durchschnittlich rund 12.200 Euro ausgegeben, für Umbaumaßnahmen etwa 10.000 Euro.

Knapp ein Viertel der Eigentümer plant in den nächsten drei Jahren (weitere) Modernisierungen. Vier von zehn Hausbesitzern legen regelmäßig Geld für künftige Modernisierungsarbeiten zur Seite – im Schnitt rund 180 Euro im Monat. Mit Abstand die meisten nutzen dafür einen Bausparvertrag (28 %). □



V. l.: Georg Persigehl (reencon GmbH), Sara Landvogt (Bayernwerk Natur), Franz Haberer (KU Gerolsbach), Birgit Cischek (Vorstandsvorsitzende Sparkasse Aichach-Schrobenhausen), Martin Seitz (Bürgermeister Gerolsbach), Dr. Alexander Fenzl (Geschäftsführer der Bayernwerk Natur), Peter Basche (Bayernwerk Natur), Fabian Stahl (BEG), Andreas Herschmann (BEG), Thomas Kreller (Gemeinde Gerolsbach). □

Bayernwerk Natur beteiligt sich an Windkraft Gerolsbach

Erstmalige Kooperation mit Kommune und Bürgerenergiegenossenschaft

Seit 2013 hat die Bayernwerk Natur gemeinsam mit ortsansässigen Kommunen das Windkraftprojekt Gerolsbach entwickelt. Zum Baubeginn erfolgte nun zusammen mit der Kommune Gerolsbach und der Bürgerenergiegenossenschaft Pfaffenhofen der Spatenstich. Die drei Windkraftanlagen mit einer Leistung von insgesamt 7,2 MW sollen jährlich rund 16 Millionen Kilowattstunden und damit sauberen Strom für circa 4.600 Haushalte liefern. Im ersten Quartal 2016 sollen die Anlagen planmäßig in Betrieb gehen. Für die Bayernwerk Natur ist es das erste Windparkprojekt mit einer Bürgerbeteiligung.

„Durch das Engagement in diesem Projekt zeigen wir uns erneut als Partner der Energiewende in Bayern. Die enge und sehr partnerschaftliche Kooperation mit der Kommune Gerolsbach und der Bürgerenergiegenossenschaft Pfaffenhofen hat dabei für alle Parteien einen erheblichen Mehrwert ergeben. In dieser Konstellation möchten wir auch zukünftig verstärkt derartige Projekte in Bayern vorantreiben“, erklärt Dr. Alexander Fenzl, Geschäftsführer der Bayernwerk Natur.

Gemeinsam mit den Partnern wurden alle Projektentwicklungsphasen durchschritten: von den Voruntersuchungen über die Genehmigungsphase bis hin zur Baureifmachung und der Realisierung einer Finanzierungslösung. Bayernwerk Natur stellte das Know-how aus seinen bestehenden Windparkengagements und die konzernweiten Kompetenzen im Bereich der Windkraftentwicklung zur Verfügung. „Mit vereinten Kräften schaffen wir mit dem Projekt einen Meilenstein für Gerolsbach in puncto Klimaschutz und Energiewende“, schwärmte Martin Seitz, Bürgermeister der Gemeinde Gerolsbach.

In einem finalen Schritt wurden seit Herbst 2014 Gespräche mit der Bürgerenergiegenossenschaft Pfaffenhofen über eine Bürgerbeteiligung an dem Projekt geführt und die Kooperation damit um eine wesentliche Komponente bereichert. Bei Betriebsbeginn wird die Kommune Gerolsbach 51 Prozent an der Projektgesellschaft halten, die Bürgerenergiegenossenschaft 26 Prozent und die Bayernwerk Natur 23 Prozent des Eigenkapitals. Mit dem Spatenstich erfolgt gleichzeitig der Start des Bürger-Beteiligungsmodells durch die Bürgerenergiegenossenschaft für den Landkreis Pfaffenhofen.

Konkret kann sich die Bevölkerung ab sofort und bis 31. Mai mit mindestens 1.000 Euro direkt an dem Projekt beteiligen. Eine Beteiligungsobergrenze gibt es nicht. Die Bürger stellen dabei als Darlehensgeber der Genossenschaft Kapital für eine Laufzeit von 20 Jahren mit einem festen Zinssatz von drei Prozent zur Verfügung und werden gleichzeitig Mitbesitzer der Anlage. Die Bürger von Gerolsbach erhalten eine Beteiligungsgarantie und werden vorrangig behandelt. Ab Inbetriebnahme

Bewerbungsstart 2015 für Bürgerenergiepreis Niederbayern

Bayernwerk und Bezirksregierung würdigen Impulse für die Energiezukunft

Mit Unterstützung der Regierung von Niederbayern vergibt das Bayernwerk 2015 zum dritten Mal den mit insgesamt 10.000 Euro dotierten „Bürgerenergiepreis“ in Niederbayern. „Die Gestaltung der Energiezukunft ist viel mehr als nur ein technologisches Projekt. Innovation und Technologie brauchen die Akzeptanz der Gesellschaft. Bürgerinnen und Bürger, die in ihrem Umfeld eigene Impulse für die Energiezukunft setzen, sind wichtige Wegbereiter der Energiewende“, erklärte Christoph Henzel, Leiter Kommunalmanagement der Bayernwerk AG, bei der diesjährigen Auftaktveranstaltung an der Grundschule Arnbruck, einem der Preisträger aus dem Jahr 2013.

„Mit dem Bürgerenergiepreis möchten wir diesen Impulsgebern und ihren Projekten eine Plattform bieten“, so Christoph Henzel. „Bei den bisherigen Wettbewerbsrunden hat uns besonders beeindruckt, dass sich nicht nur Erwachsene, sondern vielfach auch Kinder und Jugendliche mit Engagement und Ideenreichtum für unsere Energiezukunft einsetzen. Das können wir auch hier an der Grundschule Arnbruck sehen, die vor zwei Jahren mit dem Projekt „Energiewende fängt bei uns an!“ am Wettbewerb teilgenommen hat“, stellte er fest.

Anreiz für innovative Ideen

Regierungspräsident Heinz Grunwald begrüßte die Zielrichtung des Preises: „Energiesparen ist in aller Munde, dabei muss noch viel passieren. Die meisten denken beim Thema Energiesparen nur an Strom. Dabei kann man noch viel mehr machen und der Bürgerenergiepreis ist genau der richtige Anreiz für innovative Ideen, die wir brauchen, um bei der Energiewende erfolgreich sein zu können.“ Deshalb befürwortete und begleitete man das 2013 initiierte

Projekt der Bayernwerk AG seitens der Regierung gerne erneut.

Mit dem Bürgerenergiepreis können Privatpersonen, Vereine oder auch Schulen ausgezeichnet werden, die mit pfiffigen und außergewöhnlichen Ideen und Maßnahmen einen Impuls für die Energiezukunft geben. Die niederbayerischen Kommunen rufen ihre Bürger auf, sich bei ihnen zu bewerben. Die Kommunen reichen ihre Vorschläge für mögliche Preisträger dann beim Bayernwerk ein. Aus allen Einsendungen wählt eine Jury drei Preisträger aus.

Der Umfang und die Größe der Projekte sind laut Christoph Henzel nicht entscheidend. Wichtig ist, dass sich die Projekte mit den Themen Energieeffizienz oder Ökologie befassen, Vorbildcharakter haben und dazu beitragen, die Akzeptanz für die Energiewende zu erhöhen. Eingereicht werden können Projekte, die entweder in Planung sind, im laufenden Jahr begonnen haben oder aufgrund ihrer inhaltlichen Qualität nach wie vor Bestand haben.

Weitere Informationen sind abrufbar unter www.bayernwerk.de/buergerenergiepreis □

Netze für neue Energien.

Der Anteil der regenerativ erzeugten Energie im Netz des Bayernwerks liegt bei über 50 Prozent. Bis heute haben wir mehr als 240.000 Photovoltaikanlagen in unser Netz integriert. Damit betreiben wir eines der ökologischsten Netze in Deutschland.

www.bayernwerk.de

bayernwerk



Forschungsprojekt ePlanB nimmt Fahrt auf

14 Pendler erhalten Elektroautos
Acht Ladesäulen gehen am P&R-Platz in Buchloe in Betrieb

Das Forschungsprojekt ePlan B nimmt Fahrt auf: 14 Pendler sind in den kommenden sechs Monaten mit Elektroautos klimafreundlich unterwegs. Tagsüber laden die Autos am Park&Ride-Platz am Bahnhof in Buchloe, abends fahren die Pendler mit voller Batterie wieder nach Hause. Dazu haben die Lechwerke (LEW) eine Ladeinfrastruktur aus acht Ladesäulen mit insgesamt 16 Ladepunkten errichtet.

Ermöglicht wird der klimafreundliche Pendlerverkehr durch das auf drei Jahre angelegte Forschungsprojekt ePlanB, das vom Landkreis Ostallgäu, der Stadt Buchloe, der Lechwerke AG (LEW), der LEW Verteilnetz GmbH (LVN) und der Forschungsgesellschaft für Energiewirtschaft (FfE) durchgeführt und vom Bayerischen Wirtschaftsministerium gefördert wird.

Zusammenarbeit mit unseren Partnern vor Ort. Deshalb bedanke ich mich ganz herzlich bei Staatssekretär Franz Josef Pschierer, Landrätin Maria Rita Zinnecker und Josef Schweinberger, Bürgermeister von Buchloe, dass dieses Projekt hier im Landkreis Ostallgäu durchgeführt werden kann“, sagte LEW-Vorstandsmitglied Norbert Schürmann.

Zukunftsthema

Hauptziel

Das Hauptziel ist, ein intelligentes Lademanagement zu entwickeln, das die Batterien von geparkten Elektroautos dann auflädt, wenn viel Strom aus heimischen erneuerbaren Energiequellen eingespeist wird. Dadurch können Netzinfrastrukturen effizienter genutzt werden. Zugleich sollen Pendler stärker für das Thema Elektromobilität sensibilisiert werden.

„Der Aufbau der Ladeinfrastruktur am Bahnhof in Buchloe ist ein wichtiger Meilenstein, denn nun kann der Feldtest beginnen. Besonders wichtig bei einem solchen Projekt ist die erfolgreiche

Für Pschierer ist die Elektromobilität das Zukunftsthema für die bayerische Automobilindustrie. „Wir werden hier mit dem neuen Förderprogramm ‚Elektromobilität und innovative Antriebstechnologien‘ die richtigen Anreize schaffen. Ich bin überzeugt, dass auch das Projekt ePlanB wertvolle Impulse liefern wird.“ Bürgermeister Schweinberger erläuterte die Situation vor Ort: „Mehr als 500 Pendler aus dem Ostallgäu und Teilen des Unterallgäus bis nach Memmingen kommen täglich nach Buchloe, um von hier aus mit der Bahn weiterzufahren.“ Landrätin Maria Rita Zinnecker ist von

dem Projekt ebenfalls überzeugt: „Der schon heute sehr hohe Anteil erneuerbarer Energien im Ostallgäu gibt uns Rückenwind für zukunftstaugliche Entwicklungen – nämlich Energie dann zu nutzen, wenn sie erzeugt wird. Nebenbei bietet das Projekt auch Bürgern und Unternehmen in der Region Gelegenheit, Praxiserfahrung mit Elektromobilität zu sammeln. Die Erkenntnisse fließen in die Planung von Infrastrukturmaßnahmen mit ein.“

Feldtest

Der Feldtest besteht aus vier Phasen, in denen insgesamt 56 Pendler für jeweils sechs Monate ein Elektroauto erhalten. Geeignete Teilnehmer wurden auf Basis einer Befragung und anschließender Fahrprofilanalyse ermittelt. Entscheidende Kriterien waren vor allem die Pendelhäufigkeit und eine möglichst hohe Pendeldistanz, um die zu ladende Energiemenge zu erhöhen. Mithilfe einer GPS-Logger-Analyse wurde das Mobilitätsverhalten von geeigneten Interessenten über mehrere Wochen hinweg erfasst. Nach Auswertung der Fahrprofile wurden die Teilnehmer für die ersten beiden Feldtestphasen ausgewählt. Alle Interessenten, die an der GPS-Logger-Analyse teilnahmen, haben im Anschluss einen Bericht

mit einer individuellen Fahrprofilanalyse erhalten. Daraus wird deutlich, wie gut ein Elektroauto zum persönlichen Fahrprofil passt und wie wirtschaftlich es im Vergleich zum eigenen Fahrzeug ist. Der Bericht enthält auch einen Vergleich der Fahrzeuge in Bezug auf den CO₂-Ausstoß.

Referenzwerte

In der ersten Phase des Feldtests werden die E-Autos ungesteuert geladen. Das heißt, die Elektroautos laden sofort, sobald sie an die Ladesäule gesteckt werden. „In dieser Phase zeichnen wir Daten zum Fahr- und Ladeverhalten auf“, erklärt Prof. Dr.-Ing. Wolfgang Mauch von der Forschungsstelle für Energiewirtschaft (FfE). „Wir erfassen, wann und wie oft an jeder Ladesäule geladen wird und wie viel Energie insgesamt an der P&R-Anlage bezogen wird.“ Diese Daten liefern die Referenzwerte für die zweite Phase, das gesteuerte Laden. In dieser Phase geben die Pendler dann – entweder direkt vor Ort an der Ladesäule oder über eine Website – Daten zur vorgesehene Parkdauer und dem aktuellen Batterieladestand ein.

Fahrzeugtypen

Folgende Elektrofahrzeuge kommen im Feldtest zum Einsatz: jeweils zwei Fahrzeuge der Typen Mitsubishi i-MiEV, Renault Zoé und Smart fortwo ed sowie jeweils drei Fahrzeuge der Typen BMW i3, Nissan Leaf und VW E-Golf. Die Elektroautos wurden bei Autohäusern aus der Region beschafft. Eines der Fahrzeuge ist zur Entwicklung der intelligenten Ladetechnik der FfE zugeordnet. Die anderen 14 E-Autos werden an Pendler vergeben. Die Fahrzeuge haben Reichweiten zwischen 140 und 210 Kilometern. Die maximale einfache Pendeldistanz der ausgewählten Projektteilnehmer liegt bei 70 Kilometern.

Gesamtbudget

Das Gesamtbudget des Forschungsvorhabens ePlanB liegt bei rund 1,3 Millionen Euro. Davon tragen die Lechwerke rund 650.000 Euro, der Freistaat Bayern fördert das Vorhaben mit knapp 600.000 Euro, Landkreis und Stadt Buchloe beteiligen sich mit jeweils 36.000 Euro.

Die LEW-Gruppe ist als regionaler Energieversorger in Bayern und Teilen Baden-Württembergs tätig. LEW beschäftigt mehr als 1.700 Mitarbeiter und ist mit 35 Wasserkraftwerken einer der führenden Erzeuger von umweltfreundlicher Energie aus Wasserkraft in Bayern.

Die Forschungsstelle für Energiewirtschaft (FfE) ist ein bundesweit anerkanntes Forschungsinstitut mit einer über 60-jährigen Tradition, das sich mit aktuellen Fragestellungen der Energietechnik und Energiewirtschaft beschäftigt.

trieb der Ortsnetze durch den Einsatz künstlicher Intelligenz optimiert werden kann. Damit gehen wir einen großen Schritt in Richtung Energiezukunft.“

„Wir bringen die Energiewende in der Region voran. Dafür erproben wir neue Technologien in der Praxis. Das Smart-Operator-Projekt hat dabei eine Schlüsselposition: Mit großer Unterstützung der Bürger vor Ort verbinden wir hier eine ganze Reihe neuer Technologien zum Stromnetz der Zukunft – in einem noch nicht da gewesenen Umfang“, stellte Dr. Markus Litpher, Vorstandsmitglied der Lechwerke, fest.

Informationen zum Smart-Operator-Projekt in der Wertachau unter www.lew.de/smartoperator.

Informationen zum Smart-Operator-Gesamtprojekt von RWE Deutschland gibt es unter www.rwe.de/smartoperator



Start für ePlanB: Norbert Schürmann, LEW-Vorstandsmitglied, Josef Schweinberger, 1. Bürgermeister der Stadt Buchloe, Maria Rita Zinnecker, Landrätin des Landkreises Ostallgäu, Franz Josef Pschierer, Staatssekretär im Bayerischen Wirtschaftsministerium, und Prof. Dr. Wolfgang Mauch, Geschäftsführer der Forschungsstelle für Energiewirtschaft (von links) stellen das Forschungsprojekt in Buchloe vor. Bild: LEWAG

Weißenburg-Gunzenhausen und Roth-Hilpoltstein:

Unseriöse Zählerableser

N-ERGIE Kunden aus dem Raum Weißenburg-Gunzenhausen und Roth-Hilpoltstein berichten über Aushänge bzw. Flugblätter in ihren Häusern, in denen das Unternehmen „Aktiv-Energy“ zu einem bestimmten Termin die „Messung des Stroms“ ankündigt und zudem die Bewohner auffordert, ihre Stromrechnung bereitzuhalten.

Die Ablesung von Stromzählern im Netzgebiet der N-ERGIE liegt ausschließlich in der Verantwortung des Netzbetreibers: der Main-Donau Netzgesellschaft, einem Tochterunternehmen der N-ERGIE Aktiengesellschaft. Die angesprochenen Bewohner müssen den Mitarbeitern der Aktiv-Energy deshalb keinen Zugang zu ihrem Stromzähler gewähren.

Die N-ERGIE Aktiengesellschaft und die Main-Donau Netzgesellschaft wissen nicht, was „Aktiv-Energy“ mit dieser Aktion plant. Naheliegender ist die Vermutung, dass es sich um den unseriösen Versuch der Kundenakquise handelt.

Betroffene, die den Mitarbeitern von „Aktiv-Energy“ Zugang zu ihrem Zähler gewähren und dabei einen Betrugsverdacht oder den Verdacht auf Zählermanipulation hegen, empfiehlt die N-ERGIE, sich direkt an die Polizei zu wenden. □

ENERCON entwickelt neue 4-Megawatt-Plattform

ENERCON entwickelt eine neue Windenergieanlagen-Plattform im 4-Megawatt-Segment. Erster Anlagentyp aus der Plattform ist die neue E-126 EP4 für mittlere Windstandorte (Windklasse IEC IIA) mit 4,2 MW Nennleistung und einem Rotordurchmesser von 127 Meter. Erstmals im Rahmen einer Messe vorgestellt wurde die neue Windenergieanlage auf der Hannover Messe.

Die Installation des EP4-Prototypen ist für Ende 2015 geplant, die Markteinführung erfolgt 2016. Weitere Anlagenvarianten für Schwach- und Starkwindstandorte werden zu späteren Zeitpunkten folgen.

Innovative Technologie

Die neue ENERCON 4-MW-Plattform vereint innovative Technologie mit intelligenter Modulbauweise für mehr Effizienz und Zuverlässigkeit“, sagt ENERCON Geschäftsführerin Nicole Fritsch-Nehring.

„Die systematische Weiterentwicklung bewährter Komponenten, die verstärkte Nutzung von Gleichteilen sowie die Standardisierung der Komponenten sind wichtige Schlüsselfaktoren des neuen Plattformkonzepts. Das neue Anlagendesign genügt höchsten Qualitätsansprüchen und überzeugt durch maximale Effizienz, geringere Schallemission und eine Verkürzung der Projektdurchlaufzeiten dank Prozessoptimierung in den Bereichen Produktion, Logistik und Aufbau.“

Animierter Einblick in die Technik

Auf der Hannover Messe präsentierte ENERCON die E-126 EP4 in einem multimedialen Showroom. Besucher hatten die Gelegenheit, sich anhand von maßstabgetreuen Modellen und Produktanimationen einen umfassenden Einblick in die Anlagentechnologie zu verschaffen. Neben dem Hauptstand war ENERCON wieder im Ausstellungsbereich „Job & Career“ präsent, um Interessierte über die umfangreichen Einstiegs- und Karrieremöglichkeiten bei ENERCON zu informieren. □

Bayerisches Wirtschaftsministerium:

Projekt „Smart Operator“ ausgezeichnet

Mit intelligenter Technik im Stromnetz und in Haushalten die Schwankungen bei der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien ausgleichen. Diese Idee haben RWE Deutschland und die Lechwerke (LEW) in dem Projekt „Smart Operator – das intelligente Stromnetz“ in Schwabmünchen bei Augsburg verwirklicht. Franz Josef Pschierer, Staatssekretär im Bayerischen Wirtschaftsministerium, hat mit dem Regierungspräsidenten von Schwaben, Karl Michael Scheufele, dieses besonders umfassende Smart-Grid-Projekt im Rahmen der Messtour „Energie für Bayern“ des Wirtschaftsministeriums ausgezeichnet.

LEW-Vorstandsmitglied Dr. Markus Litpher und Dr. Arndt Neuhaus, Vorstandsvorsitzender der RWE Deutschland AG, nahmen die Auszeichnung „Gestalter der Energiewende“ auf der Augsburger Frühjahrsausstellung afa entgegen. Ausgezeichnet werden Projekte aus dem Freistaat, die nach Ansicht des Wirtschaftsministeriums die Energiewende in besonderem Maß voranbringen.

Intelligentes Ortsnetz

Das Projekt „Smart Operator – das intelligente Stromnetz“ setzen LEW und RWE Deutschland in der Siedlung Wertachau um, einem Ortsteil von Schwabmünchen. Es ist eines der umfassendsten

Smart-Grid-Projekte überhaupt: Erstmals sind intelligente Stromzähler, verschiedene intelligente Hausgeräte in Privathaushalten sowie innovative Netztechnik wie ein zentraler Batteriespeicher und ein regelbarer Ortsnetztransformator zu einem intelligenten Ortsnetz, einem Smart Grid, zusammengefasst.

Selbst lernendes System

Das Ziel ist: Den in der Siedlung durch Fotovoltaikanlagen auf Hausdächern erzeugten Strom möglichst vor Ort verbrauchen oder speichern und damit das vorhandene Stromnetz effizienter nutzen. Das Gehirn des intelligenten Stromnetzes ist der „Smart Opera-

tor“, ein für das Projekt entwickelter Computer. Er kann selbstständig die intelligenten Bausteine steuern und so Stromverbrauch in Zeiten verschieben, in denen viel Strom aus Fotovoltaik zur Verfügung steht. Bei dem Smart Operator handelt es sich um ein selbst lernendes System: Die Steuerung wertet den Erfolg ihrer Aktionen aus und optimiert so ihre Handlungsstrategien immer weiter. Als erstes der bundesweit drei Smart-Operator-Projekte von RWE Deutschland ist das Projekt in der Wertachau im Juli 2014 in die Praxisphase gegangen.

Der richtige Weg

„Erneuerbare Energien decken in Bayern aktuell bereits rund ein Drittel des Energiebedarfs. Damit erzielt der Freistaat einen Spitzenwert im bundesdeutschen Vergleich. Insbesondere die bei uns starke Fotovoltaik stellt uns dabei jedoch vor die Herausforderung, die enormen Schwankungen bei der Erzeugung auszugleichen“, sagte Franz Josef Pschierer. „Das Smart-Operator-Projekt geht den richtigen Weg: Energie dort verbrauchen, wo sie erzeugt wird. Hier sehen wir in der Praxis, wie die Lösung aussehen kann. Beeindruckend an dem Projekt finde ich auch, wie Unternehmen und Bevölkerung gemeinsam die Umsetzung der Energiewende voranbringen.“

Versorgungssicherheit

„Die Verteilnetze sind zu Energieeinsammlern geworden. Sie müssen Leistungsschwankungen im Netz, die sich aus wetterabhängiger, dezentraler Erzeugung ergeben, zuverlässig beherrschen und gleichzeitig Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit gewährleisten“, sagte Dr. Arndt Neuhaus. „Wir untersuchen in den Smart-Operator-Projekten, wie der Be-



Von links: Karl Michael Scheufele, Regierungspräsident von Schwaben, Dr. Arndt Neuhaus, Vorstandsvorsitzender RWE Deutschland, Staatssekretär Franz Josef Pschierer und LEW-Vorstandsmitglied Dr. Markus Litpher bei der Übergabe der Auszeichnung für das Projekt „Smart Operator - das intelligente Stromnetz“. Bild: Wirtschaftsministerium/Bodmer

Bayerns Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften:

Wichtige Triebfeder der regionalen Wirtschaft

Situation der Energiegenossenschaften im Mittelpunkt

Die 1013 bayerischen Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften, die 2014 insgesamt eine solide Geschäftsentwicklung verzeichnen konnten, machen ihren Erfolg nicht allein an betriebswirtschaftlichen Kennzahlen fest, sondern verstehen sich ganz grundsätzlich als wichtige Triebfeder der regionalen Wirtschaftskreisläufe. „Wir tragen ganz wesentlich zur wirtschaftlichen Entwicklung des Freistaates bei, denn wir sind in 35 Branchen und über alle Wertschöpfungsstufen hinweg breit aufgestellt“, stellte Alexander Büchel, Vorstandsmittglied beim Genossenschaftsverband Bayern (GVB), in der Jahrespressekonferenz fest. Besonders intensiv ging er in seinem Bericht auf die Situation der Energiegenossenschaften und auf die Probleme des Milchmarktes ein.

Damit die Genossenschaften mit ihren etwa 18.000 Mitarbeitern und circa 677.000 Mitgliedern ihre Aufgaben auch dauerhaft erfüllen und ihren Beitrag zu einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung leisten könnten, müssten aber die Entscheidungsträger in Land, Bund und Europa den Ordnungsrahmen stärker an den Bedürfnissen der regionalen Wirtschaft ausrichten. Die Bedeutung

der regionalen Wirtschaft zeige sich unter anderem darin, dass die Raiffeisen-Warenbetriebe im Freistaat ein Netz aus rund 340 Standorten bildeten. In jedem Landkreis gebe es durchschnittlich fünf Standorte, die ein wesentlicher Bestandteil der ländlichen Nahversorgung seien. Im Warenhandel werden jährlich rund 1,4 Milliarden Euro umgesetzt, denn jeder bayerische Bürger gibt im Durch-

schnitt pro Jahr bei Raiffeisen-Warengeschäften 110 Euro aus.

Zum vom GVB betreuten Gesamtbereich gehören 750 ländliche und 213 gewerbliche Genossenschaften mit vier Zentralen und 67 Kreditgenossenschaften mit Warengeschäft. Sie haben im Berichtsjahr einen Gesamtumsatz von 12,19 Milliarden Euro (+2,7 Prozent) erreicht, waren also weiter auf Wachstumskurs, mussten aber mit einem Ergebnis vor Steuern von 191,68 Millionen Euro einen Ergebnisrückgang hinnehmen, denn im Jahr zuvor waren es noch 220,20 Millionen Euro gewesen. Hauptursachen für das Minus lieferten die rückläufigen Margen der Molkereien, gesunkene Preise für Getreide, Schmier- und Treibstoffe sowie Überkapazitäten im Düngerbereich. Nicht rundum

zufrieden ist der Verband mit der Situation der 255 Energiegenossenschaften.

Die Umsätze dieser Energiegenossenschaften stiegen zwar um 1,9 Prozent auf 454 Millionen Euro. Das Plus gab es besonders bei den Photovoltaikgenossenschaften, nicht aber bei den Versorgungsgenossenschaften wegen gesunkener Gaspreise. Mit ihren rund 31.000 Mitgliedern seien Bayerns Energiegenossenschaften der wichtigste Akteur für eine von den Bürgern getragene, dezentrale Energiewende, die neben der Erzeugung vielfach auch die lokale Energie- und Wärmeversorgung sicherstellten. Zu beobachten sei, dass sich der politische Fokus bei der Energiewende verschiebe. Nicht mehr die Frage, wie erneuerbare Energieanlagen optimal gefördert und ausgebaut werden könnten, stehe im Vordergrund, sondern es gehe darum, wie sich der Zubau an erneuerbaren Energien systemkompatibel in einen Strommarkt integrieren lasse. Diese Entwicklung sei zwar zu begrüßen, aber sichergestellt sein müsse auch, dass in der Vergangenheit getroffene politische Zusagen, auf deren Basis Investitionsentscheidungen vorgenommen wurden, eingehalten werden.

gen haben sich auch die Dienstleistungs- und Handelsgenossenschaften. Auch die Geschäftslage im Handwerk ist gut.

Sorgen bereiten dem Verband Bestrebungen, das Rechnungswesen für kleine und mittelständische Unternehmen vom deutschen Handelsgesetzbuch (HGB), das vor allem dem Gläubigerschutz verpflichtet ist, auf das eher finanzwirtschaftlichen Anlageentscheidungen dienende angelsächsische System „International Financial Reporting Standards (IFRS)“ umzustellen. Dieses System sei vor allem für große, börsennotierte Konzerne geeignet.

Alles in Allem schauen die bayerischen Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften „mehrheitlich optimistisch“ in die Zukunft. In Bayern seien die konjunkturellen Vorzeichen gut auf Grund der niedrigen Zinsen, der niedrigen Energiepreise, der positiven Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt und des gesunkenen Außenwertes des Euro, was dem Export diene. Der GVB geht davon aus, dass das Bruttoinlandsprodukt heuer um 2,2 Prozent wachsen wird.

Die positive Grundstimmung wird dadurch bestätigt, dass im Berichtsjahr 31 neue Genossenschaften gegründet wurden, darunter fünf im Bereich Marketing und Beratung und jeweils drei in den Bereichen Handel sowie Soziales und Kultur. Aber der Großteil mit 16 Genossenschaften entfiel auf den Energiebereich. Andererseits gab es auch 28 Liquidationsöffnungen, sei es dass der Geschäftszweck erfüllt war, sei es, dass die Geschäftsgrundlage entfallen ist. Einschließlich der Kreditinstitute (Volks- und Raiffeisenbanken) waren 2014 im GVB 1294 Mitgliedsunternehmen erfasst gegenüber 1283 im Jahr zuvor. dhg.

Öffentliche Beleuchtung:

Herausforderung Störungsmanagement

Via Webportal und App erfasst die EVN Beleuchtungsdefekte in 117 Gemeinden schnell und effizient

Etwa 67.000 Lichtpunkte, verteilt auf rund 117 Gemeinden, betreut die EVN AG in Niederösterreich – einschließlich Betrieb, Wartung und Instandhaltung. Ein umfangreiches Störungsmanagement ist dafür unerlässlich, besonders die Meldung und Erfassung von Defekten stellt bei einem derart heterogenen Abdeckungsgebiet eine große Herausforderung dar. Die EVN nutzt daher inzwischen ein Webportal sowie eine App der auf Beleuchtungsverwaltung spezialisierten sixData GmbH, die eigens für diese Aufgabe entwickelt wurden: Über eine Kartenansicht kann hier jeder Nutzer schnell und gezielt einen defekten Lichtpunkt finden und – sofern sich dieser in einer der von EVN betreuten Gemeinde befindet – melden.

Die Daten lassen sich direkt in das Verwaltungssystem luxData übernehmen, wodurch nicht nur eine lückenlose Zustandsdokumentation jeder Laterne gegeben ist, sondern auch detaillierte Aufträge für die Monteur erstellt werden können. Das erleichtert die Arbeit für die Mitarbeiter und spart Zeit bei der Störungsbehebung sowie bei deren Dokumentation.

Rund 5.000 Meldungen von Defekten gehen jährlich bei dem Energie- und Lichtversorger EVN ein, die entsprechend der Service Level Agreements mit den kommunalen Kunden möglichst rasch behoben werden sollen. Basis dafür ist die ausführliche Erfassung der Störungsanzeigen aus der Bevölkerung, allerdings gestaltete sich dies aufgrund unterschiedlicher Strukturen teils schwierig. „Es gab mehrere Wege zur Meldung, etwa per Fax, Telefon, E-Mail oder mündlich“, berichtet der Leiter des EVN Lichtservice Ing. Roland Zwanzl. „Je nach Art der Benachrichtigung wurden die Störungen in unterschiedlichen Systemen erfasst und mussten manuell in luxData übertragen werden.“

Um hier eine einheitliche und verlässliche Lösung zu finden, wandte sich das Unternehmen an den Software-Dienstleister sixData, von dem auch das Beleuchtungsmanagementsystem luxData stammt, das die EVN verwendet. sixData integrierte ihr Störmeldeportal, stoerung24, das eine sichere Verortung von Defekten ermöglicht, in die Firmenhomepage der EVN.

Der Melder gibt nur die Adresse ein und kann dann auf einer Karte entweder die ungefähre Lage der betroffenen Laterne anklicken oder – falls die GIS-Daten des Betreibers für diese Region vorliegen – gezielt einen Lichtpunkt auswählen. Anschließend bietet ein Menü verschiedene Arten von Fehlern zur Auswahl, alternativ

kann man auch eine eigene Beschreibung eingeben. Die gesammelten Informationen werden direkt in die luxData-Datenbank übernommen, wodurch sie sofort für die weitere Bearbeitung zur Verfügung stehen.

Darüber hinaus bietet der Energie- und Lichtversorger auch die mobile Meldung per kostenloser EVN Lichtservice-App an. So ist es möglich, vor Ort eine Störungsnachricht abzusetzen und diese sogar durch GPS-Koordinaten oder Fotos zu ergänzen.

So werden Kommunen zur Energieeffizienz-Kommune

Berlin. Kommunen, die ihren Energieverbrauch systematisch senken, können sich von der Deutschen Energie-Agentur (dena) als Energieeffizienz-Kommune zertifizieren lassen. Eine neue Broschüre zeigt jetzt auf einen Blick, welche Vorteile eine solche Zertifizierung für Gemeinden, Städte und Landkreise hat und welche Voraussetzungen hierfür erfüllt sein müssen. Die 20-seitige Publikation kann unter www.energieeffiziente-kommune.de/broschueren sowie im dena-Shop unter <http://shop.dena.de> heruntergeladen oder als Druckexemplar bestellt werden.

Mit der Zertifizierung können Kommunen dokumentieren, dass sie Vorreiter in Sachen Klimaschutz sind. Zertifizierte Gemeinden, Städte und Landkreise werden öffentlichkeitswirksam mit einer Urkunde ausgezeichnet. Sie erhalten außerdem ein entsprechendes Schild für das Rathaus und können das Logo „dena-Energieeffizienz-Kommune“ für ihre Öffentlichkeitsarbeit nutzen. Voraussetzung hierfür ist, dass sie alle Schritte des Energie- und Klimaschutzmanagements der dena durchlaufen und entsprechende Einsparmaßnahmen erfolgreich umgesetzt haben.

Die sachsen-anhaltische Landeshauptstadt Magdeburg und die Große Kreisstadt Remseck am Neckar in Baden-Württemberg wurden 2013 als erste „dena-Energieeffizienz-Kommunen“ ausge-

Aus den Störungsangaben in luxData werden die Aufträge für die Monteur erstellt. Die neuen Erfassungswege bedeuten hier eine spürbare Arbeitserleichterung, da die defekten Lichtpunkte nicht mehr aufwendig im System oder im Gelände gesucht werden müssen. „Dadurch können die Monteur rasch und zielsicher agieren, so dass wir eine Effizienzsteigerung im Betrieb unserer Anlagen von mehreren Manntagen pro Jahr erwarten“, so der Leiter des EVN Lichtservice.

Generell hat die Kombination aus Meldungstool und Managementsystem dazu geführt, dass bei der EVN die Prozesse von der Störungsnachricht bis zur Behebung schneller abgearbeitet werden können. „Wichtig ist uns auch zu sehen, dass das Portal und die App von den Kunden sehr gut angenommen und verstärkt genutzt werden“, so Zwanzl. □

zeichnet. Mit der Stadt Schenefeld und dem Kreis Steinburg in Schleswig-Holstein gibt es weitere Kommunen, die die Zertifizierung anstreben. Die dena unterstützt über 20 Gemeinden, Städte und Landkreise in der Anwendung des Energie- und Klimaschutzmanagements.

Die dena hat mit ihrem Energie- und Klimaschutzmanagement ein Instrument entwickelt, mit dem Kommunen ihre Energieeffizienz kontinuierlich verbessern können. Es umfasst vier Handlungsfelder: Gebäude, Stromnutzung, Verkehr und Energiesysteme. Gemeinden, Städte und Landkreise können damit eigene Energieeffizienz- und Klimaschutzmaßnahmen konzipieren und durchführen. Das Projekt wird vom Bundeswirtschaftsministerium und E.ON SE gefördert. □

Nötige Planungssicherheit

Büchel sprach sich für eine dezentrale, lastzentren- und bürger-nahe Energieversorgung aus, die aber nur gelinge, wenn sie von der Gesellschaft in der Breite mitgetragen werden. Es gebe gute Gründe, dabei zu bleiben, die Vergütung an dem in die Netze eingespeisten Strom zu bemessen, statt auf einen Kapazitätsmarkt mit einer neuen Vergütungssystematik umzustellen. Eine solche Umstellung würde kleine Energiegenos-



Energie Südbayern.
Regionaler Partner
der Kommunen.

Gemeinsam stark.
Kommunale
Partnerschaften.

Seit über 50 Jahren Energieversorger der Region.

Unsere Leistungen:

- > Entwicklung zukunftsweisender Energielösungen
- > Intelligente Energiekonzepte für Städte und Gemeinden
- > Sichere und strukturierte Energiebeschaffung und -lieferung
- > Individuelle Beteiligungsmodelle

www.esb.de/kommunen



Stellvertretend für neun Standorte von swa Carsharing: Stadtwerke-Geschäftsführer Dr. Walter Casazza (rechts) und der Vorstandsvorsitzende der Stadtparkasse Augsburg, Rolf Sattelmeyer, nehmen den Stellplatz vor der Hauptstelle der Stadtparkasse in der Halderstraße in Betrieb. Bild: Thomas Hosemann

Augsburg teilt: swa Carsharing

Teilen ist in Mode. Nicht nur im Internet in sozialen Netzwerken wird eifrig geteilt, auch Autos werden immer weniger besessen, sondern geteilt. Das ist nun auch in Augsburg möglich. Mit swa Carsharing stellen die Stadtwerke Augsburg 25 Autos unterschiedlicher Klassen an neun Standorten bereit. Einfach bei swa Carsharing einmalig anmelden, ein Fahrzeug über die Smartphone-App, das Internet oder per Telefonanruf buchen, das Auto am gewünschten Standort mit der persönlichen Kundenkarte entriegeln und los geht es.

Wenn es um Mobilität in Augsburg geht, sind die Stadtwerke die Spezialisten: Mit Bussen und Straßenbahnen sowieso, aber auch mit eMobilität und Fahrradverleih. Jetzt erweitern die swa ihr Mobilitätsangebot durch Autos, genauer: Carsharing für alle. So steht je nach Fahrzweck stets das richtige Verkehrsmittel zur Verfügung.

Ergänzung zu Bus und Straßenbahn

„Damit schließen wir die Mobilitätskette in Augsburg“, sagt swa Geschäftsführer Dr. Walter Casazza. Die „geteilten“ Autos sieht er nicht als Konkurrenz, sondern als Ergänzung zu Bus und Tram. „Wir wollen in Augsburg ein Komplettangebot für die Mobilität für alle anbieten“, so Casazza. „Je nach Strecke und Zweck der Fahrt kann flexibel ein Verkehrsmittel gewählt werden.“ Das hilft auch den Individualverkehr und damit den Parkdruck in der Stadt zu verringern und ist gut für die Umwelt. Und preiswerter als ein eigenes Auto ist es auch. Schließlich wird ein Auto im Durchschnitt lediglich eine Stunde am Tag tatsächlich gefahren. „Wenn sich viele die Autos teilen, sind die Fahrzeuge besser ausgelastet“, so Casazza.

Ebenso wie ein Leihfahrrad-System ist Carsharing heute ein selbstverständliches Mobilitätsangebot in einer modernen Großstadt. Schließlich belegen alle Untersuchungen zum Mobilitätsverhalten, dass das eigene Auto als Statussymbol immer mehr an Bedeutung verlieren wird. Wichtig ist vielmehr von A nach B zu kommen, je nach Strecke und Fahrzweck mit dem Verkehrsmittel, das dafür am besten geeignet erscheint.

Für jeden Zweck das passende Fahrzeug

Deshalb werden bei swa Carsharing unterschiedliche Fahrzeugtypen angeboten, vom Kleinstwagen über Mittelklasse und einen Neun-Sitzer bis zum Sprinter für Transporte und Umzüge. Der eGolf und der BMW i3 runden als Elektroautos das Angebot ab.

Die swa sind der erste lokale ÖPNV-Betreiber in Deutschland, der seinen Kunden und allen Bürgern ein eigenes Carsharing anbietet. Im Gegensatz zur Autovermietung wird beim Carsharing ein einmaliger Rahmenvertrag vom Kunden abge-

schlossen und die Fahrzeuge können spontan und kurzfristig gemietet werden, mit stunden-gemieteter Abrechnung. Die Vorteile für den Nutzer liegen auf der Hand: Er spart sich Kosten für ein eigenes Auto und dessen Unterhalt, an den Standorten entfällt durch reservierte Parkplätze die Stellplatzsuche und für jeden Zweck kann der passende Fahrzeugtyp gewählt werden.

Feste Stationen

Ausgeliehen werden können die Autos an festen Stationen. Geplant sind in der Einführungsphase 25 Fahrzeuge an neun Standorten im Bereich von Mobilitätsknotenpunkten entlang der Straßenbahnlinien. Schließlich soll der Wechsel zwischen Bus, Straßenbahn, Leihfahrrad und Auto einfach und bequem sein. An der Station wird das Auto abgeholt und muss am Ende auch wieder dort abgestellt werden.

Einfache Handhabung

Nach einer einmaligen Anmeldung mit Vertragsabschluss im swa Kundenzentrum ist das swa Carsharing denkbar einfach: Die jeweilige Buchung erfolgt über das Internet, eine Smartphone-App oder durch einen Telefonanruf. Im Internet und auf der App sind aktuell verfügbare Autos mit Standorten aufgeführt. Mit der Kundenkarte wird das Auto im gebuchten Zeitraum geöffnet, der Schlüssel mit der persönlichen PIN aus einer Sperrvorrichtung entsichert und los geht es. Am Ende wird das Auto wieder an dem Standort abgestellt und mit der persönlichen Kundenkarte verriegelt.

Neben einer einmaligen Anmeldegebühr und einer Kaution wird eine monatliche Grundgebühr von sieben Euro fällig. Die Abrechnung richtet sich nach dem Fahrzeugtyp und ist zeit- und kilometerabhängig – inklusive Sprit und aller Nebenkosten.

Für Abo-Kunden des öffentlichen Nahverkehrs in Augsburg gibt es Vergünstigungen, ebenso wird eine preiswertere Partnerkarte angeboten. Interessant ist swa Carsharing auch für Vereine oder Firmen, für die es spezielle Angebote gibt. Aber auch Gewerbetreibende oder Wohnanlagen wollen die Stadtwerke mit ihrem Carsharing-Angebot ansprechen. □



Das neue Dienstfahrzeug der Stadtreiniger ist zu 100 % elektrisch unterwegs und wurde vollständig über Werbung finanziert. Bürgermeister Dr. Adolf Bauer (4.v.r.) übernahm im Namen der Stadtreiniger das Fahrzeug. V.l.: Raimund Pajong (Riedel & Kaiser), Wolfgang Kleiner (Werkleiter Stadtreiniger und Umwelt- und Kommunalreferent), Christian Strohm (Betriebsleiter Stadtreiniger), Holger Röll und Frank Teichmann (beide Autohaus Ehrlich Würzburg). Bild: Penning-Lothar

Würzburg:

Neues Dienstfahrzeug mit grüner Technik dank Sponsoren

Nicht in der Farbe Orange, sondern in Grün ist das neue Dienstfahrzeug der Würzburger Stadtreiniger unterwegs. Grün deswegen, da es ein „grünes Fahrzeug“ ist. Es wird zu 100 % elektrisch betrieben und damit CO₂-frei. Zudem ist es kostenneutral unterwegs, denn es wurde vollständig über Werbung finanziert. Insgesamt sind 39 Unternehmen auf dem Fahrzeug präsent.

Das Elektro-Fahrzeug wird täglich für dienstliche Fahrten des Teamleiters für Straßenreinigung und Winterdienst in der Innenstadt eingesetzt.

Saubere Stadt

Den Kauf des Renault Kangoo Z.E. Maxi hat die Firma Riedel & Kaiser OHG aus Deggendorf für die Stadtreiniger übernommen, ebenso die Logoauflaufbereitung und Anbringung, sowie die gesamte kaufmännische Entwicklung. Raimund Pajong, Projektleiter Deutschland der Firma Riedel & Kaiser aus Deggendorf, betonte sein Engagement in Würzburg mit einem Lob: „Würzburg ist immer sauber!“

Bürgermeister Dr. Adolf Bauer übernahm den neuen Wagen der Stadtreiniger und wies darauf hin, dass Elektromobile wie der neue Kombi der Stadtreiniger, an öffentlichen Ladestationen wie im Betriebshof der Stadtreiniger oder in der Marktgasse geladen werden können.

Kostenneutralität

Wolfgang Kleiner, Kommunal- und Umweltreferent und Werkleiter der Stadtreiniger, dankte noch einmal ausdrücklich der Firma Riedel & Kaiser, aber auch den weiteren Sponsoren, die ermöglichen, dass der Wagen kostenneutral für die Gebührenzahler unterwegs ist. □

Der Landkreis Bamberg macht „elektro-mobil“

Stromladesäule am Landratsamt Bamberg in Betrieb genommen

Ab sofort können Elektrofahrzeuge auch am Landratsamt Bamberg betankt werden, denn hier wurde jetzt eine neue Ladesäule in Betrieb genommen. Diese hat zwei Ladepunkte mit einer installierten Leistung von je 11 KW. Der Landkreis stellt zudem zwei kostenlose Parkplätze für die Lademöglichkeit von Elektrofahrzeugen zur Verfügung.



Landrat Johann Kalb „betankt“ ein Elektroauto des Landkreises Bamberg. □

Landrat Johann Kalb: „Die Kommunen haben bei der Umsetzung der Energiewende eine Vorbildfunktion. Dazu gehört auch die Förderung der Elektromobilität.“ Die Kosten für die Ladesäule sowie deren Anschluss betragen jeweils 2.000 Euro.

Ladeinfrastruktur

Die Bundesregierung hat sich das Ziel gesetzt, dass bis zum Jahr 2020 eine Million Elektrofahrzeuge auf deutschen Straßen unterwegs sind. Um dieses Ziel erreichen zu können, bedarf es einer entsprechenden Ladeinfrastruktur. Denn nur wenn Lademöglichkeiten vorhanden sind, wird die Elektromobilität angenommen und sich durchsetzen.

Als Beitrag zu einer nachhaltigen und umweltfreundlichen Mobilität, in der auch der Landkreis Bamberg als Kommune eine Vorreiterfunktion einnimmt, hat Landrat Johann Kalb daher jetzt die erste Ladesäule des Land-



Landrätin Tanja Schweiger betankt das Elektrofahrzeug des Landkreises an der landkreiseigenen Stromtankstelle (von links: Hans-Peter Landsmann, Geschäftsführer und Inhaber von Auto Landsmann; Helmut Bayer, Bereichsleiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit Mitsubishi Motors Deutschland, Rüdiger Wartheman, Manager Sales Region 2 & 4, Mitsubishi Motors Deutschland). □

Regensburg:

Erste landkreiseigene Stromtankstelle in Betrieb

Regensburg. (RL) Der Landkreis Regensburg will beispielgebend vorgehen, die Öffentlichkeit für die Energiewende und den Klimaschutz vor Ort sensibilisieren und ein Zeichen zum Aufbruch setzen. Deshalb übergab Landrätin Tanja Schweiger der Öffentlichkeit die erste landkreiseigene Stromtankstelle.

„Wir wollen die Elektromobilität vorantreiben und freuen uns über die Spende der E-Ladesäule mit zwei Anschlüssen für E-Fahrzeuge. Ich sehe die Inbetriebnahme der Tanksäule als einen wichtigen Schritt, um die Akzeptanz von E-Autos in der Region zu steigern und Mobilität umweltfreundlicher zu machen. Viele kleine Schritte bringen uns auch an unser Ziel“, betonte die Landrätin. Sie bedankte sich besonders bei Hans-Peter Landsmann, Geschäftsführer Auto Landsmann, Regensburg, und den Vertretern der Firma Mitsubishi, die dem Landkreis die Ladesäule zum Geschenk machten.

Ladestation rund um die Uhr zugänglich

Ab sofort können hier nicht nur die beiden landkreiseigenen Elektroautos betankt werden, sondern auch alle Fahrer von Elektrofahrzeugen können die Ladestation auf dem Parkdeck des Landratsamtes kostenlos nutzen. Sie ist rund um die Uhr zugänglich. Aktiviert wird die Ladesäule mit einer „TheNewMotion“-Karte. Diese kann während der Öffnungszeiten des Landratsamtes kostenlos am Empfang ausgeliehen werden. E-Auto-Besitzer können sich aber auch direkt eine Karte im Internet bestellen und diese an der Tankstelle beim Landratsamt oder bei anderen E-Tankstellen mit dem TheNewMotion-System (europaweit ca. 12.500 Ladestationen) nutzen.

Deutliches Zeichen

Kurt Sigl, Präsident des Bundesverbandes eMobilität mit Sitz in Berlin dankte der Landrätin, dass sie mit der Eröffnung der Ladesäule ein deutliches Zeichen zum Thema Elektromobilität gesetzt habe. „Bayern hat momentan die Rote Laterne

im Hinblick auf die Energiepolitik. Der Freistaat hat im Jahr 2013 rund 1800 Fahrzeuge angeschafft, davon zwei Plug-In-Hybride und ein einziges Elektrofahrzeug“, führte Sigl weiter aus.

Appell an die Politik

Er forderte die Politik auf, endlich hinter dieser Energieform zu stehen, die als einzige die Zukunft unserer Gesellschaft sein kann. Im Optimalfall sollte der Strom regenerativ erzeugt werden. Der Öffentliche Nahverkehr könnte hier eine Lanze brechen und nach und nach auf E-Mobilität umstellen, das Potential der Einsparung wäre enorm. So würde der Einsatz von 11.000 Elektrobussen den CO₂-Ausstoß von einer Million Kraftfahrzeugen einsparen und dies würde sich auch noch rechnen. Weiter gab er an, dass eine Million Elektrofahrzeuge nur einen Mehrverbrauch von 0,3 Prozent Strom in Deutschland ausmachen.

Viele Zweit- und Drittfahrzeuge

Mit Blick auf Bedenken über eine eingeschränkte Reichweite der Elektrofahrzeuge verwies Sigl darauf, dass es sehr viele Zweit- und Drittfahrzeuge gebe und diese meist nur für Kurzstrecken verwendet werden. „Die Fahrzeuge müssten ja sowieso eigentlich „Steh“zeuge heißen, die meiste Zeit stünden sie“, verdeutlichte Kurt Sigl.

Weitere Auskünfte zum Thema Energie und Umweltschutz gibt das Sachgebiet Wirtschaftsförderung, Energie und Klimaschutz im Landratsamt Regensburg, Martin König, 0941/4009-262, und Maria Politzka, 0941/4009-373 oder per E-Mail wirtschaft@landratsamt-regensburg.de □

kreises Bamberg in Betrieb genommen: „Ziel des Landkreises ist eine flächendeckende Ladeinfrastruktur bis Ende des Jahres aufzubauen. Wünschenswert wäre, dass in jeder Gemeinde des Landkreises eine Ladestation zur Verfügung stehen würde.“ Prädestinierte Standorte wären hierbei Hotels, Gaststätten, Krankenhäuser, Einkaufsmärkte oder Gemeinden, die an der Autobahnachse A70/A73 liegen.

Bewusstseinsänderung

„Damit sich die Elektrofahr-

zeuge auf breiter Front durchsetzen, muss sich das Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger noch ändern“, glaubt Robert Martin, Klimaschutzbeauftragter des Landkreises Bamberg. Viele fühlen sich in der Freiheit eingeschränkt, wenn sie mit einem E-Fahrzeug nur eine Reichweite von 100 bis 150 km haben. „Aber sind wir mal ehrlich“, so Martin weiter. „wie oft fahren wir an einem Tag mehr als 100 Kilometer?“. Das heißt, gerade im Zweitwagenbereich würde sich die Anschaffung eines E-Fahrzeuges als sinnvoll erweisen. □

Dem Frühling mühelos entgegenradeln

E-Bikes warten auf erste Genussradler in der Tourist-Information Schweinfurt 360°

Der kalendarische Frühling hat begonnen. Passend dazu gibt es, nun schon in der 6. Saison, sechs E-Bikes in der Tourist-Information Schweinfurt 360° zu mieten. Als Partnerbetrieb konnte wieder der lokal ansässige Fahrradhersteller Winora Group gewonnen werden. Ergänzt wird das Angebot durch Kooperationen mit zahlreichen Partnerbetrieben der Region: so ist ein lückenloses Aufladetz für die E-Power garantiert. Das Jugendgästehaus als zweite Ausleihstation bietet zusätzlich zwei E-Bikes an.

Die Natur erfahren, die Sehenswürdigkeiten erkunden und die schönsten Aussichtspunkte nahezu anstrengungsfrei mit dem Pedelec erobern – dank des vorbildlich ausgebauten Radwegenetzes, mit mehr als 1.000 Kilometern rund um Schweinfurt, kann die Genussseite des Fahrradfahrens für 18 Euro am Tag in der Region Schweinfurt erlebt werden.

Tagesausflüge mal anders!

Neben dem reinen Verleih der E-Bikes bietet die Tourist-Information Schweinfurt 360° auch wieder attraktive Tagespauschalen an. So gibt es in Zusammenarbeit mit dem Jugendgästehaus Schweinfurt das Angebot „E-Bike und Fitnessfrühstück“. Der Touristentipp „Auf Rückerts Spuren“ führt von Schweinfurt Richtung Haßberge mit verschiedenen Stopps unterwegs, und bei der etwas anspruchsvolleren „Erlebnistour in den Steigerwald“ wird über Gerolzhofen nach Handthal und über Falkenstein wieder zurück nach Schweinfurt geradelt.

Auch die Zwei-Tages Tour inkl. Übernachtung „Der-Wern-Rad-

weg mit dem E-Bike“ ist ein echter Geheimtipp für aktive Naturliebhaber. Die Tour führt von Schweinfurt über Bergheim nach Garstadt in den idyllischen Weinort Wipfeld. Nach einem typisch fränkischen Mittagessen in der Ankerstube bleibt Zeit den historischen Marktplatz, das Literaturhaus oder die Pfarrkirche zu besichtigen. Nur wenige Fähren überqueren noch heute den Main.

„Am Main entlang bis Wipfeld“: Die Tour führt von Schweinfurt über Bergheim nach Garstadt in den idyllischen Weinort Wipfeld. Nach einem typisch fränkischen Mittagessen in der Ankerstube bleibt Zeit den historischen Marktplatz, das Literaturhaus oder die Pfarrkirche zu besichtigen. Nur wenige Fähren überqueren noch heute den Main.

So ist es ein besonderes Erlebnis, auf der Fähre nach St. Ludwig/Stammheim überzusetzen. Auch hier bietet sich ein Abstecher nach Stammheim an mit dem historischen Rathaus, dem Museum für Zeitgeschichte sowie den größten Bocksbeutel der Welt inmitten der Weinberge. Vorbei am Kloster St.

Ludwig geht es über Hirschfeld, Heidenfeld, Röhlein nach Grafenrheinfeld. In der Eisdielen Endres wartet eine wohlverdiente Eisüberraschung, bevor sich das Rad ein letztes Mal Richtung Schweinfurt in Bewegung setzt.

Die „Genießertour bei Kräutern, Kraut und Rüben“ gibt einen faszinierenden Einblick in den traditionellen Heil- und Gewürzkräutertanbau in Schwebheim und

Sonnenbatterie setzt neue Maßstäbe

Wildpoldsried. Mit der neuen Version der Sonnenbatterie eco kommt ein enorm langlebiges Solarstrom-Speichersystem auf den Markt. Es erreicht 10.000 Ladezyklen und macht Haushalte damit fit für die Zukunft. Durch die lange Lebensdauer sinken die Kosten für eine gespeicherte Kilowattstunde Strom erheblich. Die Sonnenbatterie eco setzt neue Maßstäbe für die Leistungsfähigkeit und die Wirtschaftlichkeit von Stromspeichern. Mit 10.000 Ladezyklen ist sie enorm ausdauernd und bietet Kunden somit eine langfristige Sicherheit für ihre Investition. Durch die lange Nutzungsdauer sinken außerdem die Kosten für eine gespeicherte Kilowattstunde Strom. Je nach Größe der Sonnenbatterie können sie nun zwischen rund 17 und 24 Cent/kWh liegen.

„Die Sonnenbatterie eco ist bereits für ihre herausragende Wirtschaftlichkeit bekannt. Mit der neuen Version unseres Erfolgsmodells ergänzen wir diesen Punkt nun um eine extrem lange Lebensdauer“, sagte Sonnenbatterie-Geschäftsführer Christoph Ostermann. „Dadurch wird die Sonnenbatterie eco noch wirtschaftlicher und ist schon jetzt für künftige Anforderungen gerüstet. Diese Weiterentwicklung kostet die Kunden keinen Cent mehr, da der Preis pro Kilowattstunde Nutzkapazität unverändert bleibt.“

Dezentrale Speichersysteme wie die Sonnenbatterie sind bereits heute ein aktiver Bestandteil der Energiewende. Sie ermöglichen PV-Anlagenbesitzern, den erzeugten Strom maximal selbst zu nutzen und teuren Strombezug aus dem Netz zu vermeiden.

Die Produktion der neuen Sonnenbatterie eco ist bereits angelaufen. Sie ist ab sofort verfügbar. Die Sonnenbatterie eco wird über die regionalen Sonnenbatterie-Center deutschlandweit verkauft.

Erhöhte Anforderungen

Künftig werden Speichersysteme jedoch immer mehr Aufgaben übernehmen, die über das bloße Speichern von Solarstrom hinausgehen. So möchte eine wachsende Zahl von Kunden ihre Wärme- und Stromerzeugung in die eigene Hand nehmen und ihre Photovoltaik-Anlage plus Speicher mit einem Mikro-BHKW verbinden. Als netzdienliches Speichersystem lässt sich die Sonnenbatterie außerdem für die Teilnahme am Strommarkt nutzen.

Zum Beispiel können Sonnenbatterie-Besitzer schon heute Teil eines virtuellen Kraftwerks werden und so zusätzliche Erlöse erzielen. All diese Anwendungen stellen erhöhte Anforderungen an die Ausdauer von Stromspeichern, welche die neue Sonnenbatterie eco problemlos erfüllt.

Hinter den 10.000 Ladezyklen steckt ein komplexes Zusammenspiel aus Batterietechnik, Systemdesign und Software. Basis sind speziell für die Sonnenbatterie konfigurierte Batteriemodule mit der extrem robusten Fortelion™-Batterietechnologie des japanischen Markenherstellers Sony. Das Systemdesign der Sonnenbatterie und die proprietäre Software sorgen dafür, dass die Batteriezellen optimal genutzt werden. Auf die Batteriezellen wird außerdem eine Garantie von bis zu 10 Jahren gewährt, was den Kunden zusätzliche Sicherheit bietet.

Die neue Sonnenbatterie eco lässt sich flexibel ab einer Größe von 4 kWh in 2-kWh-Schritten bis auf 16 kWh an die individuellen Bedürfnisse des jeweiligen Haus-

halts anpassen. Dank der Entladedtiefe von 100 Prozent ist die gesamte Ladekapazität der Batterie nutzbar. Wie die vorhergehende Generation auch, erfüllt die neue Sonnenbatterie eco die Anforderungen des „Sicherheitsleitfadens für Li-Ionen-Hausspeicher“ und beweist somit ihre herausragende Sicherheit und Qualität.

Gochsheim. Mit dem E-Bike begibt sich der Gast auf Kräutersuche z.B. u.a. im Apothekergarten Schonungen. Auf der weiteren Route im Schweinfurter Mainbogen geht es an Kräuterpavillons vorbei. Am Ende des Tages steht ein saisonales Kräutermenü in der Alten Schreibstube Senfeld auf dem Programm.

Zu jeder Tour erhält der Gast eine ausführliche Beschreibung sowie eine Tourenkarte und zusätzliche Informationen zur Verfügung. Ausführliches Kartenmaterial für eigene Touren gibt es in der Tourist-Information sowie über das Radportal im Internet unter www.schweinfurt360.de. Alle Angebote sind auch als Gut-schein erhältlich. □

Deutschlands Bibliotheken helfen beim Energiesparen:

Leihen statt kaufen

Die Stadtbücherei Würzburg nimmt seit dem Oktober 2013 an dem Projekt „Energiesparpaket für Bibliotheken“ in Zusammenarbeit mit dem UBA und der No-Energy-Stiftung für Klimaschutz und Ressourceneffizienz erfolgreich teil. In der Stadtbücherei im Falkenhaus können neun Pakete jeweils zwei Wochen lang ausgeliehen werden. In den Stadtbüchereien in Heidingsfeld, am Heuchelhof, in Lengfeld und in Versbach gibt es jeweils ein Paket. Bisher wurde das „Energiesparpaket für Bibliotheken“ 223 mal ausgeliehen.

Das Umweltbundesamt (UBA) stellt Bibliotheken mittlerweile mehr als 1.200 Energiesparpakete bundesweit zur Verfügung. Die Energiesparpakete können kostenlos ausgeliehen werden. Damit lässt sich zum Beispiel der Stromverbrauch durch Leerläufe bzw. den Stand-by-Modus erkennen und verringern.

„Die effektivste Strompreisbremse setzt beim Stromsparen an! In vielen Haushalten lässt sich durch einfache Maßnahmen Strom sparen, zum Teil in Höhe eines dreistelligen Euro-Betrags pro Jahr“, erklärt das Umweltbundesamt. „Mit dem Energiesparpaket helfen Bibliotheken den Nutzerinnen und Nutzern den aktuellen Stromverbrauch und mögliche Einsparpotentiale zu ermitteln.“ Elektrogeräte wie Computer, Radios oder DVD-Spieler haben eines gemeinsam. Sie verbrauchen auch dann Energie, wenn sie ihre eigentliche Funktion nicht erfüllen: im Leerlauf, dem sogenannten Standby-Modus.

Diese unnötige Energievergeudung verursacht in deutschen Privathaushalten und Büros jährlich Kosten von mindestens fünf bis sechs Mrd. Euro. Vor allem ältere Geräte wie Kühlschränke, Waschmaschinen und Trockner verbrauchen meist unverhältnismäßig viel Strom. Daraus lässt sich allerdings nicht schließen, dass neue Geräte grundsätzlich sparsam mit Energie umgehen. Die Unterschiede zwischen den Modellen sind zum Teil recht groß. Der Energiekostenmonitor, ein Gerät zum Strommessen,

bietet hierfür eine Lösung.

Das UBA stellt Bibliotheken deshalb die „Energiesparpakete“ zur Verfügung. Diese können interessierte Bibliotheksnutzer ausleihen und damit die häuslichen „Stromfresser“ entlarven.

Das Paket enthält neben dem hochwertigem Strom-Messgerät und einem Verlängerungskabel mit Ein-/Ausschalter eine ausführliche Bedienungsanleitung, wichtige Informationen zum Energiesparen und einen Aufsteller zum Bewerben des Angebotes. Das kleine Messgerät zeigt - zwischen Steckdose und dem zu untersuchendem Gerät gesteckt - den Stromverbrauch eines Elektrogerätes an. So sieht man, ob die Waschmaschine zum Beispiel auch im ausgeschalteten Zustand Strom zieht. Mit dem Messgerät lassen sich auch die jährlichen Betriebskosten des Kühlschranks ermitteln, was eine gute Entscheidungshilfe für eine eventuelle Neuanschaffung schafft.

Im Angebot der Bibliothek finden sich auch weitere Medien zu den Themen Energiesparen und Klimaschutz. Die No-Energy-Stiftung für Klimaschutz und Ressourceneffizienz publiziert Stromspartipps unter www.stromwen.de, der aktuelle Tipp passend zum Projekt lautet „Leihen statt Kaufen“. Als Alternative zum Kauf trägt auch die Ausleihe von Büchern in Bibliotheken aktiv zum Klimaschutz bei - ein Buch kann von vielen Menschen gelesen werden. Das spart Ressourcen und schont den Geldbeutel. □

Effiziente Biogasproduktion nach der EEG-Novelle 2014

Die jüngste Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetz hat den Zubau von neuen Biogasanlagen stark eingedämmt. Umso größer ist das Interesse an Technologien zur Verbesserung der Effizienz bei der Biogasproduktion. Individuelle Konzepte zur Abwärmenutzung und ein optimales Gärrestmanagement stellen zwei mögliche Ansatzpunkte dar.

Etwa 40 Besucher waren der Einladung des Fachverbandes Biogas und Fraunhofer UMSICHT nach Sulzbach-Rosenberg gefolgt und informierten sich vor Ort über neue Biogastechnologien. Sonja Wiesgickl, Organisatorin des Praxistages von Fraunhofer UMSICHT beschrieb bei der Begrüßung der Teilnehmer die Situation: „Strom aus Biogas ist ein wesentlicher Baustein des deutschen Energiemix. Jedoch findet derzeit nach dem Boom der vergangenen Jahre eine Konsolidierung der Biogasbranche statt.“ Markus Bäuml vom Fachverband Biogas ergänzte: „Zukünftig werden wir unsere bestehenden Anlagen noch effizienter nutzen müssen. Der technologische Fortschritt und kompetente Beratung werden den Betreibern helfen ihre Anlagen noch wirtschaftlicher zu betreiben.“

Nachhaltiges Gärrestmanagement

Mit der Zahl der Biogasanlagen sind auch die Mengen an Gärresten stetig gestiegen. Gerade in Regionen mit hoher Viehdichte kann es zu Überdüngung kommen – der sinnvolle Einsatz der Gärreste wird dann zur Herausforderung. Einen Lösungsansatz bieten Konzepte zum optimalen Gärrestmanagement. Andreas Weger von Fraunhofer UMSICHT stellte mit dem thermo-katalytischen Reforming (TCR®-Verfahren) eine Möglichkeit vor, mit den Rückständen nachhaltig umzugehen. Mit dem TCR®-Verfahren werden die Gärreste in drei hochwertige Konversionsprodukte Öl, Gas und Biokohle umgewandelt. Mit der Biokohle kann dann wiederum möglichen Nährstoffüberschüssen vorgebeugt werden, indem der

Stickstoffanteil im flüssigen Gärrest um 30 bis 50 Prozent reduziert wird.

Eine weitere Option den Betrieb von Biogasanlagen wirtschaftlicher zu gestalten besteht in individuellen Wärmekonzepten für Biogasanlagenstandorte. Denn bei der Produktion von Strom aus Biogas fällt zusätzlich zu elektrischer Energie auch Wärme an. Fehlt ein Fernwärmenetz, wird diese bislang oft ungenutzt an die Umgebung abgegeben. Um dem entgegenzuwirken können mobile Latentwärmespeicher eingesetzt werden, wie Marco Deckert von Fraunhofer UMSICHT erläuterte. Die Wärme wird dann zwei Mal pro Tag von der Anlage zum Abnehmer transportiert. Deckert präsentierte ein ganzheitliches Konzept mit passendem Business Case der die Wirtschaftlichkeit des Verfahrens unterstreicht. Beim Rundgang durch das Technikum von Fraunhofer UMSICHT konnten die Teilnehmer einen mobilen Wärmespeicher begutachten, der bereits erfolgreich in der Praxis eingesetzt wird.

Mittlerweile stagniert die Zahl der Biogasanlagen in Deutschland bei etwa 8000. In der Vergangenheit gab es zunehmend Kritik an der Energieform, selbst Befürworter der Energiewende äußerten sich negativ. So wurde beispielsweise manchen Gebieten eine zunehmende Vermaischung attestiert. Zudem flammte die „Teller-Tank-Diskussion“ immer wieder auf. Neue auf. Nach der letzten Novellierung des EEG ist ein weiterer Zubau von neuen Anlagen nicht oder nur sehr eingeschränkt zu erwarten. Jedoch gibt es nennenswerte Potenziale, die Wirtschaftlichkeit von Biogasanlagen zu erhöhen. □

LEW
Lechwerke

LEW INNOVATIONSPREIS
KLIMA UND ENERGIE.

Die Auszeichnung für innovative Projekte aus den Bereichen Klimaschutz und Energieeffizienz. Dotiert mit insgesamt 45.000 Euro.

Mehr Infos und Teilnahmeunterlagen unter www.lew.de/innovationspreis

JETZT BEWERBEN

Augsburger Allgemeine
Alles was uns bewegt

IHK Schwaben

Universität Augsburg
University of Applied Sciences

hwk
Handwerkskammer für Schwaben

BAYERISCHER GEMEINDETAG

Modernste Technik zur ökologischen Restwasserkraftnutzung

Rhein-Main-Donau AG nimmt fischfreundliche Wasserkraftschnecke Neuses an der Regnitz offiziell in Betrieb

Vor kurzem wurde das neue Restwasserkraftwerk „Wasserkraftschnecke Neuses“ nach der ökumenischen Weihe durch Pfarrer Daniel Schuster vom Eggolzheimer katholischen Pfarramt St. Martin und Vikarin Brigitte Müller vom Forchheimer evangelischen Pfarramt St. Johannis offiziell seiner Bestimmung übergeben. Der Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie Franz Josef Pschierer nahm die 60. Wasserkraftanlage der Rhein-Main-Donau AG zusammen mit dem Forchheimer Landrat Dr. Hermann Ulm und dem Eggolzheimer 1. Bürgermeister Claus Schwarzmann offiziell in Betrieb.

Dr. Albrecht Schleich, Vorstand der Rhein-Main-Donau AG, und Karl-Heinz Straßer, Leiter Wasserkraft Deutschland Mitte der E.ON Kraftwerke GmbH, „assistierten“ tatkräftig beim Druck auf den blauen Knopf, wodurch das Absperrschütz nach oben gefahren wurde, so dass das Regnitzwasser in die Wasserkraftschnecke einströmen konnte und die geregelte umweltfreundliche Stromerzeugung begann.

„Wir freuen uns, dass wir gemeinsam mit unserem Projektleiter E.ON Kraftwerke nach rund 10-monatiger Bauzeit heute dieses hochmoderne Restwasserkraftwerk an der Regnitz offiziell in Betrieb nehmen können“, begrüßte Dr. Albrecht Schleich, Vorstand der Rhein-Main-Donau AG, die zahlreichen Gäste aus Politik, Wirtschaft, Behörden und Medien. „Als Bauherr haben wir rund 1,4 Millionen Euro in das Projekt investiert, davon etwa ein Viertel

(rund 350.000 Euro) in ökologische Optimierungsmaßnahmen und ein fischökologisch optimiertes Auslaufbauwerk, weshalb die entsprechenden Planungen mehrfach angepasst wurden“, erläuterte Schleich. „Diese Planungsänderungen und auch teilweise schwierige Witterungs- und Bodenverhältnisse schoben den Inbetriebnahmetermin auf das Frühjahr 2015“, fuhr Schleich fort und ergänzte: „Wir danken allen Beteiligten für das gelungene Ergebnis und vor allem die unfallfreie Ausführung des Projekts, das von den Mitarbeitern unseres Betriebsführers, der E.ON Kraftwerke GmbH, namentlich dem Projektleiter Alexander Bubeliny, in hervorragender Weise gemeistert wurde. Unser herzlicher Dank gebührt vor allem auch den zuständigen Ämtern und Behörden sowie der Fischerei und unseren Partnern für die konstruktive Mithilfe und positive Begleitung, um dieses Mu-

sterbeispiel für die Vereinbarkeit von Ökologie und Ökonomie bei der Nutzung der regenerativen Wasserkraft zu verwirklichen. An unseren Kraftwerken an Regnitz und Main gehen Stromerzeugung aus Wasserkraft, Gewässerökologie und Fischschutz Hand in Hand.“

Staatssekretär Franz Josef Pschierer hob in seiner Festansprache die Bedeutung der Wasserkraft für den Freistaat Bayern hervor. „Trotz aller Ausbaufolge bei der Photovoltaik und der Windkraft bildet die Wasserkraft in Bayern mit derzeit rund 13 Milliarden Kilowattstunden pro Jahr nach wie vor das Rückgrat der regenerativen Stromerzeugung im Freistaat.“ Insbesondere unter der Berücksichtigung der Umwelt- und Klimafreundlichkeit, der permanenten Verfügbarkeit rund um die Uhr, der Grundlast- und Speichereigenschaften sowie der Regelbarkeit bilde die Wasserkraft eine der tragenden Säulen in der Bayerischen Energiewende. Daher sei es umso mehr zu begrüßen, dass die Rhein-Main-Donau AG nun das fischfreundliche Wasserkraftprojekt Neuses in die Tat umgesetzt habe.

Landrat Dr. Hermann Ulm begrüßte die Rhein-Main-Donau AG, E.ON und die weiteren Beteiligten zu dem gelungenen Projekt: „Mit 12 Kraftwerken in unserem Landkreis Forchheim hat die Wasserkraft eine lange Tradition und liefert mit der neuen Wasserkraftschnecke Neuses als 13. Anlage einen unverzichtbaren Beitrag für die Energiewende. Ich wünsche der Anlage störungsfreien Betrieb und freue mich über den gelungenen Beitrag zur Steigerung der regenerativen Stromerzeugung in Bayern.“

Wichtiger Mosaikstein

Bürgermeister Claus Schwarzmann erklärte: „Dass die Eggolzheimer Bürgerinnen und Bürger zumindest rechnerisch zu gut elf Prozent aus diesem neuen und zudem fischfreundlichen Wasserkraftwerk umweltfreundlich und Klima schonend versorgt werden könnten, macht uns schon ein wenig stolz. Die Wasserkraftschnecke Neuses mit ihrer Jahresstromerzeugung von rund 1,14 Millionen Kilowattstunden ist ein wichtiger ökologischer Mosaikstein für das Projekt Energiewende.“

„Wenn das Restwasserkraftwerk Neuses mit einer Ausbauleistung von 130 Kilowatt nun seinen umweltfreundlichen Stromerzeugungsbetrieb aufnimmt, profitieren Menschen und Fische bzw. Wasserlebewesen gleichermaßen“, freute sich Karl-Heinz Straßer, Leiter Wasserkraft Deutschland Mitte der E.ON Kraftwerke GmbH, und erläuterte: „Mit dem innovativen Restwasserkraftwerk Neuses können wir die zusätzlichen Wassermengen, die unser flussabwärts gelegenes Kraftwerk Hirschaid aus gewässerökologischen Gründen auf Höhe des Wehrs Neuses in die Regnitz abzugeben hat, künftig durch die Wasserkraftschnecke sinnvoll zur regenerativen Stromerzeugung nutzen und gleichzeitig optimierte Wandermöglichkeiten für die Fischpopulation zu Verfügung stellen. Die Regnitz wird ökologisch aufgewertet und die geringere regenerativen Stromerzeugung in Hirschaid kann durch die 1,14 Millionen Kilowattstunden Jahreserzeugung der Wasserkraftschnecke weitgehend ausgeglichen werden.“

Straßer bedankte sich für das gelungene Werk: „Wir dürfen uns an dieser Stelle insbesondere auch bei den bausufführenden Firmen unter Federführung der Baufirma

Knoll sowie dem Planungsbüro Lahmeyer Hydro sehr herzlich für die konstruktive Zusammenarbeit und die unfallfreie Durchführung des Projekts bedanken!“

Anspruchsvolle Baustelle unter der Wasseroberfläche

Auf unserer Baustelle im Industriegebiet des Markts Eggolsheim waren recht komplexe und anspruchsvolle Herausforderungen zu meistern. Zum einen wurde im Auftrag und auf Kosten des Wasser- und Schifffahrtsamts (WSA) Nürnberg die bestehende linke Uferbefestigung, die sogenannte Wehrwange, komplett durch eine 26 Meter lange Stahlspundwand (ca. 36 Tonnen Stahl) mit einem Betonkopfbalken im Oberwasser erneuert und weiter flussabwärts eine neue Möglichkeit zum Umsetzen von Sportbooten für Wasserwanderer geschaffen. Zum anderen musste in die bestehende feste Wehrschwelle eine Öffnung gesägt werden, in die die fertig vormontierte Wasserkraftschnecke in einem Stück eingehoben wurde.

Um diese Arbeiten trocken ausführen zu können, musste der Bauplatz entsprechend hochwassersicher vorbereitet werden: Im Oberwasserbereich wurde zusätzlich eine rund 12 Meter lange Spundwand aus 14 Stahlelementen (ca. 17 Tonnen Stahl) und etwa 42 sogenannten Big-Bags (mit einem Sand-Kiesgemisch befüllte Kunststofftaschen von jeweils 1,6 Tonnen > insgesamt 70 Tonnen) eingebaut. Im Unterwasserbereich erreichte die zur Böschungssicherung notwendige Spundwand eine Länge von rund 20 Meter (ca. 28 Tonnen Stahl). Sie wurde nach Abschluss der Arbeiten wieder komplett ausgebaut.

Die Zufahrt zum Bauplatz wurde über eine eigens errichtete freitragende Behelfsbrücke sichergestellt, die nach Abschluss aller Arbeiten komplett zurückgebaut wurde. Sie überspannte mit 10,4 Meter Länge und 5,0 Meter Breite das bestehende Umgehungsgerinne für die Fische um die Wehranlage des WSA. Die Tragfähigkeit der mobilen Pionierbrücke erlaubte auch die Zufahrt z. B. eines 250-Tonnen-Schwerlastkrans ohne Flurschäden.

Highlight war die Anlieferung und Montage der 20 Tonnen schweren, in einem Stahltrug vormontierte Wasserkraftschnecke, die laut Hersteller Andritz schon eines der größeren Teile dieser Art ist. Zwei große Autokräne hoben synchron den 18,4 Meter langen und 3,4 Meter breiten stählernen Riesen vom Spezialtransporter in die schräge Betonwanne. Diese war in eine neue Öffnung gebaut worden, die in die bestehende feste Wehrschwelle mit Betonsägen und Baggermeißel ausgebrochen worden war.

Im Rahmen der gesamten Bautätigkeiten waren im Schnitt sechs Mitarbeiter dauerhaft vor Ort im Einsatz. Zur Vorbereitung des gesamten 6.000 Quadratmeter großen Baubereichs und der nach ökologischen Vorgaben der Fischerei ausgestalteten Flächen waren zwei 25-Tonnen-Kettenbagger im Einsatz; ein etwa 50 Meter hoher Turmdrehkran mit einem 40-Meter-Ausleger stand im Unterwasserbereich in der Baugrube. Den Abtransport von rund 20.000 Tonnen Aushub und rund 1.200 Tonnen Abbruchmaterial erledigten 600 Sattelzugladungen.

Zum Antransport der 3.500 Tonnen Wasserbausteine für den Auslaufbereich und die neuen Uferbefestigungen waren rund 200 Sattelzugladungen notwendig. Und 90 Betonmischerfuhrer brachten die 550 Kubikmeter Material für das Betriebsgebäude und den Betontrug zur Aufnahme der stählernen Schnecke. Für die Armierung des Betons wurden 55 Tonnen Baustahl eingebaut.

Insgesamt wurden etwa 11.000 Arbeitsstunden unfallfrei und ohne verletzungsbedingte Ausfälle geleistet. □



Beim Knopfdruck zum Start der Anlage legten der Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie Franz Josef Pschierer (Mitte) sowie Forchheims Landrat Dr. Hermann Ulm (links), Eggolsheims 1. Bürgermeister Claus Schwarzmann (rechts), Regierungsvizepräsidentin Petra Platzgummer-Martin von der Regierung Oberfranken (2.v.r.) und Dr. Albrecht Schleich (2.v.l.), Vorstand der Rhein-Main-Donau AG, persönlich Hand an. Bild: Jan Kiver, Rhein-Main-Donau AG

Restwasserkraftwerk „Wasserkraftschnecke Neuses“ an der Regnitz

Im April 2015 nahm die Rhein-Main-Donau AG ihr Restwasserkraftwerk „Wasserkraftschnecke Neuses“ offiziell in Betrieb. Mit der Betriebsführung ist die E.ON Kraftwerke GmbH betraut, die auch die Projektleitung für den Bau der Anlage innehatte. Das 1,4-Millionen-Euro-Projekt ist ein Musterbeispiel für die Vereinbarkeit von Ökologie und Ökonomie bei der Nutzung der regenerativen Wasserkraft. Im Auftrag und auf Kosten des Wasser- und Schifffahrtsamts Nürnberg wurde parallel die bestehende linke (westliche) Uferbefestigung, die sogenannte Wehrwange, komplett erneuert sowie eine neue Möglichkeit zum Umsetzen von Sportbooten für Wasserwanderer geschaffen.

Die Wasserkraftschnecke Neuses ist die 60. Wasserkraftanlage der Rhein-Main-Donau AG. Die Neuseser Anlage arbeitet nach dem umgekehrten Prinzip einer Archimedischen Schraube. Sie nutzt eine Fallhöhe von rund fünf Metern zur umweltfreundlichen Stromerzeugung aus der Kraft der Regnitz und hat eine Ausbauleistung von 130 Kilowatt. Durch ihre Bauart gilt die Wasserkraftschnecke als besonders fischfreundliche Technik zur ökologischen, energetischen Nutzung von Restwasserabgaben.

Bei einem kontinuierlichen Wasserdurchfluss von etwa 3,5 Kubikmetern pro Sekunde (rund 23 Badewannenfüllungen pro Sekunde) kann die Neuseser Anlage rund um die Uhr an 365 Tagen im Jahr regenerativen Strom erzeugen, so dass das Regelarbeitsvermögen pro Jahr bei ca. 1,14 Millionen Kilowattstunden (kWh) liegt. Diese Strommenge reicht aus, den Strombedarf von knapp 350 bayerischen Durchschnittshaushalten oder fast 720 Menschen ein Jahr lang umwelt- und klimafreundlich aus Wasserkraft zu decken. Rein rechnerisch könnten also gut elf Prozent der 6.374 Bürgerinnen und Bürger in der Marktgemeinde Eggolsheim mit einer Jahresproduktion aus der Wasserkraftschnecke sicher und umweltfreundlich mit Strom versorgt werden. Im Vergleich zum deutschen Energiemix (695 g CO₂ pro kWh) entlastet die Wasserkraftschnecke Neuses das Klima insgesamt um fast 800.000 Kilogramm Kohlendioxid (CO₂).

Ökologische Vorgaben

Menschen und Fische bzw. Wasserlebewesen profitieren von der Neuseser Anlage. Die zusätzlichen Wassermengen, die das flussabwärts gelegene Kraftwerk Hirschaid der E.ON Kraftwerke GmbH aus gewässerökologischen Gründen auf Höhe des Wehrs Neuses in die Regnitz abzugeben hat, können durch die Wasserkraftschnecke Neuses sinnvoll zur regenerativen Stromerzeugung genutzt werden, ohne die Fischpopulation zu beeinträchtigen.

Der Wasserauslauf aus der Wasserkraftschnecke wurde nach ökologischen Vorgaben der Fischerei und in Absprache mit der Fischereifachberatung Oberfranken so gestaltet, dass das bestehende Umgehungsgerinne auch in Zukunft optimal seinen Zweck als Fischwanderhilfe erfüllt. Dazu wurde ein rund 100 Meter langer Auslaufbereich angelegt, der sich von 3,5 Meter direkt am Fuß der Wasserkraftschnecke auf 1,5 Meter bei der Einmündung in die Regnitz verjüngt. Die Wassertiefe verringert sich im selben Maße von 1,5 Meter am Fuß der Schnecke bis 20 cm bei der Regnitzeinmündung.

Zwischen Regnitz und Auslaufbauwerk erstreckt sich jetzt ein 95 Meter langer Damm, der auf 75 Meter Länge von Wasser überströmt ist. Dadurch lässt sich die Strömungsenergie des ablaufenden Wassers soweit verringern, dass bei der Einmündung in die Regnitz keine für Fische verlockende Strömung entsteht, die die Fische in Richtung Schnecke locken könnte. Die Regnitz ist durch die entstandene Auslaufgestaltung der Wasserkraftschnecke ökologisch deutlich aufgewertet worden und die geringere Stromerzeugung in Hirschaid kann weitgehend ausgeglichen werden. Allein in die ökologischen Maßnahmen investierte die Rhein-Main-Donau AG ein Viertel (rund 350.000 Euro) der Gesamtkosten von rund 1,4 Millionen Euro.

Die Wasserkraftschnecke Neuses wird – wie auch die zwei anderen Regnitz- und 29 Mankraftwerke der Rhein-Main-Donau AG – von E.ON betrieben und von der rund um die Uhr besetzten Warte des RMD-Pumpspeicherkraftwerks Langenprozelten im Spessart aus überwacht und gesteuert. □

Neue Fischwanderhilfe beim Innkraftwerk Gars:

Verbesserte Lebensbedingungen für Fisch & Co.

Die VERBUND Innkraftwerke GmbH hat den Betrieb der neuen Fischwanderhilfe beim Innkraftwerk Gars gestartet. Die Arbeiten an dem naturnahen Umgehungsbach dauerten rund 10 Monate und benötigten über 10.000 Arbeitsstunden. Die Fischwanderhilfe hat eine Länge von 680 Metern und bietet den heimischen Fischen wie Huchen, Äschen, Barben und Nasen aber auch anderen Wasserlebewesen die Möglichkeit, das Kraftwerk Gars zu umwandern. Die Investition dafür belief sich auf insgesamt 1,8 Mio. Euro.

Auf der Basis einer europäischen Wasserrahmenrichtlinie sollen alle prioritären Fließgewässer in der Europäischen Union durchgängig gemacht werden. Damit Querbauwerke, wie Wehre und Kraftwerke, für Fische und andere Wasser-Lebewesen passierbar gemacht werden können, bedarf es sogenannter Fischwanderhilfen, die entweder technisch und/oder naturnah ausgeführt werden können.

Fischwanderhilfe ist neuer Lebensraum

Die in Gars jetzt neu ausgeführte Fischwanderhilfe überbrückt eine gesamte Kraftwerks-Fallhöhe von 7,5 Meter und besteht aus rund 480 Meter sehr naturnah gestalteter freien Fließstrecke und 200 Meter Raubettgerinne. Die Höhendifferenz zwischen den 6 Meter breiten Steinsatzriegeln umfasst rund 10 bis 15 cm. In diesem naturähnlichen Bach fließen im Minimum 800 Litern pro Sekunde, in den abflussstarken Sommermonaten gehen bis zu 2.000 Liter pro Sekunde durch die Wanderhilfe.

Neben der Herstellung der Durchgängigkeit für Wanderfischarten wurde mit den vorgesehenen Maßnahmen auch die Erstellung eines strukturreichen und ökologisch vielfältigen Systems angestrebt. Etwa 20.000 Kubikmeter natürliche Inn-Sedimente wurden dem Fluss als Geschiebe/Kiesbank im Unterwasser des Kraftwerks wieder zugeführt. Im Betrieb erhalten die Wasserlebewesen Nahrung, Standorte zur Fortpflanzung und Rückzugsräume während eines Hochwassers. Diese Maßnahmen haben die Stützung und den Erhalt der

Fischpopulation im Inn zum Ziel. Das Konzept der Fischwanderhilfe beim Kraftwerk Gars wurde wie bei allen anderen Maßnahmen im Vorfeld mit der Naturschutzbehörde, dem Wasserwirtschaftsamt Rosenheim, dem örtlichen Fischereiverein und der Fachberatung für Fischerei abgestimmt.

Öffentlich zugänglich

Die neue Fischwanderhilfe ist auch ab sofort für die Öffentlichkeit zugänglich, da sich entlang des gesamten Baches ein Betriebsweg erstreckt: Über die im Spätherbst ergänzte Fußgängerbrücke sowie das Einlaufbauwerk im Oberwasser kann der Fischpass sogar überquert werden.

Künftig wird ein kleiner Infopunkt für Interessierte über die vor Ort herrschende Gewässerflora und -fauna Auskunft geben, mit Informationen über die wandernden Fische und die vorherrschende Vegetation.

Flexible Wasserkraft

Die Fischwanderhilfe Gars ist bereits die dritte Maßnahme von VERBUND zur Wiederherstellung der Durchgängigkeit des Inns. 2013 wurden bei den Kraftwerken Feldkirchen und Neutötting derartige Fischwanderhilfen umgesetzt, 2014 ging jene am Kraftwerk Teufelsbruck in Betrieb und bis 2015 sollen die Kraftwerke Wasserburg und Stammham fischpassierbar gemacht werden. Spätestens 2020 wird die ökologische Durchgängigkeit von Rosenheim bis Stammham wiederhergestellt sein.

Weitere Informationen unter: www.verbund.com/gars und www.verbund.com/inn □

Europäischer Verwaltungskongress 2015:

Verwaltungsmanagement im Wandel

Ganz im Zeichen von Veränderungen stand der 20. Europäische Verwaltungskongress in Bremen. Zahlreiche Vertreter aus kommunalen oder staatlichen Verwaltungen sowie aus dem Hochschulbereich trafen zusammen, um in vier Fachforen mit verschiedenen Referenten über „Kommunikation, Kooperation und Digitalisierung - Impulse für ein Verwaltungsmanagement im Wandel“ zu diskutieren. In vier Foren – Personal, Strategie und Steuerung, Bürgerorientierung, E-Government - wurden dabei die Anforderungen an eine zukunftsfähige Verwaltung erörtert.

Das Personal-Forum thematisierte die interne Kommunikation und unterstrich ihre Bedeutung. Dabei ging es auch um die interne Kommunikation in Veränderungsprozessen. Außerdem wurden Praxisbeispiele vorgestellt, wie interne Kommunikation umgesetzt wird.

KGSt-Modell

Wie schon in den Vorjahren war auch dieses Mal die Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) mit Beiträgen vertreten. Matthias Wieliki, Referent im Programmbeiratsbereich Personalmanagement der KGSt, informierte über die Ressource Wissen in der Verwaltung. Unter der Überschrift „Wissen systematisch managen“ stellte er ein Modell der KGSt vor, das bei den unterschiedlichen Anlässen aus Sicht einer Organisation ansetzt. Dabei beginnt die Systematik bei der Definition einer Wirkung und geht über Methoden und Werkzeuge des Wissensmanagements bis hin zur Ressourcenausstattung und der notwendigen Evaluation.

Ein Schwerpunkt des Vortrags lag auf den Social-Media-Werkzeugen wie Wikis, Blogs und sozialen Netzwerken. Sie können im internen Einsatz neue Formen der Zusammenarbeit darstellen, wenn sie richtig genutzt werden. Immer wieder wurde deutlich, dass die Wissenskultur eine zentrale Rolle spielt. Denn Wissen ist zwar die wichtigste Ressource bei der Erstellung von (kommunalen) Leistungen, darf aber nicht als

Machtfaktor eingesetzt werden.

Im Forum Strategie und Steuerung wurde diskutiert, was Menschen in Organisationen zu Veränderungen bewegt, wie sich erfolgreiches Organisationsmanagement in den vergangenen Jahren bereits verändert hat und wie moderne Strategien, Werkzeuge und Beratungsansätze aussehen können.

Organisationsmanagement

Hortense Klein und Ines Hansen, Referentinnen im Programmbeiratsbereich Organisationsmanagement der KGSt, beschäftigten sich mit dem gewandelten Verständnis des Organisationsmanagements in der kommunalen Praxis „zwischen Ressourcenausstattung und Strategiegestaltung“. Dabei gingen sie zunächst der Frage nach, wie ein modernes Organisationsmanagement ausgerichtet ist und was es zu wirkungsorientierten, qualitativ hochwertigen und wirtschaftlichen Leistungen der Kommunalverwaltung beitragen kann. Auch gingen sie darauf ein, wer für „das Organisieren“ verantwortlich ist und welches Rollenverständnis Organisatoren haben können.

Im Anschluss folgten drei praktische Beispiele aus der Landeshauptstadt München, aus Kassel und aus Radolfzell am Bodensee. Alle drei Kommunen haben die Möglichkeiten eines modernen Organisationsmanagements genutzt, um innovative (aufbauorganisatorische) Lösungen zu entwickeln. Die KGSt stellte die Grundprinzipien und Leitgedan-

ken des jeweiligen Konzeptes vor und verknüpfte sie mit der Steuerungs- und Strategieperspektive.

Auf dem Europäischen Verwaltungskongress erfolgte nicht nur eine Standortbestimmung zur Bürgerkommune, sondern es wurden auch moderne konzeptionelle und praktische Weiterentwicklungen vorgestellt. Das Spektrum ist praxisorientiert und bietet die Chance, auch vom Anderen zu lernen.

Initiative „Ich bin dabei!“

Mit der 2013 ins Leben gerufenen rheinland-pfälzischen Initiative „Ich bin dabei!“ will Ministerpräsidentin Malu Dreyer das bürgerschaftliche Engagement weiter stärken und dabei aktiv auf Bürgerinnen und Bürger zugehen. Wie der Beauftragte für ehrenamtliches Engagement, Bernhard Nacke, berichtete, besteht seine Aufgabe darin, vor allem ältere Menschen direkt vor Ort zu motivieren, sich zu engagieren. Der demografische Wandel stelle alle vor grundlegende Herausforderungen, denen mit einer lebendigen sozialen Kultur begegnet werden könne.

Die Initiative „Ich bin dabei!“ geht mittlerweile in die dritte Runde. Nachdem bereits elf Kommunen an den Staffeln 1 und 2 teilgenommen hatten, sind nunmehr sechs Kommunen in der dritten Staffel am Start. Mittlerweile haben sich durch die Initiative über 90 Projektgruppen gebildet. Mehr als 550 Menschen sind bislang in

den 11 Projekte-Werkstätten oder bei den Projektgruppen in den Ortsgemeinden aktiv geworden.

Parallel dazu beschäftigten sich die im Rahmen der Initiative gebildeten Moderationsteams der Kommunen mit den übergeordneten Themen Bestandsaufnahme, Anerkennungskultur, Stärkung der Vereine, Beteiligung von Unternehmen und Verbesserungen an der Schnittstelle zwischen Verwaltung und freiwilligem Engagement, um die Entwicklung der kommunalpolitischen Ehrenamtsförderung weiter voranzubringen, stellte Bernhard Nacke fest.

Bremer Senior Service

Wie Wirtschaftsförderung durch ehrenamtliche Beratung aussehen kann, zeigte Klaus D. Klases und Reiner Stoll anhand des Bremer Senior Service (BSS) auf. Entstanden aus der bundesweiten Initiative „Alt Hilft Jung“ besteht der BSS als gemeinnütziger Verein seit 1998. Zweck des Vereins ist die Aktivierung und Nutzung der Lebens- und Berufserfahrung und des Praxiswissens älterer Menschen im Sinne einer Zusammenarbeit der Generationen. Die mehr als 50 Vereinsmitglieder sind ehemalige Führungskräfte und Selbstständige aus Industrie, Handwerk, Handel und Dienstleistung, die ihr Kenntnisspektrum ständig aktualisieren. Sie waren in verschiedenen Branchen tätig - vom Flugzeug- und Anlagenbau über Import, Export, Logistik, Marketing, Controlling bis hin zu Werbefilmproduktionen. Als Gesprächspartner - ohne eigene wirtschaftliche Interessen - erarbeiten sie mit und für ihre Klienten Lösungen anstehender Fragen, ohne sich in das Tagesgeschäft einzuschalten.

Der Bremer Senior Service arbeitet mit den Agenturen für Ar-

beit und den Jobcenter der Region zusammen. Er hilft Arbeit suchenden Menschen die Alternative einer selbständigen Existenz zu ermöglichen. Der Verein erhält staatliche Unterstützung aus Bremen und den kooperierenden Landkreisen.

Eine effiziente Organisation der Verwaltungs-IT ist für die Umsetzung von modernem E-Government von grundlegender Bedeutung. Interkommunale Kooperationsformen gewinnen für die praktische Verwaltungsarbeit zusehends an Bedeutung. Ein besonders prägendes Beispiel sind dabei die Kooperationsformen im Bereich der Schul-IT. Die maßgebliche Frage lautet: „Wieviel Kooperation braucht IT?“. Im Forum E-Government wurden die wesentlichen aktuellen IT-Themen im Hinblick auf Nutzensgewinne durch Kooperationen analysiert und Best-Practice Beispiele vorgestellt.

Neuer Erprobungsraum

Daniela Berger (Stadt Oldenburg), Mitglied der Steuerungsgruppe Virtuelle Region Nordwest, informierte darüber, dass im vergangenen Jahr Vertreter des interkommunalen E-Government Netzwerkes Virtuelle Region Nordwest, das aus Kommunen, Kreisen, IT-Dienstleistern, Verbänden und wissenschaftlichen Einrichtungen im Nordwesten Deutschlands besteht, die Gründung eines „Erprobungsraums Nordwest“ vereinbart hatten. Unter der Geschäftsführung der Stadt Bremen setzte sich der neugegründete Erprobungsraum zum Ziel, eng mit den bereits bestehenden Erprobungsräumen Rhein-Neckar und Rheinland zusammenzuarbeiten, um die Entwicklung und Erprobung innovativer IT-Angebote des Staates für Wirtschaft und Ge-

sellschaft voranzubringen. Unterstützt werde das Vorhaben durch die Arbeitsgruppe 3 des Nationalen IT-Gipfels „Innovative IT-Angebote des Staates“ unter Vorsitz von Karl-Heinz Streibich (Software AG) und Staatssekretärin Cornelia Rogall-Grothe (Bundesministerium des Inneren).

Die Region Nordwest sei eine starke Wachstumsregion für die wichtigen Zukunftsfelder Logistik, maritime Wirtschaft, Automobilindustrie, Luft- und Raumfahrt, erneuerbare Energien und Ernährung. Sie biete damit sehr gute Bedingungen für die Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Verwaltung. Hier setze die „ViR-Nordwest“ an: durch interkommunale E-Government-Anwendungen wolle sie die Attraktivität des Standortes weiter steigern.

Interkommunale Zusammenarbeit

Als Teil des IT-Gipfelprozesses strebt der „Erprobungsraum Nordwest“ den Erfahrungsaustausch mit der Metropolregion Rhein-Neckar (MRN) und dem Rheinland an. Schwerpunkte dafür sind die „Verbesserung der Zugänge zu den Verwaltungsleistungen“ für Bürger und Unternehmen sowie die Beschleunigung der Prozesse innerhalb der Verwaltung und zwischen Verwaltung, Bürgern und Unternehmen.

Daniela Berger zufolge führt interkommunale Zusammenarbeit gerade auch bei E-Government-Projekten zu Kostenersparnis, Verbesserung der Qualität von Verwaltungsleistungen und zur beschleunigten Umsetzung von Modernisierungsvorhaben. Sie trage zur Erhaltung der Selbstständigkeit von Kommunen bei und stärke damit letztlich auch die kommunale Selbstverwaltung. **DK**

AKDB auf der CeBIT:

Sicheres eGovernment per Smartphone

Auf der weltweit größten Computermesse, der CeBIT in Hannover, präsentierte die AKDB neue eGovernment-Lösungen. Besucher konnten sich dabei von der Innovationskraft und Leistungsfähigkeit des bundesweiten Marktführers für Kommunalsoftware überzeugen. Dabei zeigt die AKDB unter anderem, wie einfach und sicher Online-Verwaltungsdienstleistungen auch mobil genutzt werden können.

Am Messestand A58 / H7 des Bundesinnenministeriums präsentierte die AKDB unter dem Begriff „abgeleitete Identität“ die Möglichkeit, die vertrauenswürdige Identität des Personalausweises (eID) sicher auf ein mobiles Gerät wie Smartphone oder Tablet zu „übertragen“. Praxisnah erklärt wurde dies an einem Automaten der Firma Nixdorf, wie er im SB-Bereich von Sparkassen zum Einsatz kommt, und über den der Nutzer Zugriff auf verschiedene Verwaltungsdienstleistungen in Verbindung mit dem Bürgerservice-Portal der AKDB erhält.

Projekt i-Kfz

An selber Stelle zeigte die AKDB außerdem gemeinsam mit der Stadt Ingolstadt und der Audi AG im Rahmen des Projekts i-Kfz die internetbasierte Kfz-Außerbetriebsetzung. Der vorgestellte Fachprozess demonstrierte eine Online-Fahrzeugabmeldung in Verbindung mit der eID-Funktion und den neuen Sicherheitscodes auf den Nummernschildern, die seit dem

1. Januar 2015 ausgegeben werden.

Das breite Produkt-Portfolio der AKDB stellte die AKDB-Vertriebs Tochter kommIT GmbH auf dem Messestand A62 / H7 aus. Im Fokus standen in diesem Jahr eGovernment-Services in den Bereichen Melde-, Verkehrs-, Finanz- und Personenstandswesen sowie das Bürgerservice-Portal als zentrale Kommunikationsplattform mit den Basisdiensten Bürgerkonto, Postkorb und ePayment.

Neuentwicklungen

kommIT und AKDB präsentierten außerdem Software-Neuentwicklungen in den Bereichen Sozial- und Verkehrswesen, Controlling-Werkzeuge für die Finanzverwaltung sowie effektive elektronische Aktenablagen, eingebunden in Workflows unterschiedlicher Fachbereiche. Komplettiert wurde der Auftritt durch Lösungsangebote für die Verwaltung von Kitaplätzen sowie für das Gebäudemangement und das kommunale Bauwesen. **□**



Tausendsassa.

Auf allen Geräten zuhause:
Generation SYNERGO®

Fachamtsleiter Gerald S. ist oft auf Außentermin und auch privat viel unterwegs. Dass er je nach Situation auf Arbeitsplatz-PC, Tablet oder Smartphone zurückgreift, ist für ihn längst gelebte Realität.

Die Zeiten ändern sich. Unsere Technologien auch: Internetfähige Endgeräte wie Tablets und Smartphones revolutionieren Gewohnheiten und Nutzerverhalten. Dienste und Informationen werden zunehmend online, mobil und rund um die Uhr abgerufen. Diese Erwartungshaltung macht weder vor Rathäusern noch vor Landratsämtern und Bezirksverwaltungen halt. Ob mobiler Zugriff auf kommunale Kennzahlen und Dokumente während der Gemeinderatssitzung, medienbruchfreie Inventarisierung per Tablet oder nahtlos integrierte eGovernment-Dienste über das Bürgerservice-Portal – die neu entwickelte SYNERGO®-Produktgeneration bringt Fachverfahren und Online-Dienste immer besonders einfach und anwenderfreundlich auf alle Geräte: vom stationären Arbeitsplatz für den professionellen kommunalen Anwender bis zur Bürgerservice-App.

Neugierig? Dann überzeugen Sie sich, wie lebensnah und zukunftssicher die Fachverfahren der SYNERGO®-Generation sind.

www.akdb.de/synergo

NEU
Entdecken Sie jetzt die neuen Fachverfahren OK.GEWERBE, OK.JUS, OK.VERKEHR und viele weitere zukunftssichere Lösungen auf Basis SYNERGO®.

AKDB
Innovativ. Kraftvoll. Partnerschaftlich.

Bayerischer Städtetag / Bezirksversammlung Mittelfranken:

Die Zeit drängt

Die Themen Ganztagschule, Gemeindeverkehrsfinanzierung sowie Unterbringung von Flüchtlingen standen auf der Agenda der Bezirksversammlung Mittelfranken des Bayerischen Städtetags in Baiersdorf unter der Leitung des Bezirksvorsitzenden der kreisfreien Verbandsmitglieder in Mittelfranken, Erstem Bürgermeister Alfons Brandl, Herrrieden und dem Bezirksvorsitzenden der kreisangehörigen Verbandsmitglieder, Erstem Bürgermeister Andreas Galster, Baiersdorf.

Bei einem Pressegespräch im Anschluss an das Arbeitstreffen bezeichnete der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Nürnbergs Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly, die Vereinbarung über die offene Ganztagschule zwischen Staatsregierung und kommunalen Spitzenverbänden als einen wichtigen Schritt zur Verbesserung des schulischen Ganztagsangebots. In schwierigen Verhandlungen mit Kultusministerium und Sozialministerium sei ein guter Kompromiss für die offene Ganztagsgrundschule erreicht worden. „Es ist gut, dass nun gemeinsame Angebote von Schule und Jugendhilfe für Rand- und Ferienzeiten mit einer verbesserten staatlichen Förderung gemacht werden können. Auch die Kommunen leisten künftig höhere Beiträge für offene und gebundene Angebote“, erklärte Maly.

Mit der Vereinbarung ebne sich auch der Weg für eine neue Kooperationskultur zwischen Kultusministerium und Sozialministerium sowie zwischen Schule und Jugendhilfe. Die Kommunen würdigten auch, dass der Freistaat nun zu einem deutlich höheren Mitteleinsatz bereit ist. Nun sei die Tür geöffnet und weitere Schritte auch für die gebundenen Angebote und die Jahrgangsstufen 5 bis 8 müssten folgen, damit Kinder und Eltern die Ganztagsangebote erhalten, die sie brauchen, so der Städtetagschef.

Positive Neuerungen

Aus Sicht der Kommunen enthält die Vereinbarung viele positive Neuerungen: Die bisher unterschiedlichen Formen der Halbtagschule mit Mittagsbetreuung, verlängelter Mittagsbetreuung oder Nachmittagsbetreuung können zu einem schulischen Angebot vereinheitlicht werden. Kultusministerium und Sozialministerium überwinden erstmals ihre Zuständigkeiten und Fördergrenzen, um ein gemeinsames Angebot von Schule und Jugendhilfe zu schaffen, auch für die Randzeiten an allen Schultagen bis 18:00 Uhr und in den Ferien (sog. Integrierte Gruppen). Schule und Jugendhilfe übernehmen gemeinsam Planungsverantwortung auch für die Rand- und Ferienzeiten.

Bedarf besteht Maly zufolge für die Weiterentwicklung von Ganztagsangeboten: Für das kommende Schuljahr sind 300 Gruppen bayernweit vorgesehen, davon 100 integrierte Gruppen mit Rand- und Ferienzeitenabdeckung. Hier sei ein schneller quantitativer Ausbau erforderlich. Die integrierten Gruppen sind zunächst nur für die offene Ganztagschule an Grundschulen geplant. Der Bedarf, die Rand- und Ferienzeiten abzudecken, besteht aber auch an gebundenen Ganztagsgrundschulen und an offenen und gebundenen Ganztagsgrundschulen für die Jahrgangsstufen nach dem Grundschulalter. Hier sei ebenfalls ein schneller quantitativer Ausbau erforderlich.

Für die notwendige gemeinsame Planung von Jugendhilfe und Schule sind in der dazu eingesetzten staatlich-kommunalen Arbeitsgruppe schnell gemeinsame Eckpunkte und Handlungsempfehlungen zu erarbeiten. Der für die Ganztagschule notwendige Raumbedarf, auch für integrierte und inklusive Angebote, ist nach Auffassung des Städtetags in der dazu eingesetzten staatlich-kom-

munalen Arbeitsgruppe einvernehmlich zu erarbeiten. Die noch offenen administrativen Fragen der Organisation der Mittagsverpflegung seien schnell zu klären. Die grundsätzliche Zuständigkeit der Schule dürfe nicht in Frage gestellt werden.

Als Schicksalsjahr für die Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern bezeichnete Maly das Jahr 2019: Dann nämlich ende das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz. Auch wirke das Verfallsdatum des Länderfinanzausgleichs – ungeachtet der Klage von Bayern und Hessen. 2019 laufe zudem der Solidarpakt aus. Die Schuldenbremse wirke ab 2019 und stelle einige Bundesländer vor Herausforderungen, „was auch zu Lasten kommunaler Haushalte gehen kann“.

„Die Zeit drängt“, mahnte der Verbandsvorsitzende. Das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz müsse über 2019 hinaus verlängert werden. Kommunen stellen schon jetzt wichtige Projekte zur Verkehrsinfrastruktur zurück, weil die Rechtslage und die Finanzierung unsicher sind. Die Kommunen benötigten Planungssicherheit, „ansonsten droht heute schon ein Stillstand bei Großpro-

jekten“. Der Vorlauf von Bauvorhaben sei lang. Maly: „Keine Stadt kann mehr ein großes Nahverkehrsprojekt anpacken, das nach 2020 beginnen soll. Allein die Planungszeiten für Großprojekte beim Bau von Straßen, U-Bahnen, Straßenbahnlinien oder S-Bahnen brauchen einen Vorlauf, die Bauzeiten strecken sich über Jahre hin; von der ersten Planung bis zur Inbetriebnahme kann es ein Jahrzehnt dauern.“

Enormes Engagement

Mit Blick auf die Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen meinte Maly: „Das Engagement der Bürgerschaft ist enorm, in Städten und Gemeinden erleben wir eine Welle der Hilfsbereitschaft. Menschen mit traumatischen Kriegserlebnissen, die an den Folgen von Verfolgung, Folter und Vergewaltigung tragen, brauchen warme Räume, sie brauchen Verpflegung und Gesundheitsversorgung. Und sie brauchen mehr: Bislang haben Staat und Gemeinden sich um die humanitäre Erstversorgung in den ersten Monaten gekümmert, doch nun müssen wir stärker an ihre Integration in den nächsten Jahren denken.“

Nach dem Asylverfahren habe ein nicht kleiner Teil dieser Menschen Bleiberecht. Dann stünden diese Menschen, die aus der Gemeinschaftsunterkunft ziehen müssen, vor dem Rathaus und suchten Obdach. Sie benötigten

auf die Schnelle bezahlbaren Wohnraum, Kindergarten und Schule, Sprachkurse und Integrationskurse. „Die Kommunen können das schaffen, wenn Bund und Länder die Kommunen nicht im Stich lassen.“

Der Bund hat im November 2014 für die Jahre 2015 und 2016 jeweils 500 Millionen Euro zugesagt – diese Mittel müssen die Länder an die Kommunen weiterleiten. Maly: „Der Freistaat hat noch nicht signalisiert, dass er mit diesen Mitteln die Kommunen unterstützen will. Bayern muss diese Mittel des Bundes für eine bessere Unterstützung der Kommunen verwenden.“

Der Städtetagsvorsitzende verwies darauf, dass Kompetenzangelegenheiten in Asylfragen zwischen Bund, Ländern und Kommunen fehl am Platz seien. Jetzt sei weniger ein perfekter bürokratischer Ablauf gefragt, sondern rasche Hilfe. Nötig sei eine schnelle medizinische Versorgung. Bürokratische Hürden, ungeklärte Zuständigkeiten und Finanzierungsfragen ständen häufig einer pragmatischen und menschlichen Lösung im Weg – sei es im Baurecht, im Vergaberecht, im Ausländerrecht oder im Asylrecht. „Mit schnellen Verfahren und unbürokratischen Genehmigungen, etwa zur Nutzung von Gebäuden wäre geholfen.“

Auch bräuchten unbegleitete Minderjährige einen unkomplizierten Zutritt zur Schule – dies dürfe allerdings nicht an den Schuljahresanfang gebunden sein, sondern müsse auch während des Schuljahres möglich sein. Oft stünden rechtliche Hürden und Verwaltungsvorschriften einer schnellen Lösung im Weg, monierte Maly. **DK**

Jugendveranstaltung im Nördlinger Klösterle:

Standortbestimmung und neue Impulse

Engagiert, kritisch, heimatbewusst und unter Druck

Jugend im Donau-Ries im Jahr 2014: Engagiert, kritisch, heimatbewusst und unter Druck! Das ist die Quintessenz einer Jugendbefragung, an der sich im vergangenen Jahr über 1.600 Schülerinnen und Schüler im Donau-Ries beteiligt hatten - und so lautete auch der Titel einer Veranstaltung im Nördlinger Klösterle, zu der vor kurzem die Jugendhilfeplanung im Landkreis geladen hatte. Etwa 140 Gäste waren der Einladung gefolgt, um zu hören wie die Jugend im Landkreis Donau-Ries tickt.

Landrat Stefan Rößle betonte zum Auftakt der Veranstaltung, wie wichtig es sei, den Blick auf Jugend und die Jugendarbeit in unserer Region zu richten. Gesellschaft und Medien befassten sich mit Jugend häufig nur dann, wenn Sie Probleme mache oder wenn es um – tatsächliche oder vermeintliche – Bildungsdefizite gehe. Rößle betonte, es sei fatal, wenn die Jugend aus dem Blickfeld gerate, denn: „Wer die Jugend hat, hat die Zukunft!“ Er versprach: „Planung muss sein, aber wir werden den Worten und Papieren auch Taten folgen lassen!“. Die Zuhörerinnen und Zuhörer rief er dazu auf: „Begleiten und unterstützen Sie uns weiterhin auf dem Weg zu einem kinder- und jugendfreundlichen Donau-Ries.“

Wie verbringen Jugendliche im Donau-Ries ihre Freizeit, wo drückt sie der Schuh und was erwarten Sie von den Politikerinnen und Politikern in der Region? Antworten dazu lieferte die „Jugendbefragung 2014“, deren wichtigste Ergebnisse Jugendhilfeplaner Günther Katheder-Göllner vorstellte. Er konnte Erfreuliches präsentieren: „80 % der befragten Jugendlichen fühlen sich wohl in ihrer Heimatgemeinde; zwei Drittel können sich vorstellen, dauerhaft im Donau-Ries zu leben.“

Kritische Anmerkungen

Die Studie brachte aber auch Kritisches zu Tage. So möchten junge Menschen in unserer Region besser beteiligt werden; die Freizeitmöglichkeiten sind für ein Drittel der Befragten nicht zufriedenstellend; Leistungsdruck und Zeitstress bestimmen den Alltag vieler junger Menschen. „Ticken junge Menschen im Donau-Ries anders als im Rest der Nation?“ mit dieser Frage leitete Katheder-Göllner zu einem – wie sich zeigen sollte – hochspannenden und fesselnden Impulsreferat über.

„Die Jugend“ gibt es nicht

„Wenn zwei junge Menschen auf eine Frage die gleiche Antwort geben, dann sind sie zwar statistisch in einem Topf, aber sie können sich dennoch in ganz unterschiedlichen Lebenswelten bewegen“, erläuterte Wiebke Jessen den Ansatz der SINUS-Jugendstudie 2012. Deren Ziel sei es aufzuzeigen, welche jugendlichen Lebenswelten es in Deutschland

gebe und wie Jugendliche in diesen verschiedenen Welten ihren Alltag (er)lebten. Sieben solche Lebenswelten werden in der Studie „Wie ticken Jugendliche“ skizziert. Die Heidelberger Referentin verstand es, das Publikum mitzunehmen in diese Welten, die sich hinter so sperrigen Fachbegriffen wie „materialistisch-hedonistisch“ oder „adaptiv-pragmatisch“ verbergen. Die Forscherin blickte dazu in das Jugendzimmer von heimatorientierten bodenständigen Jugendlichen, sie spielte die Musik der szenorientierten Nonkonformisten und sie zeigte anhand von Werbespots, wie große Firmen junge Menschen lebensweltorientiert ansprechen – oder auch mal daneben liegen können. „Da hätte ich auch zwei Stunden zuhören können“, „Spannendes Thema, da müssen wir dran bleiben“: Die Kommentare waren einhellig und dementsprechend viel Applaus erhielt Wiebke Jessen auch am Ende ihres faszinierenden Vortrags.

Statt der bei ähnlichen Veranstaltungen üblichen Podiumsdiskussion war im vorletzten Programmpunkt dieses Nachmittags das Publikum gefragt, „Teilen Sie uns Ihre Ideen und Anregungen mit!“ ermunterte Katheder-Göllner die Besucher zum Mitmachen.

Und sie machten mit! Zahlreiche gelbe Kärtchen hingen innerhalb kürzester Zeit an den bereitgestellten Pinwänden, darauf jede Menge Ideen und Anregungen, auf denen stand, was getan werden könnte, sollte und müsste. „Wir werden Ihre Vorschläge auswerten und dann packen wir es an“, versprach der Familienbeauftragte.

Zum Schluss kamen drei junge Menschen zu Wort. „Findet Ihr Euch in diesen Lebenswelten wieder?“, wollte Moderator Katheder-Göllner zum Auftakt der kurzen Gesprächsrunde wissen. „Naja, mich selbst einzuordnen ist schwierig, aber viele meiner Freunde könnte ich sofort in eine der Kategorien stecken“, lassen sich die Antworten von Carmen Lechner, Julia Schwarzländer und Arian Trieb zusammenfassend auf den Punkt bringen. Im Großen und Ganzen stellten sie der Region ein positives Zeugnis aus, redeten aber auch Klartext, als es um mögliche Verbesserungen ging: „Mehr Mitwirkung ermöglichen; das Engagement von Mädchen und jungen Frauen besser unterstützen; Politiker, die auf die Jugend zugehen; die Angebote der Jugendarbeit auch für behinderte junge Menschen zugänglich machen...“

Mit ihren Vorschlägen schlossen die drei jungen Menschen den Kreis zum Grußwort von Landrat Stefan Rößle. Der hatte in seinem Eingangsstatement nämlich festgestellt: „Es gibt viele Angebote und Einrichtungen für Kinder und Jugendliche. Junge Menschen können sich in unserem Landkreis wohlfühlen. Und trotzdem: Man könnte immer noch mehr tun!“. Fazit: Die Standortbestimmung im Klösterle lieferte viele Impulse und Vorschläge. Jetzt geht es nochmal um Antworten auf Fragen. Die lauten: Was ist gut? Was passt? Was wollen wir beibehalten? Was müssen wir verändern, anpassen und weiterentwickeln? Welche neuen Angebote müssen wir schaffen? □

Energietage Fürstfeldbruck:

Lösungen von morgen

Energetische Bausanierung, innovative Baulösungen und gesetzliche Rahmenbedingungen für Bauprojekte in Bayern bildeten heuer die zentralen Themen der 8. Fürstfeldbrucker Energietage im Kloster Fürstfeld. Im Zentrum stand auch dieses Jahr wieder die Nachhaltigkeit, eine Entwicklung, die den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden.

Als Partner der Energietage fungierten der Verein ZIEL 21 mit seinen regionalen Partnern, die an ihren Ständen und im abwechslungsreichen Vortragsprogramm umfangreich informiert und die Stadtwerke Fürstfeldbruck, der regio-

neuesten Anlagen im Bereich der Solarenergie für Firmen und Verbraucher.

Photovoltaik

Den Möglichkeiten der Photovoltaik widmeten sich gleich

Speichersysteme und Smart-Home Lösungen eröffnet Kombinationsmöglichkeiten, die auf den Energietagen allesamt vertreten waren. Den eigenen vier Wänden widmete sich der Bereich Bauen mit energetischer Sanierung, nachhaltigen Baumaterialien und innovativen Bautechniken.

Hybridtechnologie

TESLA Motors, BMW und Honda präsentierten Elektro- und Hybridfahrzeuge der aktuellen Generation. Insbesondere die ständig verbesserte Infrastruktur und effiziente Lösungen in den Fahrzeugen punkten mit Mehrwerten, bei denen herkömmliche Fahrzeuge das Nachsehen haben.

Beratung und Service waren zentrale Bausteine der Energietage. Fachvorträge von Experten, persönliche Energieberatung und Fördermöglichkeiten für Energieprojekte aller Art waren 2015 noch umfangreicher und größer als je zuvor. Architekten und Makler berieten zu Neubau, Kauf/Verkauf, Sanierung und Renovierung und gaben wertvolle Hinweise. **DK**



Zahlreiche Aussteller gaben bei den Energietagen in Fürstfeldbruck Einblicke in die Lösungen von morgen. □

nale Energieversorger im Landkreis Fürstfeldbruck.

Nachhaltigkeit

Zahlreiche Aussteller, unter ihnen öffentliche Stellen und Verbände wie der Verein ZIEL 21, das Landratsamt mit der Agenda21 und die Stadt Fürstfeldbruck, gaben in den Bereichen Wohnungsbau, Sanierung, Fördermöglichkeiten, Energie und Nachhaltigkeit Einblicke in die Lösungen von morgen. Gezeigt wurden unter anderem die Windanlage fürs Eigenheim und die

mehrere der 45 Stände auf den Energietagen. Dass die neuen Energiegewinnungstechniken wie Photovoltaik auch einen hohen architektonischen Anspruch erfüllen können, zeigte die in der Messe integrierte Wanderausstellung des Solarenergiefördervereins Bayern mit Aufnahmen von Beispielen, die einen Architekturpreis für gebäudeintegrierte Solartechnik erhalten hatten.

Ebenso präsentiert wurden Wärmepumpen als Energiequelle. Die Einsteuerung und Speicherung des Stroms über intelligente Gebäudesteuerung,

Stadtwerke FFB:

TOP-Lokalversorger 2015

Das Energieverbraucherportal hat die Stadtwerke Fürstfeldbruck zum TOP-Lokalversorger 2015 gekürt. Seit 2008 nimmt das Verbraucherportal das Angebot von Energieversorgern unter die Lupe und verleiht das begehrte Gütesiegel. Die Stadtwerke Fürstfeldbruck, die zum ersten Mal teilgenommen hatten, bewarben sich neben rund 250 weiteren Energieversorgungsunternehmen um das anerkannte Siegel.

Enno Steffens, Geschäftsführer der Stadtwerke Fürstfeldbruck GmbH, zeigte sich sehr stolz darauf, auf Anhieb ausgezeichnet worden zu sein – „ganz besonders auch, weil hierbei nicht ausschließlich der Preis im Vordergrund steht, sondern auch gesellschaftliche Verantwortung und ökologisches Engagement“. Als Partner vor Ort böten die Stadtwerke nicht nur Energie zu fairen Preisen, sondern schlugen auch neue Wege hinsichtlich der Erzeugung Erneuerbarer Energien ein und übernahmen dabei Verantwortung für die Region. **DK**



Alexandra Englmaier-Manger, die Ehefrau des Geschäftsführers Dr. Florian Englmaier, besichtigt mit Bürgermeister Christian Kiendl und Landrätin Tanja Schweiger die Werkstatt der Stickerei-Leiterin Doreen Heidemüller (v. l.).

Fahnen Kössinger:

Blick hinter die Kulissen

Regensburgs Landrätin Tanja Schweiger besuchte die Werkstätten der Traditionsfirma

Tausende Stiche und eine Vielzahl weiterer Arbeitsschritte sind nötig, bis aus einem Stück Stoff das feierliche gestickte Aushängeschild eines Vereins wird. Landrätin Tanja Schweiger und Bürgermeister Christian Kiendl machten sich beim Besuch von Fahnen Kössinger selbst ein Bild vom Traditionshandwerk Fahnenstickerei.

Beim Besuch der Werkstätten in Schierling konnten sie aus nächster Nähe einen Eindruck davon erhalten, wie aus einem von Hand gezeichneten Entwurf eine neue Fahne wird oder wie aufwändig es ist, ein in die Jahre gekommenes Schmuckstück wieder zu restaurieren. „Es ist beeindruckend, wie hier Tradition gelebt wird“, sagte Landrätin Schweiger. „Gestickte Fahnen sind ein wichtiger Teil unserer Kultur.“

Mit feierlicher Musik holte die Musikkapelle Pleß ihre neue Fahne ab. Alle 35 Musiker des Vereins sowie mehrere Gäste kamen. „Wir sind sehr zufrieden mit der Herstellung der Fahne“, sagte Vorstand Gerhard Lentzschig. „Die Mitarbeiter waren immer da, wenn wir Fragen hatten.“ Die Freiwillige Feuerwehr Eschbach konnte zudem ihre restaurierte Fahne wieder in Empfang nehmen.

„Wir setzen auf den Landkreis Regensburg und den Standort Schierling“, sagte Fahnen-Kössinger-Geschäftsführer Florian Englmaier. Das mittelständische Traditionsunternehmen beschäftigt derzeit etwa 60 Mitarbeiter. Ab September kommen zwei Auszubildende dazu. „Für uns stehen Investitionen in die Zukunft an erster Stelle, und dazu

gehören in erster Linie gut ausgebildete Mitarbeiter“, sagte Englmaier. Auch neue Vertriebswege über das Internet werden im Moment entwickelt.

Fahnen Kössinger ist fest mit Schierling verbunden und ein Aushängeschild der Gemeinde. Zum Angebot des 1928 gegründeten Unternehmens gehören alle Arten von Fahnen, Fahnenmasten, Vereinsbedarf sowie Vereins- und Berufskleidung.

Die Fahnen Kössinger GmbH in Schierling (Bayern) ist der führende Hersteller von hochwertigen Vereinsfahnen im deutschsprachigen Raum. Zum Angebot des 1928 gegründeten Traditionsunternehmens mit etwa 60 Mitarbeitern gehören alle Arten von Fahnen, Fahnenmasten, Vereinsbedarf sowie Vereins- und Berufskleidung. Neben der Bestückung von Fahnen finden alle gängigen Druckarten (vor allem Sieb- und Digitaldruck) Anwendung. Im Bereich der textilen Werbung kann damit ein umfassendes Spektrum für die optimale Präsentation von Unternehmen, Produkten und Marken angeboten werden. Zum breiten Kundenstamm zählen namhafte Adressen aus Industrie, Gewerbe und dem öffentlichen Sektor, sowie eine Vielzahl von Vereinen. □

Windkraft im „Naturpark Bayerischer Odenwald“:

„Ja“ zum Zonierungskonzept

Einen Monat lang können nun Gegenargumente erhoben werden

Würzburg. Windkraft wird im „Naturpark Bayerischer Odenwald“ künftig womöglich kein Tabu mehr sein. Gegen zwei Stimmen leitete der Bezirkstag von Unterfranken in einer Sondersitzung nach mehr als zweistündiger Debatte das Verfahren zur Veränderung der Landschaftsschutzgebietsverordnung ein. Einen Monat lang werden Gemeinden und Bürger ihre Einwände gegen den Entwurf vorbringen können. Danach wird definitiv über eine Änderung der Verordnung beschlossen.

Seit mehr als zwei Jahren beschäftigt sich der Bezirk mit der Frage, ob Windkraft in unterfränkischen Landschaftsschutzgebieten zugelassen werden soll und, falls ja, auf welchen Flächen dies in Zukunft erlaubt wird. Zunächst wurde die Regierung von Unterfranken mit einer Vorprüfung des Naturparks Bayerischer Odenwald beauftragt. Die kam zum Ergebnis, dass 15 Zonen mit einer Gesamtfläche von rund 4.850 Hektar für Windkraft geeignet wären. Daraufhin wurde ein Fachbüro mit der Detailanalyse beauftragt. Die ergab, dass unter Berücksichtigung aller Kriterien weniger als die Hälfte der Gesamtfläche in zwölf Zonen für Windkraft in Frage kommt.

Seit kurzem nun regt sich heftiger Protest gegen das Zonierungskonzept. Was die Bezirksräte im Vorfeld der Sondersitzung deutlich zu spüren bekamen. „Wir erhielten mehrfach Anrufe und Mails“, so Grünen-Bezirksrätin Bärbel Imhof aus Lohr. Sie fasste die elf wichtigsten Einwände in einem Fragenkatalog mit elf Punkten zusammen, der im Bezirkstag erörtert wurde. Fachleute von der Regierung von Unterfranken sowie Landschaftsplaner Anton Pirkl vom Fachbüro, das die Detailanalyse erstellte, konnten die meisten Befürchtungen entkräften.

So regten sich bei den Windkraftgegnern Zweifel an den Daten zum Kriterium „Arten-

Tourismustag der Region Passau:

Daheim unterwegs

Heimat erleben, Heimat kennenlernen, von der Heimat begeistert sein: Dies waren die wesentlichen Ziele des Tages des Tourismus 2015, einer gemeinsamen Initiative von Stadt und Landkreis Passau. Unter dem Motto „Daheim unterwegs“ richtete sich der Aktionstag sowohl an Einheimische als auch Gäste.

Rund 20 Freizeiteinrichtungen und Museen nahmen am Aktionstag teil und warteten mit Ermäßigungen von 50 Prozent und mehr auf. Wie reich und vielfältig sich das Angebot gestaltete, zeigte sich gleich bei der Auftaktveranstaltung im Kloster Schweikberg, das mit dem Schwarzafrikamuseum ein einzigartiges Juwel beherbergt.

Entstanden ist dieses Museum durch Objekte aus dem schon seit vielen Jahrzehnten bestehenden Missionsmuseum, die sämtlich aus „Mitbringsel“ von heimkehrenden Missionaren aus Ost- und Südafrika stammen. Erst in den vergangenen Jahren wurde die Kollektion durch Geschenke von Gönnern und Erwerbungen aus Privatsammlungen derart erweitert, dass das Schwarzafrikamuseum heute als größtes Museum für afrikanische Kunst und Völkerkunde im süddeutschen Raum gelten kann. Hinzu kommen neue Übernachtungsmöglichkeiten und damit noch zusätzliche

Attraktivität als touristischer und meditativer Anziehungspunkt.

Vor diesem Hintergrund unterstrich Landrat Franz Meyer, dass erfolgreiche Tourismusarbeit auf viele Säulen baue. Wie tragfähig diese im Passauer Land sind, bewiesen die Zahlen der Saison 2014 eindrucksvoll: Mit fast 4.665.000 Übernachtungen verzeichne der Landkreis Passau ein Plus von 0,8 Prozent gegenüber 2013 und rangiere als Tourismusregion in Bayern an dritter Stelle nach der Landeshauptstadt München und dem Landkreis Oberallgäu. In Niederbayern stehe der Landkreis nach wie vor mit weitem Abstand an der Spitze.

Besonders erfreulich stelle sich die Zahl der Gästeankünfte dar, die sich um 3,5 Prozent auf 796.233 erhöht hat. „Damit ist der Landkreis Passau mit einer durchschnittlichen Aufenthaltsdauer von 5,4 Tagen erneut Primus im Freistaat, der bayerische Schnitt liegt hier bei 2,6 Tagen“, so der Landrat.

Meyer zufolge kommt dieser

Erfolg nicht von ungefähr, sondern ist das Ergebnis von Kreativität, Engagement und Unternehmerrgeist. 2010 bereits habe das Bayerische Wirtschaftsministerium den „Tag des Tourismus“ als vorbildliches Projekt der Zusam-

menarbeit Stadt-Land ausgezeichnet.

„Für mich ist diese Aktion ein starkes Zeichen einer starken Allianz, in der wir uns als große gemeinsame Tourismusregion begreifen“, machte Meyer deutlich und ergänzte: „Dieser Tag ist längst zur festen Einrichtung und zur festen Größe im touristischen Jahresprogramm geworden.“ Die Beteiligten setzten Zeichen für einen innovativen und zukunftsgerichteten Tourismus. **DK**

Sonderausstellung „Wasserspiele“ in Augsburg:

Marionetten als Kulturbotschafter

Was wäre Augsburg ohne die Augsburger Puppenkiste? Oder die Augsburger Puppenkiste ohne Augsburg? Mit der Sonderausstellung „Wasserspiele“ kommt diese Symbiose eindrucksvoll zum Ausdruck.

Das Augsburger Puppentheatermuseum „die Kiste“ verbindet viele Geschichten und Märchen der Augsburger Puppenkiste rund um das Thema Wasser mit den Sehenswürdigkeiten der historischen Wasserwirtschaft Augsburgs.

So erklärt zum Beispiel „Der kleine Wassermann“ die Funktion des Wasserrades oder die der Wassertürme am Roten Tor, „Kaiser Augustus“ erzählt von der römischen Wasserversorgung und „Monty Spinnerratz“ ist nicht nur im New Yorker Kanalsystem aktiv, sondern erforscht auch das Abwassersystem der Stadt Augsburg. Die Schildbürger erfahren auf der Suche nach ihrer versenkten Glocke viel über die Trinkwassergewinnung im Siebentischwald.

Zahlreiche Leihgaben und Anschauungsobjekte

Die Sonderausstellung „Wasserspiele“ lebt nicht nur von den Marionetten der Augsburger Puppenkiste, sondern auch durch Leihgaben anderer bekannter Puppentheater und insbesondere durch die Anschauungsobjekte, die das Tiefbauamt der Stadt Augsburg, die Stadtwerke und die Kunstsammlungen und Museen Augsburg der „Kiste“ zur Verfügung gestellt haben.

Vielfältige Workshops rund um's Wasser

Wie immer wird auch dieses Ausstellungsthema mit kindgerechten Workshops umrahmt. So kann man „Ein Aquarium für's

Kinderzimmer“ bauen, mit dem Lehrstuhl für Grundschulpädagogik und -didaktik der Universität Augsburg „erstaunliche Experimente mit Wasser“ machen und wie man „Wasserkraft gekonnt nutzt“ erfährt man von Professor Sperrmüller.

Wasserspiele und Wassergeschichten zum Zuhören und Mitmachen

Anlässlich der Sonderausstellung „Wasserspiele“ hat die Dresdner Sprecherin und Moderatorin Ines Hommann für die kleinen und großen Hörer die Grimmschen Hausmärchen „Der Froschkönig“, „Das Wasser des Lebens“ und „Die Wassernixe“ mitgebracht. Dazu erzählt sie eine wahre Geschichte über die Entstehung der Hausmärchen der Brüder Grimm und lädt alle Kinder zu kleinen Märchenrätselspielen ein.

In einer weiteren Vorlese- und Mitmachgeschichte lauschen die Kinder Auszüge aus der Kindergeschichte „Der Löwenbrunnen“. Sie erleben mit den vier Helden der Erzählung spannende Abenteuer und dürfen bei einigen Kapiteln sogar mitspielen.

Durch die gelungene Verknüpfung von Geschichten und Märchen rund um das Thema Wasser und der Augsburger Wasserwirtschaft wird die Ausstellung „Wasserspiele“ ein Erlebnis für die ganze Familie.

Die Sonderausstellung „Wasserspiele - Marionetten als Kulturbotschafter“ wurde mit der Schirmherrschaft der Deutschen UNESCO Kommission bedacht. □

Landkreis Schweinfurt:

Energietage für die Region

Die Mainbogengemeinden Gochsheim, Grafenrheinfeld, Grettstadt, Rötthlein, Schwebheim und Sennfeld luden bereits zum 5. Mal zu den Regionalen Energietagen in die Frankenhalle Sennfeld ein.

Die Besucher erhielten Informationen über erneuerbare Energien, Solartechnik, Photovoltaik, Erdwärme, Dämmung/Isolation, neueste Heiztechniken, Wasserversorgung, Energieberatung, Finanzierung und Förderung. Dafür standen 22 Aussteller aus dem Landkreis Schweinfurt, der Stadt Schweinfurt und darüber hinaus sowie eine Ausstellung der Regierung von Unterfranken zum Thema Energiewende bereit.

Schwerpunkt dieser Ausstellung war die Umsetzung des „Bayerischen Energie-3-Sprungs“ mit den Themenbereichen „Energiebedarf senken“, „Energieeffizienz steigern“ und „Erneuerbare Energien ausbauen“. Gezeigt wurden unter anderem Module zur Windenergie, energieeffiziente Beleuchtungssysteme sowie Fenster und hoch gedämmte Hauswandmodelle. Diese Ausstellung wurde vom Bayerischen Landesamt für Umwelt entwickelt und vom Bayerischen Wirtschaftsministerium finanziert.

Auf der Agenda der Regionalen Energietage standen zudem Fachvorträge über die Notwendigkeit der Energiewende im Fokus der ländlichen Entwicklung sowie über konkrete Beispiele für Energiesparen im Haushalt. Den Standpunkt des Landkreises zur Stromtrasse erläuterte Landrat Florian Töpfer in seiner Eröffnungsansprache. Der ehemalige Bundestagsabgeordnete Hans-Josef Fell referierte seinerseits zum Thema „Erneuerbare Energien – Die Lösung für Energiesicherheit und Klimaschutz“. **DK**

sind, und alle, die noch kommen werden“, unterstrich auch CSU-Fraktionsvorsitzender Peter Motsch (CSU). Nach der einmonatigen Anhörung werden alle Gegenargumente von der Regierung von Unterfranken aufgearbeitet. Dotzel: „Auf dieser Grundlage werden wir entscheiden, ob wir die Einsprüche anerkennen oder die Verordnung unverändert in Kraft setzen.“

Gemeinden entscheiden

Mehrfach betonten die Bezirksräte, dass der Entwurf der Änderungsverordnung noch lange nicht bedeutet, dass sich im Naturpark tatsächlich Windräder drehen werden. „Es bleibt den Gemeinden überlassen, im Wege der eigenen Bauleitplanung im Gemeindegebiet Zonen auszuweisen“, betonte Thomas Schiebel, Landrat von Main-Spessart, der für die Freien Wähler im Bezirkstag sitzt. Das sollten sie auch „möglichst schnell angehen“. Genehmigt werden müssen die Anlagen dann von den Landratsämtern.

Ungeordneter Ausbau

Schiebel wies weiter darauf hin, dass sich der Bezirk das

Thema „Windkraft“ nicht selbst ausgesucht habe. Regionale Planungsverbände, Gemeinden und Bürger seien auf das Gremium zugekommen, nachdem allein der Bezirk Landschaftsschutzgebietsverordnungen ändern kann. Würde er die Änderung ablehnen und kein Zonierungskonzept zur Debatte stellen, bestünde die Gefahr eines ungeordneten Ausbaus der Windkraft im Odenwald: „Dann kann es passieren, dass Teilstücke aus dem Landschaftsschutzgebiet herausgenommen werden. Das ist für mich der schlechtere Weg.“

Mengenbeschränkung

Das im Bezirkstag diskutierte Zonierungskonzept enthält keine Angaben darüber, wie viele Windkraftanlagen in den zwölf Zonen maximal aufgestellt werden können. „Dies zu prüfen, war nicht unsere Aufgabe“, erklärte Planer Pirkl. Aus diesem Grund konnte die Frage nach einer möglichen „Umzingelung“ einzelner Ortschaften bisher noch nicht erörtert werden.

Keine Zustimmung fand das Zonierungskonzept bei Adelheid Zimmermann, Vertreterin der FDP aus Bad Brückenau, sowie

bei CSU-Bezirksrat Johannes Sitter (Gräfendorf in Main-Spessart). Für ihn ist noch lange nicht erwiesen, dass die Windkraft einen positiven Beitrag zur Energiewende leistet. Ähnliche Zweifel hegt Thomas Habermann, CSU-Landrat aus Rhön-Grabfeld. „Niemand weiß, ob Windkraft im Naturpark Odenwald die Voraussetzung dafür ist, dass die Energiewende gelingt“, meinte er. Zugleich kritisierte er, dass es kein deutschlandweites Konzept zur Energiewende gibt: „Niemand hat es bisher geschafft, aufzuzeigen, welche Voraussetzungen wir aus technischer und wissenschaftlicher Sicht dafür brauchen.“

Lebensumfeld

Windkraft beeinträchtigt natürlich das Lebensumfeld der Menschen in erheblichem Maße, so der Landrat: „Deshalb verstehe ich auch die Einwände der Bürger aus Rüdenu.“ Öhnehin stünden in Unterfranken deutlich mehr Windräder als in anderen Regionen Bayerns. Dennoch stimmt Habermann für den Entwurf der Veränderungsverordnung: „Aus Gründen des Respekts gegenüber den Planungsträgern.“ **Pat Christ**

25 Jahre Fränkisches Freilandmuseum Fladungen

Zu einer Zeitreise in die Vergangenheit laden heuer nach einem Vierteljahrhundert Aufbauarbeit rund 20 Bauernhäuser, Wirtschaftsgebäude und Bauten der Dorfgemeinschaft in das Freilandmuseum Fladungen ein. Sie zeigen anschaulich, wie die Vorfahren in Unterfranken sowie angrenzenden Gebieten früher gelebt und gewirtschaftet haben.

Belebt wird das am 30.9.1990 eröffnete Freilandmuseum durch alte Nutztierställe, die hier ihr Zuhause gefunden haben sowie durch Sonderausstellungen, Handwerksvorführungen, Aktionen und Feste. Zum Jubiläum gibt es monatliche Sonderveranstaltungen, die jeweils einem Kernthema gewidmet sind. Auf dem Programm steht auch das Museumsfest, bei dem jeder, der in diesem Jahr 25 Jahre alt wird, freien Eintritt hat.

Ganz im Zeichen leblicher Genüsse stand das Freilandmuseum zum Saisonstart im April. Zum Auftakt war dort der historische Backofen in Betrieb. Über Ostern folgten „Aktionen rund ums Ei“ und kurz darauf die Eröffnung des Nordheimer „Kalthauses“ mit seinem einzigartigen Karussell zur Kühlung von Lebensmitteln.

Historisches „Kalthaus“

In den 1950er Jahren gab es Gefrieranlagen in beinahe jedem Dorf, mittlerweile findet man sie kaum noch - und sie sind stark in ihrem Bestand gefährdet. So stellte das Angebot der Gemeinde Nordheim an den Zweckverband Fränkisches Freilandmuseum zur Übernahme ihres „Kalthauses“ einen besonderen Glücksfall dar. Denn es war bis zum 31.12.2009 funktionsfähig und seit seiner Erbauung kaum verändert worden. In seiner Vollständigkeit dürfte es unterfränkisch einer der letzten Vertreter dieses Funktionstyps sein.

Die Übertragung des Kühlhauses im Ganzen auf das Museums Gelände ist eine Meisterleistung aller Beteiligten und wiederum ein Glücksfall für das Freilandmuseum. Denn durch diese Verwertungsmethode war es möglich, die Originalbausubstanz der 1950er Jahre einschließlich sämtlicher Oberflächen und Materialien zu erhalten. Alles blieb so, wie es am alten Standort war. Die Kosten für das Projekt belaufen sich auf rund 280.000 Euro. An der Finanzierung beteiligte sich die Landesstelle für die nichtstaatlichen Museen in Bayern mit 35.000 Euro und die Bayerische Landesstiftung mit 30.000 Euro.

„Diese Gefrieranlagen prägten nicht nur das Ortsbild vieler Dörfer, sondern stehen für eine kurze, aber wichtige Modernisierungsphase in der Entwicklung des Dorflebens in Unterfranken. Sie sind aber auch Zeugnis des dörflichen, gemeinschaftlich ausgerichteten Wirtschaftslebens der 1950er und 1960er Jahre“, erläutert Landrat Thomas Habermann. Daher, so der Zweckverbandsvorsitzende, verdiene das Nordheimer Kühlhaus zu Recht einen Platz in einem unterfränkischen Museum für dörfliche Kultur.

Der Mai wird mit einem „Technik-Tag“ (3.5.) begangen. Nicht nur Errungenschaften auf dem Gebiet der Landwirtschaft werden den Besuchern vorgeführt, sondern auch Entwicklungen im Bereich der Eisenbahn. Das Beispiel „Rhön-Zügle“ macht deutlich, wie stark das neue Verkehrs- und Transportmittel den Alltag der Landbevölkerung einst veränderte. Im Juni wird mit dem „Tag der alten Haustierrassen“ (14.6.) das Thema Tiere in den Vordergrund gerückt. Zusammen mit dem „Naturpark und Biosphärenreservat Bayerische Rhön e.V.“ und weiteren Partnern informiert das Museum über das Rhönfleisch

und viele weitere Nutztierställe, die fast schon in Vergessenheit geraten sind.

Dem Thema ländliche Kleidung ist der Juli gewidmet. Der Infotag „Trag mal Tracht“ (12.7.) soll vor allem jungen Leuten zeigen, wie attraktiv und alltagstauglich erneuerte fränkische Tracht sein kann. Im August wiederum wird Rückschau auf die vergangenen 25 Jahre gehalten. Das große Museumsfest (29.8./30.8.) am

Landkreis Fürstfeldbruck:

Ehrenamtskoordination im Bereich Asyl

Dem Landkreis FFB sind aktuell rund 740 Personen zur dezentralen Unterbringung zugewiesen. Darüber hinaus sind in der Außenstelle der Erstaufnahmeeinrichtung im Fliegerhorst circa 560 und in Germering rund 70 Personen untergebracht. Die Betreuung der Asylbewerber und Asylbewerberinnen ist fachlich und strukturell aufgeteilt, um die personellen und finanziellen Ressourcen möglichst effizient zu verwenden.

Der Landkreis hat für alle Objekte Außendienstmitarbeiter angestellt. Deren Aufgabe ist die Hausverwaltung und Objektbetreuung, die soziale Betreuung gehört nicht dazu, wengleich sie sich in der Praxis - auch - um viele der alltäglichen Belange der Asylbewerber kümmern.

sind beispielsweise nicht gedeckte Sach- und insbesondere Fahrtkosten, die bei der Asylsozialberatung bei dezentraler Unterbringung in großem Umfang anfallen, sowie die Finanzierung von Deutschkursen.

Im Landkreis Fürstfeldbruck gibt es derzeit 15 Asylbe-



Im Bild (v. l.): Helmuth Stolle (Bürgerstiftung für den Landkreis FFB), Landrat Thomas Karmasin, Dieter Müller (Amt für Soziales), Susanne Pütz (Brucker Forum), Wolfgang Schachtner (Stiftung der Sparkasse FFB), Christine Höppner (Brucker Forum), Andrea Gummer und Claudia Ramming (beide Caritas). Bild: Landratsamt Fürstfeldbruck

Die eigentliche soziale Betreuung insbesondere im Hinblick auf berufliche, soziale und schulische Integration, Akzeptanz bei den Bürgern im Landkreis sowie den Selbsthilfepotential der Asylbewerber hat im Landkreis Fürstfeldbruck in erster Linie die Caritas übernommen; hier kümmern sich Sozialpädagogen auch um die spezifischen Bedürfnisse Einzelner.

Die Caritas ist bereits seit vielen Jahren im Bereich der Asylsozialbetreuung im Landkreis aktiv. Der Landkreis erbringt in diesem Zusammenhang seit 2013 freiwillige finanzielle Leistungen für die direkte Betreuung von Asylbewerbern unabhängig von der Form ihrer Unterbringung. Da in diesem Bereich die finanzielle Förderung der Asylsozialberatung durch den Freistaat Bayern wesentlich erhöht wurde, ist eine Änderung der Förderstruktur des Landkreises im Bereich der Asylsozialbetreuung geplant.

Der Landkreis beabsichtigt, sich in den Bereichen unterstützend zu engagieren, die von der staatlichen Förderung weniger berücksichtigt werden, sich aber gleichwohl vor Ort als äußerst wichtig erwiesen haben. Dies

werberhelferkreise und sehr viele weitere ehrenamtliche Akteure in der Betreuung und Versorgung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern. Neben den Wohlfahrtsverbänden und Einrichtungen der Kirchen gibt es in Städten und Gemeinden eine Vielzahl an Helfer-, Unterstützer- und Arbeitskreisen und andere private Initiativen. Eine hauptamtliche Stelle zur Koordination des ehrenamtlichen Engagements, das hier im Landkreis beeindruckend groß ist, ist sehr sinnvoll. Wie sich in der praktischen Arbeit zeigt, besteht großer Bedarf an Koordinierung und struktureller Unterstützung für den ehrenamtlichen Bereich. Der Landkreis Fürstfeldbruck wird daher entsprechende Tätigkeiten der Caritas für den Bereich der Koordinierung des ehrenamtlichen Engagements finanziell unterstützen.

Ein Unterstützungsbedarf zeigt sich auch bei der Begleitung und Unterstützung der zahlreichen ehrenamtlichen Sprachpaten im Landkreis und der (begrenzten) Durchführung von hauptamtlich geleiteten Deutschkursen. Derzeit gibt es schon einige Fortbildungsangebote für Ehrenamtliche, die ausgeweitet und regelmäßig ange-

der Jubiläumssaison steht die „Eröffnung der Büttnerie aus Sulzthal“ (11.10.) auf dem Programm. Das Gebäude wird samt eingerichteter Werkstatt der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Während der gesamten Museumssaison ist die Sonderausstellung „Griffel, Füller, Tintenkiller - Volksschulen im ländlichen Bayern 1945 bis 1970“ geöffnet. Was zuweilen aus der Rückschau idyllisch erscheint, barg in den 1960er Jahren jede Menge bildungspolitischen Sprengstoff. Es folgte ein beispielloser Aufbruch in die Moderne. Die Schule im eigenen Dorf gab es bald nicht mehr - es kam die Verbandsschule, die mehrere Schulen der umliegenden Dörfer zusammenfasste. Auch die Gegenstände, die Schüler und Lehrer täglich umgaben, wandelten sich sehr. Die Sonderausstellung stellt die Bandbreite und das Ausmaß dieses enormen Wandlungsprozesses vor. **DK**

„Haus und Handwerk“

Was brauche ich - außer gutem Wetter - für eine reiche Ernte? Diese Frage wird am 27. September beantwortet. Anhand der Museumsgärten und Streuobstwiesen erfahren Interessierte, wie Beete angelegt und Früchte verarbeitet werden. Das Thema „Haus und Handwerk“ rückt im Oktober in den Blickpunkt. Zum Abschluss

boten werden sollen wie z.B. Praxiskurse, Deutsch als Fremdsprache zu unterrichten (in Kooperation mit der Bürgerstiftung) oder Workshops zum Thema „Interkulturelle Kommunikation“. Darüber hinaus ist geplant, regelmäßige Austausch- und Vernetzungstreffen im „Kolleginnenkreis“ wie auch Angebote zum Thema Gesunderhaltung und Abgrenzung im Ehrenamt anzubieten.

Deutschkurse

Auch das Angebot der Deutschkurse unter der Leitung hauptamtlicher Lehrkräfte soll bei Bedarf ergänzt und erweitert werden, soweit Mittel dafür vorhanden sind, auch ist geplant, bei Bedarf Frauenkurse mit Kinderbetreuung aufzustellen. Priorität hat aber die Koordination des ehrenamtlichen Angebots.

Es wird deshalb dem Kreis Ausschuss zur Kenntnis gegeben, dass der Landkreis das Brucker Forum - Kath. Erwachsenenbildung im Landkreis Fürstfeldbruck e.V. - in seinem Engagement, im Bereich Deutschkurse und Ehrenamtskoordination finanziell unterstützen wird. **DK**

LEW Energieeffizienzpreis 2015:

Umwelt- und Klimaschutz im Sportverein

Der Bayerische Landes-Sportverband (BLSV) und die Lechwerke AG (LEW) haben die Sieger des LEW Energieeffizienzpreises gekürt. Der SV „Pfeil“ Burk, der TSV Perching-Hadorf und der SSV Höchstädt erhalten Preisgelder in Höhe von insgesamt 7.500 Euro, die zweckgebunden für weitere Maßnahmen an den vereinseigenen Sportstätten in den Bereichen Energieeffizienz und Klimaschutz genutzt werden. 2015 riefen LEW und der BLSV den Wettbewerb bereits zum vierten Mal aus. Gemeinsames Ziel ist die Verbesserung der Energie- und Ressourcenbilanz von Sportstätten in Bayern.

Im Rahmen der BLSV-Fachmesse „bau@bbsv“ in Ingolstadt gratulierten BLSV-Vizepräsident Jörg Ammon und LEW-Vorstandsmitglied Norbert Schürmann den Siegern des Wettbewerbs. 80 Sportvereine aus ganz Bayern nahmen 2015 am Wettbewerb teil und bewarben sich um den LEW Energieeffizienzpreis. Das spricht für ein stetig wachsendes Verständnis der Vereine für Klimaschutz, Energieeffizienz sowie Ressourcenoptimierung. Die Jury, bestehend aus Vertretern der Obersten Baubehörde im Bayerischen Innenministerium, des BLSV und einem Energieexperten der Lechwerke, wählte die überzeugendsten Maßnahmen aus.

„Damit die Energiewende in der Region weiter vorankommt, investieren die Lechwerke viel in den Ausbau und die Erneuerung des

Gleichstrompassage Süd-Ost

Ministerpräsident Horst Seehofer antwortet den beiden Landräten Leo Schrell (Dillingen) und Stefan Rößle (Donau-Ries)

Ohne ein zukunftsfähiges und mit den Zielen der deutschen Energiepolitik kompatibles Konzept für die konventionelle Stromerzeugung in Deutschland und Bayern kann über Stromnetze nicht entschieden werden, da der Bedarf an neuen Leitungen ganz entscheidend davon abhängt, wo Strom produziert wird. Dies hat der Bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer in einem Antwortschreiben an die beiden Landräte Leo Schrell (Dillingen) und Stefan Rößle (Donau-Ries) zum Ausdruck gebracht und gleichzeitig hinzugefügt, dass Bayern beim Bund darauf pochen wird, dass alle Entscheidungen im Gesamtzusammenhang verhandelt und entschieden werden.

Schrell und Rößle hatten sich zu Beginn des Jahres vor dem Hintergrund des seinerzeit laufenden Energiedialogs sowohl an Seehofer als auch an die bayerische Wirtschaftsministerin Ilse Aigner gewandt und beide um Unterstützung im Widerstand gegen einen geplanten Verlauf der Gleichstrompassage Süd-Ost quer durch die beiden Landkreise Donau-Ries und Dillingen gebeten.

Die beiden Landräte begründeten ihre ablehnende Haltung damit, dass vor mehr als drei Jahrzehnten der Bau der Bundesautobahn A 7 durch Teile der beiden Landkreise u.a. an stichhaltigen Belangen des Natur- und Landschaftsschutzes gescheitert seien. „Der Bau einer Stromtrasse durch hochsensible Landschaftsteile würde wertvollste zusammenhängende Ökosysteme durchschneiden und zu schweren Eingriffen führen, die nicht ausgeglichen werden könnten“, betonen Schrell und Rößle übereinstimmend. Beide sprechen sich auch nach dem Energiedialog eindeutig gegen den Verlauf der Stromtrasse durch Nordschwaben aus und fordern, falls sich die Notwendigkeit weiterer Trassen in den laufenden Konsultationen überhaupt bestätigen sollte, eine Bündelung mit vorhandener Infrastruktur wie beispielsweise mit Autobahnen. Zudem sollte die Nutzung bestehender Stromtrassen sowie die Erdverkabelung einer vertieften Prüfung unterzogen werden.

Auch Ministerpräsident Horst Seehofer sieht in neuen Stromtrassen einen empfindlichen Eingriff in Landschaft und Lebensumfeld der Menschen. In seinem Schreiben an die beiden Landräte führt

er aus: „Zu Recht weisen Sie auf den hohen Wert des nordschwäbischen Kultur- und Naturraumes hin. Derartige Belastungen sind nur vertretbar, wenn ihre unbedingte Notwendigkeit erwiesen ist“. Seehofer hat Schrell und Rößle zudem versichert, dass sich die Staatsregierung in Berlin mit Nachdruck in diesem Sinne einsetzen werde und eine Verständigung mit dem Bund im Laufe des Jahres anstrebe. Dabei ist für Seehofer die entscheidende Frage, wie in Deutschland nach Abschalten der Kernkraftwerke im Jahr 2022 die konventionelle Energieerzeugung sichergestellt werden kann. **DK**

BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPv in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rößle

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Jakob Döring

Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Jörg Kunstmann (KPv)

Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertrieb:

Constanze von Hassel (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 49 vom 01.01.2015

Anzeigenschlusstermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:

Theresa von Hassel (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Kreis- und Stadtparkasse Dillingen

IBAN: DE 3872 2515 2000 1002 1566

BIC: BYLADEMI3311

VR Bank Kaufbeuren-Ostallgäu eG

IBAN: DE 9673 4600 4600 0014 4320

BIC: GENODEF1KFB

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerinnen:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Theresa von Hassel

Druck und Auslieferung:

Presse Druck Oberfranken GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 11, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Oberpfälzischer Integrationspreis 2015:

Kontakte knüpfen, Barrieren abbauen

Im Rahmen einer Feierstunde würdigte der oberpfälzische Regierungspräsident Axel Bartelt in Regensburg die Sieger der „Aktion Integration“. Geehrt wurden insgesamt sieben Oberpfälzer Preisträger, die die Integration nachhaltig und erfolgreich unterstützen und in besonderer Weise fördern.

Das Preisgeld belief sich auf insgesamt 5.000 Euro. Neben der Pfarrei St. Andreas Schwandorf wurden die Clermont-Ferrand-Mittelschule, der Club „Kinderwelt“ die Studenteninitiative „uM die ecKe“ und die Tanzschule Expressia (alle Regensburg), die CJD Neumarkt, der Jugendmigrationsdienst Neumarkt/Roth und der Arbeitskreis Asyl Weiden e.V. ausgezeichnet.

Viele Bewerbungen

„Die Vielzahl an Bewerbungen zeigt, dass Integration in der Oberpfalz nicht nur ein Wort ist, sondern aktiv gelebt wird“, betonte Bartelt. Gerade in Zeiten, in denen tausende Menschen in Deutschland Zuflucht suchen, sei es wichtiger denn je, diesen Menschen eine neue Heimat zu geben und sie bestmöglich in die Gesellschaft zu integrieren. Integration sei keine Frage des Alters, sondern betreffe alle. Hervorzuheben sei besonders das Engagement von Kindern und Jugendlichen, so der Regierungspräsident.

Der erste Preis ging an die Studenteninitiative „uM die ecKe!“ Universität Regensburg, einem zehnköpfigen, multikulturellen/internationalen Organisationssteam, bestehend aus Studentinnen und Studenten internationaler Studiengänge. Durch seine kostenlosen Aktivitäten wie dem „Sprachcafé“ und dem „Buddy-Programm“ werden nicht nur internationale Kontakte geknüpft und soziale Integration erreicht, sondern auch Sprach- und Kulturkenntnisse gefördert. Die Aktivitäten im Sprachcafé sprechen Personen jeden Alters und jeder Herkunft an. Das Sprachspektrum ist groß, es umfasst über 20 Sprachen oder Dialekte.

Tandem im „Buddy-Programm“

Im Rahmen des Buddy-Programms wird wiederum ein „Tandem“ gebildet, bei dem ein deutscher Muttersprachler als „Buddy“ (sprich Kumpel) einen anderen Studenten mit Deutsch als Fremdsprache im (Uni)Alltag begleitet und unterstützt. Dabei profitieren beide Seiten.

Den zweiten Preis erhielt die Pfarrgemeinde St. Andreas in Fronberg in Schwandorf. Mit zahlreichen ehrenamtlichen Helfern hat sie sich weit über das normale Maß hinaus für die Integration der drei syrischen Familien, die im Übergangswohnheim in Fronberg seit Dezember 2013 bzw. Januar 2014 wohnen, engagiert. Um den Familien in Schwandorf eine neue Heimat zu geben, haben sie nicht nur zusätzliche Möbel beschafft, Fahrdienste eingerichtet und Sachspenden gesammelt, sondern die Menschen vor allem mit offenen Armen empfangen. Die Unterstützung bei Arztbesuchen, Behördengängen, der Schulanmeldung und beim Erlernen der deutschen Sprache und den Hausaufgaben erleichterte ihnen die Eingewöhnung in dem fremden Land.

Mit dem dritten Preis bedacht wurde der Club „Kinderwelt“ Regensburg, dessen Hauptaugenmerk in der Sprachförderung, der Schaffung einer kulturbindenden Plattform für Kinder mit russischsprachigem Migrationshintergrund und der frühkindlichen Förderung unter Berücksichtigung der zweisprachigen Erzie-

hung liegt. Neben der Sprachförderung sollen die Kinder spielerisch an die Schule herangeführt und vorbereitet werden.

Das Angebot umfasst verschiedenste Kurse, gestuft nach dem Alter und unter Einbeziehung der soziokulturellen, psychomotorischen, der kognitiven und der sprachlichen Entwicklung. Zusätzlich gibt es beispielsweise eine Mutter-Kind-Gruppe, einen Kurs „Happy English“ mit drei Gruppen, einen Entspannungs- und Konzentrationskurs sowie einen Bastel- und Malkurs.

Der 1. Anerkennungspreis ging an Terre des hommes und Arbeitskreis Asyl, Weiden. Seit mehr als 27 Jahren bemüht sich dieser um die Lebenssituation von Flüchtlings- und Migrantenkindern. Mit dem Angebot einer täglichen umfassenden und gezielten Hausaufgabenhilfe für derzeit rund 220 Schülerinnen und Schüler und der damit verbundenen sozialpädagogischen Betreuung leistet das Projekt einen Beitrag zur Verbesserung der Integration junger Menschen in das bayerische Schulsystem und in die deutsche Gesellschaft. Dabei wird der Vermittlung der deutschen Sprache als Grundstein erfolgreicher Integrationsarbeit überragende Bedeutung beigegeben. Die soziale Integration der Kinder und Jugendlichen spielt jedoch eine ebenso wichtige Rolle und wird durch Freizeitaktivitäten gefördert.

Die Tanzschule Expressia, Neutraubling, wurde mit dem zweiten Anerkennungspreis geehrt. Die Tanzgruppen bestehen aus Kindern mit vor allem russischem Migrationshintergrund und deutschen Kindern, die die Freude am gemeinsamen Tanzen und der Bewegung teilen. Durch die Kurse und gemeinsamen Auftritte werden nicht nur die Kinder,

sondern die gesamten Familien dazu motiviert, aktiv am gesellschaftlichen Leben in der Stadt und im Landkreis teilzunehmen.

Mit dem 3. Anerkennungspreis gewürdigt wurde die Jugendorganisation des Fördervereins „Jedem seine Chance“, Neumarkt, bestehend aus zwölf Mädchen zwischen 16 und 20 Jahren, die zum Teil selbst einen Migrationshintergrund haben. Die Gründung der Jugendabteilung wurde von den Jugendlichen in Eigeninitiative bewerkstelligt. Durch ihre eigenen Erfahrungen wollen die Mitglieder jungen Menschen mit Migrationshintergrund helfen, sich in der neuen Heimat besser zurechtzufinden. Dabei setzen sich die Jugendlichen für Migrantenkinder ein, indem sie Unterstützung in Form von Hausaufgabenhilfe und Deutschübungsgespräche anbieten und daneben Freizeitaktivitäten veranstalten.

Den 4. Anerkennungspreis erhielt die Clermont-Ferrand-Mittelschule Regensburg Projekt: „miteinandR-Garten“, ins Leben gerufen in Kooperation mit der Integrationsstelle der Stadt Regensburg und dem Stadtgartenamt. Beteiligt sind neben der Schule und der Stadt auch der Kleingartenverein, die Städtische Berufsschule II für Bau- und Holztechnik, die BayWa-Stiftung und das Schulamt. Im miteinandR-Garten können die Übergangsklassen der Clermont-Ferrand-Mittelschule auf zwei Gartenparzellen in einer Kleingartenanlage einen Unterricht anderer Art erleben. In erster Linie sollen die Schüler dieser Klassen Deutsch erlernen. Es gilt, Schüler aus 15 verschiedenen Nationen zu unterrichten.

Ziele sind dabei die anwendungsbezogene Vermittlung der deutschen Sprache und die Förderung des Teamgeistes. Die Schüler profitieren nicht erst vom fertigen Garten, sondern können bereits bei der Planung einbezogen werden. Holzblockhütten sollen gebaut, Gartenbeete und ein

Forschungs-Praxis-Projekt:

Willkommenskultur in ländlichen Regionen

Bayerische Modellkommune: Bad Kissingen

Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und des sich abzeichnenden Fachkräftemangels haben die Themen Zuwanderung und Integration in Kommunen des ländlichen Raums an Bedeutung gewonnen. So lassen sich in entwicklungsstrategische Planungen auch Elemente einbauen, die die Attraktivität der Stadt für Menschen mit Migrationshintergrund steigern.

In Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, dem Deutschen Städte- und Gemeindebund und dem Deutschen Landkreistag sowie dem Hessischen Ministerium für Soziales und Integration führte die in Darmstadt beheimatete Schader-Stiftung in den Jahren 2012 bis 2014 das Forschungs-Praxis-Projekt „Integrationspotenziale ländlicher Regionen im Strukturwandel“ durch, an dem von bayerischer Seite die Stadt Bad Kissingen teilnahm. Ergebnisse und Praxisbeispiele aus den Modellkommunen sind in der Publikation „Interkulturelle Öffnung und Willkommenskultur in strukturschwachen ländlichen Regionen – Ein Handbuch für Kommunen“ dargestellt, das kostenlos über www.schader-stiftung.de zu beziehen ist.

In Bad Kissingen hat das Forschungs-Praxis-Projekt einen wichtigen Beitrag dazu geleistet, dessen Querschnittscharakter des

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Haben wir eigentlich keine Jubilare mehr in der Stadt? Ich habe ewig keinen Gratulationstermin bei einem betagten Ehepaar oder einer charmanten älteren Dame absolviert.“ Mein Chef, der Bürgermeister, hat ja so richtig Spaß an seinem Amt und solche netten Termine, um jemanden zu einem besonderen Geburts- oder Jahrestag zu gratulieren, machen ihm richtig Laune.

Natürlich ist das eine Temperamentsfrage, denn es ist sicher nicht jedermanns Sache, bei fremden und nicht mehr ganz jungen Leuten aufzutreten, mit ihnen ein Schwätzchen zu halten und das obligatorische Foto für die Heimatzeitung zu machen. Etwas eintönig ist die Berichterstattung über solche Besuche ja dann auch, denn die Jubilare haben sich wahlweise durch Arbeit, viel Schlaf oder die unverdrossen



Besuche gibt's zum 90., 95., 100. und dann jedes Jahr. Ehepaare werden ab der Diamantenen Hochzeit beglückt, wobei es immer mehr Eiserne gibt und wir sogar schon zwei Gnadenhochzeiten (70 Jahre) hatten.

Interessant und für mich immer wieder spannend ist es, dass kaum mal einer der Jubilare bittet, von solchen Besuchen oder zumindest von der Zeitung zu kommen.

Offensichtlich gibt es einen starken Drang der Menschen, freudige Ereignisse mit anderen zu teilen. Das zeigen auch die vielen Glückwunschanzeigen in der Zeitung, in denen mit holprigen Versen (85 Jahre sind vorbei/nicht alle waren sorgenfrei) und unter Nennung abenteuerlicher Kosenamen (was darf man sich bitte unter Hasenpussi vorstellen?) zu Geburtstagen oder bestandenen Führerscheinsprüfungen gratuliert oder unter Befügung peinlichster Kinderfotos die Volljährigkeit der Sprösslinge angezeigt wird.

Mein Chef, der Bürgermeister, sah mich etwas strenger an als gewöhnlich. Er fand es nicht sehr passend von mir, über die kleinen Freuden der Menschen zu spotten, auch wenn sie einer gewissen Eitelkeit entspringen mögen. Aber was wäre menschlicher, als ein wenig Selbstverliebtheit? Und schließlich sei doch so ein bisschen Tamtam rund um einen großen Tag nichts im Vergleich zu dem ungehemmten Narzissmus, dem man täglich in den sozialen Netzwerken begegnen könnte. Diesmal war also mein Chef an der Reihe, mir etwas ins Stammbuch zu mailen, nämlich einen Satz von Hans Christian Andersen: „Der große Reichtum unseres Lebens, das sind die kleinen Sonnenstrahlen, die jeden Tag auf unseren Weg fallen.“

the sabriul

Die Freuden des Jubiläums

und diszipliniert jeden Abend genossene Maß Bier (so der ehemalige Wirt vom „Goldenen Lamm“ an seinem 95. Geburtstag) so fit und rüstig gehalten, wie der Reporter sie/ihn jetzt sieht.

Aber mein Chef mag Menschen, findet stets schnell einen Draht zu ihnen und immer auch ein Thema oder einen Anknüpfungspunkt, von dem aus sich ein Gespräch entspinnt lässt, auch wenn es manchmal, da gibt er zu, zu einer rechten Geduldsprobe ausartet, wenn der Geist (oder das Gehör) doch nicht so gut funktioniert, wie es der Lokalblatleser am nächsten Morgen eingeredet bekommt.

In der ersten Zeit, als er kurz Bürgermeister und noch nicht so bekannt war, mag es auch eine Rolle gespielt haben, auf diese Weise doch regelmäßig mit Foto in der Zeitung zu sein, aber mit der Zeit hat er eine echte Liebe zu diesen Terminen entwickelt und lässt sich nur sehr ungern vom Zweiten Bürgermeister vertreten.

Natürlich hat sich dieses Geschäft gewandelt. Der Vorgänger vom Bürgermeister hat noch die 80-Jährigen und die Jubilare mit Goldener Hochzeit besucht. Gott sei Dank werden die Leute ja heutzutage immer älter und fitter. Deshalb gibt es jetzt zu diesen Anlässen nur noch einen schönen Brief samt Bocksbeutel mit speziellem Etikett (Stadtsilhouette und -wappen).

Eidechsenbiotop angelegt werden. Geplant ist, einen wöchentlichen Gartentag in den Stundenplan mit aufzunehmen. DK

diesen und den kommunalen Einrichtungen fungieren. Der Beirat besteht aus gewählten Mitgliedern aus dem Kreis der in der Stadt lebenden Ausländer und (Spät-)Aus-siedler sowie aus vier kommunalpolitischen Vertretern, die über kein Stimmrecht verfügen.

Laut Analyse bieten die Struktur der zugewanderten Bevölkerung sowie die gegenwärtige Situation von Stadt und Landkreis mit Blick auf wirtschaftliche und demografische Entwicklungen vielfältige Erschließungschancen. Insgesamt verfügt Bad Kissingen mit den zugewanderten Menschen über ein gutes demografisches Potenzial, um die Zukunftsthemen von Stadt und Landkreis aktiv gestalten zu können. Die Migrationsbevölkerung weist eine hohe Homogenität auf, verfügt über hohe Bildungspotenziale und ist auf eine dauerhafte Niederlassung in der Region hin orientiert. Da in Bad Kissingen Überlegungen zu einer stärkeren wirtschaftlichen Orientierung auf Zielgruppen aus Russland hin bestehen, könnte sich beispielsweise ein kommunales Konzept der bilingualen Erziehung (deutsch-russisch) anbieten.

Trotz verschiedener Ansätze für eine Integrationspolitik ist es bislang nicht gelungen, Integration als ein Querschnittsthema in Verwaltung und Politik zu verankern. Zur Stärkung der lokalen Demokratie könnten Zugewanderte stärker in die kommunale Politik eingebunden werden. Ein wichtiger Schritt, der von Seiten der Kommune aus gegangen werden kann, wäre eine interkulturelle Öffnung der örtlichen Parteien – dies umso mehr, als die meisten Zugewanderten in Bad Kissingen durch

Einbürgerung das aktive und passive Wahlrecht besitzen – aber auch der örtlichen Vereine und Verbände. Auch die gezielte Förderung bürgerschaftlichen Engagements könnte Zugewanderten zu stärkeren Aktivitäten in den öffentlichen Angelegenheiten der Kommune anregen.

Laut Analyse sollte die Förderung des ehrenamtlichen Engagements gezielt an Themen anknüpfen, die für Zuwanderer wichtig sind, so zum Beispiel am Thema Bildung, das für viele zugewanderte Eltern von hoher Bedeutung ist. Ein Ansatzpunkt für mehr Beteiligung könnte eine gezielte Werbung für mehr Elternteilnahme in Kitas und Schulen sein.

In Diskussionsforen zu den Themen „Bürgerengagement“, „Sprache und Bildung“, „Willkommenskultur“ und „Wirtschaft“ wurden Zielsetzungen für eine verbesserte Integration von Zugewanderten sowie für die Verknüpfung der integrationsrelevanten Bereiche mit einer lokalen Strategie zur künftigen Fachkräftesicherung diskutiert.

Ebenfalls konnten im Projektverlauf die Wirtschaftsförderer von Stadt und Landkreis erfolgreich für die Thematik Integration und Zuwanderung sensibilisiert werden. Eingerichtet wurde eine Arbeitsgruppe, die über Integrationspotenziale in der Wirtschaft berät. Thematisch erfolgte dabei eine Konzentration auf den Gesundheitsbereich. Beraten wurden Möglichkeiten, einen förderlichen Umgang mit „Vielfalt als Chance“ im Kur- und Gesundheitssektor zu verankern und Netzwerke und Partnerschaften in die Herkunftsländer von Zugewanderten zu etablieren. DK

Stadtwerke Augsburg Graffiti-Projekt:

Dschungelstraßenbahn schmückt Stromstation

Im Rahmen des swa Graffiti-Projekts bekommen immer mehr Technikgebäude der Stadtwerke Augsburg ein kreatives buntes Aussehen. Jetzt haben 15 Jugendliche vom Jugendhaus Fabrik, Eltern und Kinder der Elterninitiative Kinderneest e. V. sowie swa-Mitarbeiter und deren Kinder ein Technikgebäude in der Elisabethstraße in Lechhausen mit Graffiti gestaltet.

Gemeinsam und unter Anleitung von Christian Ostler und Matthias Weissenböck vom Graffiti-Verein „Die Bunten e.V.“ haben die Jugendlichen und Erwachsenen zunächst in einem Workshop die Motive für die Gestaltung entwickelt: Eine fantasievolle Dschungellandschaft mit Straßenbahn, Tieren, Häusern und Windrädern. Dann wurde endlich zur Spraydose gegriffen und das Motiv auf die Hauswände gesprüht.

vor drei Jahren das Graffiti-Projekt gestartet, um illegalem Besprühen der rund 500 Technikgebäude vorzubeugen und die oftmals verunstalteten Fassaden kreativ zu gestalten. Bei den legalen Sprüh-Aktionen der swa werden gemeinsam mit Gruppen wie etwa dem FCA- oder AEV-Fanprojekt, Jugendzentren oder Schulklassen die Motive in Workshops entwickelt und anschließend auf dem Gebäude umgesetzt.

Kreative Gestaltung

In Kooperation mit dem Verein „Die Bunten e.V.“ haben die swa

14 Gebäude bemalt

Für die Gestaltung lassen die Stadtwerke den Bunten und Teil-

nehmern weitgehend freie Hand. Die Motive sollen etwas mit den Stadtwerken, also mit Energie, Wasser oder Verkehr zu tun ha-



Jugendliche vom Jugendhaus Fabrik, Eltern und Kinder der Elterninitiative Kinderneest e. V. sowie swa-Mitarbeiter und deren Kinder haben beim swa-Graffiti-Projekt die Trafostation in der Elisabethstraße in Lechhausen gestaltet. Bild: swa/Thomas Hosemann

ben, sich in die Umgebung anpassen und dürfen natürlich nicht anstößig oder beleidigend sein. Mittlerweile wurden 14 Gebäude im Rahmen des swa Graffiti-Projekts gestaltet. Der nächste Workshop ist schon in Planung: Mit Schülern des Jakob-Fugger-Gymnasiums wird in Rahmen des Kunstunterrichts die Trafostation direkt an der Schule gestaltet. In diesem Jahr sind vier Aktionen vorgesehen.

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe der Bayerischen Gemeindezeitung liegt eine Beilage der LfA Förderbank Bayern bei. Wir bitten um freundliche Beachtung.

Wettbewerb Zukunftsstadt:

Fünf bayerische Gewinnerkommunen

Insgesamt 168 Städte, Gemeinden und Landkreise quer durch Deutschland hatten sich für den bundesweiten Wettbewerb „Zukunftsstadt“ beworben. Jetzt gab Bundesforschungsministerin Johanna Wanka die 52 Gewinner bekannt, darunter die fünf bayerischen Vertreter Bad Hindelang, Erlangen, Freyung, Grafing und Landkreis Rottal Inn. Dort werden nunmehr Bürgerdialoge zur zukünftigen Stadtentwicklung gefördert.

Jede der Zukunftsstädte erhält in der nun beginnenden ersten Phase bis zu 35.000 Euro, insgesamt unterstützt das BMBF die Städte mit bis zu 1,75 Millionen Euro. Der Wettbewerb ist die zentrale Initiative im Wissenschaftsjahr 2015 zur Zukunftsstadt sowie Teil der Nationalen Plattform Zukunftsstadt (NPZ).

In den 52 geförderten Zukunftsstädten entwickeln Bürgerinnen und Bürger gemeinsam mit Stadtpolitikern, Ratsmitgliedern, Wissenschaftlern und Wirtschaftsvertretern eine nachhaltige und umfassende Vision für ihre Kommune. Angesichts der großen Zukunftsaufgaben der Kommunen wie Klimaanpassung, Energieversorgung, demografische Entwick-

lung oder sicheres Wohnen und Arbeiten sind die Dialoge vor Ort sehr wichtig für eine erfolgreiche Stadtentwicklung. Die Prozesse in den Kommunen sollen zudem als Anregung für andere Städte dienen.

Der Wettbewerb reicht dabei weit über das Wissenschaftsjahr hinaus: In einer zweiten und dritten Phase des Wettbewerbs, in den Jahren 2016 sowie 2017 und 2018, sollen die Pläne weiterentwickelt und bis zur Umsetzung begleitet werden. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund, Deutscher Städtetag und Deutscher Landkreistag sind Partner des Wettbewerbs und werden auch die weiteren Projektphasen aktiv begleiten. DK

LIEFERANTEN - GZ NACHWEIS

Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Ankauf / Briefmarken

Briefmarken-Ankauf
auch Münzen, Briefe, Ansichtskarten
Briefmarkenauktionshaus Schulz
Frauenringgasse 73 · 90443 Nürnberg
Telefon: 0911 / 2 40 68 70

23. April 2015

3. BAYERISCHES WASSERKRAFT FORUM

der Bayerischen Gemeindezeitung
www.bayerisches-wasserkraftforum.de

Computer Netzwerke

Die Netzwerkprofis
Ihr Partner für alles rund um Netzwerke — von Entwurf zu Umsetzung und mehr.
The experts for networks.
Weitere Informationen: Tel.: +49 881 60094080 • info@crystal.de • www.crystal.de

Fahrradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:
Constanze von Hassel
Telefon 081 71.9307-13
hassel.constanze@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:
Theresa von Hassel
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Gebäudedienstleistungen

Ihr zuverlässiger Partner für die Gebäudereinigung

seit 1910

Prior & Peußner
Gebäudedienstleistungen

Für Sie vor Ort:
86356 Neusäß · 90427 Nürnberg

www.pp-service.com

Inserieren bringt Erfolg!
www.gemeindezeitung.de

Gewerbepbau

Laumer Bautechnik GmbH
Bahnhofstr. 8
84323 Massing
Tel.: 08724/88-0 Fax: 88-500

Maschinenhallen · Wertstoffhöfe · Technikräume
Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung

www.laumer.de · info@laumer.de

Immobilienberatung

OPTIMHOME Immobilien GmbH

Wir bieten an:

In der Metropolregion Nürnberg:
1 - 2 Zi. Mini-Apartments, ideal für Anleger
2 - 4 Zi. Eigentumswohnungen, teilweise mit Gartenanteil, sowie großzügige Penthouses-Wohnungen.

Wir suchen für Vermietung und Verkauf
Wohnungen und Häuser in gutem bis bestem Zustand.

Kostenlos: Aktuelle Verkehrswertermittlung, Photoshooting, Werbung in allen bekannten Internetportalen sowie eine Betreuung bis zum Notartermin.

Immobilien Kaeser, Metropolregion Nürnberg
Tel.: 0911 / 99 288 12, Mobil: 0160-812 81 73
iug.kaeser@optimhome.de

Kommunale Energieberatung

Green City Energy
Die alternative Energiepartnerin

Energie- und Klimaschutzkonzepte für Kommunen und Regionen • bürgernah • handlungsorientiert

Ein Gewinn für Ihre Kommune und Region!

Tel. 089/890 668-900 • www.greencity-energy.de/keb
peter.keller@greencity-energy.de

25. Juni 2015

8. BAYERISCHES ENERGIEFORUM

der Bayerischen Gemeindezeitung
Bürgerhaus Stadt Garching bei München
www.bayerisches-energieforum.de

Sie finden uns auf Twitter und Facebook:
www.twitter.com/gz_aktuell
www.facebook.com/GZaktuell

Kommunalfahrzeuge

Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.

Henne-Unimog GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Beuthauser-Bassewitz GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.bassewitz.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Kommunal- und Agrartechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg-Lengfeld, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung

Ihr Partner für kommunale Finanzierungen

www.bayernlabo.de

Präsente

www.bayern-laden.de
Ehrenpreise und Werbemittel für Kommunalbehörden, Vereine, Feuerwehr, Polizei, Industrie- und Gewerbe.
Tel.: 08766 - 93 98 66
Email: upenner@t-online.de

Wärme-Contracting

Wärme-Contracting.
Weniger Kosten. Mehr Service.

www.baywa-edl.de

Energie

Heizanlage + Brennstoff + Service = Wärme-Contracting

Herbst 2015

3. BAYERISCHES BREITBAND FORUM

der Bayerischen Gemeindezeitung
www.bayerisches-breitbandforum.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER
☎ 05326 / 502-0

Wartehallen

38685 Langelsheim • www.langer-georg.de
Ein Gesellschafter der ELANCIA AG